

# Liberal

Das Magazin für die Freiheit

01.2023

www.freiheit.org  
2,90 Euro

## LICHT AN!

Deutschland braucht eine vernünftige  
Energiepolitik. Keine ideologische.

**Francis Fukuyama**

„Es hat sich ein  
Spalt aufgetan“

INTERVIEW / SEITE 37

**Julia Thiem**

Deutsche Rente  
goes Kapitalmarkt

BERICHT / SEITE 44

**Wladislaw Imosenzew**

Ukraine-Krieg: Ist ein  
neues Russland möglich?

ANALYSE / SEITE 62



# NZZ Libro: Sachbücher zu Politik, Wirtschaft und Geschichte

NZZ Libro ist ein in der Schweiz führender Sachbuchverlag, der in den Themenbereichen Politik, Wirtschaft und Geschichte publiziert. Der Verlag NZZ Libro ist eng mit der Neuen Zürcher Zeitung und ihrer journalistischen Kompetenz und Ausstrahlung verbunden.



Verantwortungsbewusstes Anlegen liegt im Trend

**Nachhaltig investieren**  
Grundlagen – Strategien – Umsetzung

Mirjam Staub-Bisang,  
Manfred Stüttgen,  
Brian Mattmann

63.00 €  
360 Seiten, Gebunden

ISBN: 978-3-907396-05-6



Gerhart Baum –  
Inbegriff des deutschen  
Liberalismus

**In liberaler Mission**  
Gerhart Baum und die  
deutsche Demokratie

Sabine Leutheusser-  
Schnarrenberger (Hg.)

31.00 €  
296 Seiten, Gebunden

ISBN: 978-3-907396-07-0



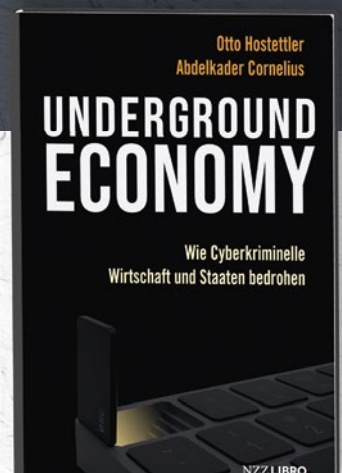
Unternehmensführung  
menschlicher gestalten

**Das Richtige tun**  
Aufbruch zu einer  
menschlicheren Wirtschaft

Günter Müller-Stewens,  
Eva Bilhuber Galli

34.00 €  
224 Seiten, Gebunden

ISBN: 978-3-907291-82-5



Cyberkriminalität –  
eine reelle Bedrohung  
der Gegenwart und  
Zukunft

**Underground Economy**  
Wie Cyberkriminelle Wirt-  
schaft und Staaten bedrohen

Otto Hostettler,  
Abdelkader Cornelius

34.00 €  
192 Seiten, Gebunden

ISBN: 978-3-907291-67-2



 /nzz\_libro

 /Buecher.NZZLibro

[www.nzz-libro.ch](http://www.nzz-libro.ch)

# NZZ LIBRO





# Stärke durch Tun

**KARL-HEINZ PAGUÉ**, Herausgeber und Vorsitzender des Vorstands der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

## Liebe Leserinnen und Leser

**A**ls am 24. Februar 2022 Russland die Ukraine überfiel, brach auch die europäische Energiepolitik wie ein Kartenhaus zusammen. Viel zu lange hatte Europa von günstigem Öl und Gas aus Russland profitiert. Zwar wussten schon vorher die politischen Entscheidungsträger, dass der nächste Winter hart wird. Dennoch rechnete kaum jemand mit dem Energiekrieg, den Putin seitdem in der Ukraine führt. Seit Wochen lässt er Strom-, Wasser- und Energieversorgung bombardieren, um die Menschen durch Frieren und Hungern zu zermürben. 2023 wird es darauf ankommen, dass der Westen mit der Ukraine gemeinsame Stärke zeigt, wie Petro Burkovskiy in diesem Heft aufzeigt.

Der Energiekrieg zielt auch gegen die liberalen Demokratien. Während hierzulande noch über die Weiterführung der Atomkraft gestritten wurde, rückten die Impulse für die Energiepolitik von morgen fast in den Hintergrund. Beispiel Wasserstoff: Wenn wir unsere Infrastruktur auf diesen Energieträger umstellen wollen, müssen wir endlich loslegen. Die Analyse von Frank Lassak zeigt, wie viel Potenzial darin steckt. Ähnlich bei der Offshore-Energie: Deutschland muss sich einem globalen Wettbewerb um Technik und Ausstattung stellen.

Zu einer ideologiefreien Energiepolitik gehört allerdings auch, erneut über das Fracking in Deutschland nachzudenken. Kohle aus früheren Ostblockstaaten oder Atomstrom aus Frankreich – so weit, so gut. Aber soll es so sein, dass Deutschland geacktes Gas aus den Niederlanden, den USA und sogar Russland bezieht, weil wir hier der Auffassung sind, dass dieses Verfahren bei uns zu umweltschädlich ist?

So stellt sich eine Frage: Fehlt uns heute der Wille zur Innovation, den andere Länder so oft beweisen? Allein beim Planen ist Deutschland Weltmeister – andere europäische Nachbarn können darüber nur den Kopf schütteln. Natürlich sagen Kritiker gerne, dass Planungen in demokratischen Staaten eben dauerten. Allerdings gelingt es vielen anderen Ländern, schneller voranzukommen.

Eine ideologiefreie Energiepolitik muss sich auch die Frage stellen, wie der Markt neue Technologien annimmt. Mit Subventionen allein kann Europa im globalen Wettbewerb nicht bestehen. Allerdings sind die USA dabei kein gutes Vorbild – selbst wenn zu hoffen ist, dass die rund 300 Milliarden Dollar, die dort nun für grüne Energie eingesetzt werden sollen, keinen Handelskrieg auslösen.

Es kommt darauf an, Innovationen zu fördern und voranzutreiben. Die Wasserstoff-Wirtschaft benötigt für marktreife Verfahren Anreize. Wenn dann die Rahmenbedingungen stimmen, lässt sich sogar CO<sub>2</sub>-neutraler Stahl in Europa produzieren. Auch andere Bereiche der Energiepolitik von morgen können heute schon vorangebracht werden. Durch drastisches Verkürzen der Genehmigungsverfahren, durch Digitalisierung – oder einfach durch den Willen zum Handeln. Denn die Aufgaben stehen fest, Lösungen liegen auf dem Tisch. Es kommt nun darauf an, sie umzusetzen.

*KHP*  
*Karl-Heinz Pagué*

# Inhalt

Liberal 01.2023



## Karl-Heinz Paqué // Schaffen wir das?

Verkehrs- und Umweltministerium sind entscheidend für die Zeitenwende in der Energiepolitik. Die kann nur gelingen, wenn sie ideologiefrei und technologieoffen ist. **Seite 10**



### Daniel Zwick // Berliner Experimente

Die Bundeshauptstadt ist ein Labor für die Mobilität der Zukunft. Doch nicht jedes Projekt eignet sich zur Nachahmung. **Seite 22**



### Hubert Kleinert // „Deutschland ist auf einem Sonderweg“

Der Grünen-Mitbegründer erklärt, warum sich die Partei mit der Atomkraft so schwer tut. **Seite 16**



### Ludwig Möhring und Juliane Dickel // Zankapfel Fracking

Ist gefracktes Erdgas aus Deutschland sinnvoll oder eine Bremse für die Energiewende? Pro und Contra. **Seite 18**

## Thema

### 10 Schaffen wir das?

Verkehrs- und Umweltministerium sind entscheidend für die Zeitenwende in der Energiepolitik. Die kann nur gelingen, wenn sie ideologiefrei und technologieoffen ist.

von Karl-Heinz Paqué

### 14 Oh, H<sub>2</sub>O!

Für die Energie- und Mobilitätswende spielt Wasserstoff eine wichtige Rolle. Noch sind viele Fragen offen. Doch Experten rechnen damit, dass er ab 2050 in vielen Sektoren klimaneutral genutzt werden kann.

von Frank Lassak

### 16 „Deutschland ist auf einem Sonderweg“

Der Grünen-Mitbegründer und Politik-Professor Hubert Kleinert erklärt im Interview, warum sich seine Partei mit der Atomkraft so schwer tut.

von Carsten Jäger

### 18 Fracking in Deutschland? Pro & Contra

„Ja!“, sagt der eine. Denn LNG könne russische Importe bei Weitem nicht ausgleichen. „Nein!“, kontert die andere. Der Gasmangel sei nur ein Scheinargument.

von Ludwig Möhring und Juliane Dickel

### 20 Freiheitsenergie vom Meer – die Ruhe vor dem Sturm?

Offshore-Windparks sollen die Energiewende retten. Doch bis dahin ist noch jede Menge zu tun. Vieles fehlt, um Windparks auf hoher See zu errichten und an die Stromnetze an Land anzubinden.

von Karina Würtz

ILLUSTRATIONEN: ANDREA UCINI



## 22 Berliner Experimente

Die Bundeshauptstadt ist ein Versuchslabor für die Mobilität der Zukunft. Nicht jedes Projekt eignet sich zur Nachahmung. Aber lernen kann man jede Menge.  
*von Daniel Zwick*

## 24 Kommunale Klimaschützer

Nicht nur Privatpersonen und Industriemanager können Strom und Gas sparen. Längst schalten bundesweit Städte ihre Energiefresser ab und produzieren selbst Energie. Eine Auswahl guter Beispiele aus ganz Deutschland.  
*von Maike Rademaker und Antonia Sagast*

## Gesellschaft

### 28 „Ich will doch nicht den alten Laden der Männer aufräumen“

Maren Jasper-Winter und Catharina Bruns haben sich getroffen, um über Gleichberechtigung zu diskutieren. Kein Thema bleibt ausgespart – weder die Vorstandsquote noch die ökonomische Bildung.  
*von Anders Mertzluft und Eva Cheung*

### 32 Zwischen Trotz und Fatalismus

In ihrer Radikalisierung ähneln die jungen Klimaaktivisten von heute dem mythischen Sisyphos.  
*von Wolfram Eilenberger*

### 35 Kunstfreiheit ist keine Ausrede für Antisemitismus

Kultur- und Kunstveranstaltungen wie die documenta wirken tief in die Gesellschaft hinein. Umso weniger ist dort Platz für Judenfeindlichkeit.  
*von Sabine Leutheusser-Schnarrenberger*

## 37 „Es hat sich ein Spalt aufgetan“

Der US-Politikwissenschaftler Francis Fukuyama über die Erosion liberaler Werte, die Auswirkung linker Identitätspolitik und warum der Aufstieg von Frauen bei Männern weltweit Wut auslöst.  
*von Alexander Görlach*

## 40 Mehr Tempo für den deutschen Pass

Qualifizierte Arbeitnehmer sollten schneller Deutsche werden können.  
*von Felix Langrock*

## Wirtschaft

### 42 „Schluss mit dem Misstrauen“

Krisen allerorten: Im Interview spricht die Chefin des Verbands „Die jungen Unternehmer“, Sarna Röser, über die Krise des Mittelstands und die Versäumnisse der Politik.  
*von Axel Novak*

### 44 Deutsche Rente goes Kapitalmarkt

Sie kommt, die Aktienrente. Endlich, sagen die einen. Nicht weit genug gedacht, die anderen. Doch jede Rentenreform ist ein positiver Schritt, wenn sie die Chancen des Kapitalmarkts nutzt.  
*von Julia Thiem*

### 46 „G7, übernehmen Sie!“

Für die Weltwirtschaft ist die aktuelle Stärke der US-Währung ein echtes Problem.  
*von Sven Hilgers*

## 48 Ökostrom per Flatrate

Der Energiepreisschock wird die Wende in eine klimaneutrale Wirtschaft entscheidend beschleunigen. Durchaus möglich, dass Grünstrom dann kaum mehr was kostet.  
*von Margaret Heckel*

## 50 Fahrplan für Freihandel

Nach der Unterzeichnung des CETA-Abkommens müssen weitere Vereinbarungen folgen – und die Grundlagen für eine echte europäische Handelspolitik.  
*von Karl-Heinz Paqué*

## Kultur

### 52 Broken Silence – das Ende des Schweigens

Die Proteste im Iran werden immer lauter, auch wenn das Regime den Zugang zu Internetseiten sperrt.  
*von Elisabeth Garlin*

### 56 Meinungsvielfalt in Post-Ost

Die russlanddeutsche Community ist viel bunter, als man glaubt, sagt Irina Peter, die Stimme der Aussiedler.  
*von Christoph Giesa*

### 57 Alles Leben ist Problemlösen

Zur Frage der Toleranz und ihren Grenzen hat der Philosoph Karl Popper zum Ende des Zweiten Weltkriegs alles gesagt.  
*von Thomas Volkmann*

### 58 Würdigung der Vernunft

Buchbesprechung zu Horst Möller: „Deutsche Geschichte – die letzten hundert Jahre“.  
*von Karl-Heinz Paqué*

## 59 Clickbaiting statt Dialog

Unbarmherzig schneiden Print, Radio und TV die Kulturretats zurück.  
*von Michael Hirz*

## Vor Ort

### 60 „Der große Bluff“

Seit Jahrzehnten lässt sich der Westen von Russland blenden. Wenn Europa nicht schnell und vereint reagiert, droht ein Konflikt auf dem ganzen Kontinent.  
*von Petro Burkovskiy*

### 62 Fünf Punkte für die Ära nach Putin

Wie soll eine Zukunft ohne den jetzigen Präsidenten aussehen? Kann Russland sich von einer Diktatur in ein normales, freiheitliches Land verwandeln?  
*von Wladislaw Inosemzew*

### 64 Termine und Impressum

### 66 10 Fragen an Verena Pausder

Die Unternehmerin, Investorin, Buchautorin und Expertin für digitale Bildung im kurzen Gespräch.

Mehr vom Liberal Magazin gibt es online [liberal.freiheit.org](https://liberal.freiheit.org)



# Führungskräfte können Krise

Studie der Friedrich-Naumann-Stiftung und des Deutschen Führungskräfteverbands ULA

**Die Herausforderungen der Pandemie bewältigt,** optimistischer Blick in die Zukunft: Das ist das Ergebnis einer Studie der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und des Deutschen Führungskräfteverbands ULA. „Führungskräfte erkennen die Chancen in der neuen Art des Arbeitens, bei der Führung zukünftig zunehmend hybrid sein wird“, sagt Jürgen Weibler, Professor für Betriebswirtschaft an der FernUniversität Hagen, der die Studie wissenschaftlich begleitet hat. Eng verbunden

mit einem insgesamt eher positiven Rückblick auf die Bewältigung der Pandemie-Folgen sei die hohe Bereitschaft der Führungskräfte, mit digitalen Technologien umzugehen und sie in die tägliche Führungsarbeit zu integrieren.

Auch wenn die Befragten grundsätzlich positiv auf die Digitalisierung blicken, gibt es Aspekte, die sie kritisch sehen. So stimmten 76,6 Prozent von ihnen „voll“ oder „eher“ der Aussage zu, ihre Arbeit würde sich immer mehr verdichten. Die Vermu-



Hybrides Arbeiten verlangt von Führungskräften Einsatz.

tung, dass der zunehmende Einsatz digitaler Technik zu dieser Erfahrung beiträgt, liegt nahe. Unternehmen, aber auch die Politik sollten dieses Signal ernst nehmen. Vor allem, da insgesamt noch

die positive Bewertung der digitalen Transformation vorherrscht. Die gesamte Studie mit allen Ergebnissen ist auf der Seite der Friedrich-Naumann-Stiftung abrufbar.

[www.freiheit.org](http://www.freiheit.org)

## Versteckte Schuldenberge durch öffentliche Unternehmen

**In den Ländern** und Kommunen entstehen gerade versteckte Schuldenberge, die nicht in deren Kernhaushalten auftauchen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Leibniz-Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW). Demnach hat sowohl die Zahl als auch die Größe von Staatsunternehmen in den vergangenen 14 Jahren stark zugenommen. Gab es 2008 noch 14704 Unternehmen im Eigentum von Bund, Ländern und Kommunen, waren es 2019 bereits mehr als 19000. Hierdurch ist in den Ländern und

Kommunen eine enorme „versteckte“ Verschuldung entstanden, die laut der ZEW-Studie fast 35 Prozent der gesamten Staatsverschuldung ausmacht. Zu den regulären Staatsschulden in Höhe von 2,05 Billionen Euro im Jahr 2019 kommen demnach



Schuldenuhr in der Berliner Reinhardtstraße

weitere 718 Milliarden Euro an Verbindlichkeiten hinzu, die in keiner offiziellen Statistik zu finden sind. Nach Einschätzung der Studienautoren könnte das wachsende Ausmaß öffentlicher Unternehmen insbesondere auf die Einführung der Schuldenbremsen-Regelung in den Bundesländern zurückzuführen sein.

Öffentliche Unternehmen können nur dann eine notwendige Rolle für die deutsche Wirtschaftsordnung ausfüllen, wenn durch ihre Wirtschaftstätigkeit die Versorgung der Bevölkerung

mit bestimmten Gütern und Dienstleistungen in der gesellschaftlich gewünschten Menge gewährleistet werden kann. Auch sofern öffentliche Unternehmen für eine Intensivierung des Wettbewerbs sorgen, können sie eine im ordnungsökonomischen Sinne positive Wirkung entfalten. Sofern die öffentliche Hand als Regulatorin ihre Befugnisse und Gestaltungsmacht derart einsetzt, dass sie öffentlichen Unternehmen einen Wettbewerbsvorteil verschafft, entsteht jedoch eine marktschädigende und wettbewerbsverzerrende Wirkung.



## Der Traum vom Eigenheim rückt für viele in die Ferne

**87 Prozent aller 14- bis 19-Jährigen** wollen mit 30 Jahren im Eigenheim leben. Etwa genauso viele gehen davon aus, dass sie in ihrem Leben auch die finanziellen Möglichkeiten haben werden, Wohneigentum zu erwerben. Zu diesem Ergebnis kommt eine repräsentative Befragung des Forsa-Instituts im Auftrag des Verbands der Privaten Bausparbanken. Damit ist der Traum vom Leben in den „eigenen vier Wänden“ in allen Altersklassen präsent. Doch insbesondere aufgrund der massiv gestiegenen Zinsen rückt das Eigenheim für viele gerade in die Ferne.

Die vergangenen Jahre waren geprägt von einem historisch niedrigen Zinsniveau. Zwischen 2017 und



Sparen für ein eigenes Haus

2021 lag der Leitzins der Europäischen Zentralbank (EZB) im Jahresdurchschnitt durchgehend bei null Prozent. Banken konnten sich also über einen langen Zeitraum äußerst günstig Geld bei der EZB leihen und dieses Geld in Form günstiger Kredite an ihre Kundinnen und Kunden weitergeben. Im Jahr 2021 kam es jedoch zu einem deutlichen Anstieg der Inflationsrate, der durch die Folgen des russischen

Kriegs in der Ukraine und den damit verbundenen Energiepreissteigerungen weiter befeuert wurde. Im Oktober 2022 erreichte die Inflationsrate in Deutschland mit 10,4 Prozent ihren zwischenzeitlichen Höhepunkt. Die Entwicklung zwang die Europäische Zentralbank zu einer erheblichen Erhöhung des Leitzinses. Aktuell hat Deutschland mit 46,5 Prozent die niedrigste Wohneigentumsquote der EU. Spitzenreiter ist Polen mit 85,6 und Tschechien mit 78,9 Prozent.

Wenn sich weniger Menschen in Deutschland eine eigene Wohnung leisten können, dürfte das den Wettbewerb um bezahlbare Mietwohnungen weiter zuspitzen.

## „Menschenrechte werden in Bulgarien als etwas Beschämendes angesehen“

**Bulgarien ist kein sicheres Land** für die LGBTQI-Gemeinschaft: Der Balkanstaat ist eines der homophobsten und transphobsten Länder der EU. Führende Politiker weigern sich immer noch, ein deutliches Bekenntnis zu den LGBTQI-Rechten abzugeben. Auch innerhalb der konservativen bulgarischen Gesellschaft gibt es kaum Rückhalt für queere Menschen. So hat das bulgarische Parlament 2004 zwar ein Gesetz

gegen Diskriminierung verabschiedet, das die sexuelle Ausrichtung als Diskriminierungsmerkmal einbezog, um die Anforderungen für den EU-Beitritt zu erfüllen. Bis jetzt gibt es aber keine positiven Entwicklungen in der nationalen Gesetzgebung. „Menschenrechte werden in Bulgarien als etwas Beschämendes angesehen“, sagt etwa die Juristin Denitsa Lyubenova, die zahlreiche Betroffene rechtlich berät.



LGBTQI-Protteste in Sofia



EU-Balkan-Gipfel in Tirana

## Kleiner Schritt in die richtige Richtung

**Erstmals in der langjährigen** Geschichte der EU-Westbalkan-Erweiterung kamen die 27 Staats- und Regierungschefs in einem der sechs Nicht-EU-Balkanstaaten zusammen. In der albanischen Hauptstadt Tirana trafen sie sich mit Vertretern von Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien. Die EU-Staatsführer bekräftigten aufgrund der weltpolitischen Lage und des wachsenden Einflusses Russlands und Chinas in der Region ihr Bekenntnis zur EU-Beitrittsperspektive für die sechs Staaten. Dafür erwarte man von ihnen jedoch wichtige Reformen und die Übernahme der EU-Sanktionspolitik gegen Russland.

# Der Neue Westen – liberale Ideen für die Zeitenwende

**Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat die weltpolitische Lage verändert** und fordert das westliche Demokratiemodell offen. Aber: Wenn sich die westlichen Staaten auf ihre liberale Ordnung besinnen, dann können sie eine neue, friedlichere Weltordnung mitgestalten.

In einem Strategiepapier hat die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit die Parameter für diese neue Ordnung beschrieben. Grundlage dafür ist, dass sich die westlichen Staaten ihrer Verantwortung bewusst werden. Europa muss dazu nicht nur mit den transatlantischen Partnern, sondern auch mit den Demokratien im indopazifischen Raum intensiv kooperieren. Neben Japan, Südkorea, Australien und Neuseeland kommt Demokratien wie Indien oder Indonesien eine wachsende Rolle zu. Nur so kann es gelingen, den Akteuren entgegenzutreten, die heute das westliche Modell bedrohen.

Russland hat sich spätestens seit dem Einmarsch in Georgien 2008 vom Leitbild friedlicher Koexistenz in einer regelbasierten Weltordnung verabschiedet. China hat sich zu einer wirtschaftlichen, technologischen und militärischen Weltmacht und einem autoritären System mit totalitären Zügen entwickelt, das sich als Gegenmodell zum Westen



**Zeitenwende in Frankreich.** Im Dezember 2022 stellte Präsident Emmanuel Macron seine neue Militärstrategie vor. Im Fokus: mehr Kooperation mit den europäischen Partnern.

versteht. In vielen weiteren Ländern sind Menschenrechtsverletzungen und die brutale Unterdrückung von Minderheiten an der Tagesordnung. Sogar in den demokratischen Rechtsstaaten zeigen sich Entwicklungen, die die Strahlkraft des liberalen Modells gefährden.

Diese Entwicklungen verlangen nach politischen Antworten auf sieben Handlungsfeldern.

Da ist zum einen die Sicherheit durch Allianzen: Deutschland wird seine Allianzen mit der NATO und der EU erweitern müssen.

Dann der Schutz von Recht und Freiheit: Die universellen Menschenrechte sind ein unverzichtbares Fundament der liberalen Demokratien und klares Unterscheidungsmerkmal zu autoritären und totalitären Herrschaftsformen. Handlungsfähigkeit durch

Resilienz ist ein wichtiges Thema, um die Rohstoffabhängigkeiten zu reduzieren, militärische Fähigkeiten neu auszurichten und klare Signale für Demokratie und Menschenrechte zu setzen.

Auch die „Globalization of the willing“ muss durch globale Institutionen und Vertragswerke gestützt werden, denn Globalisierung, Arbeitsteilung und Wettbewerb bleiben die größten Wohlstandstreiber.

Der Kampf gegen Desinformation ist wichtig, um die Fundamente für Freiheit und Selbstverantwortung zu stärken. Denn die Vielfalt der Lebensentwürfe, der individuellen Wertvorstellungen und der Ansprüche ist das große Plus westlicher Gesellschaften.

Militärische Sicherheit ist zweifellos der Themenkomplex, der aktuell am stärksten in der öffentlichen

Aufmerksamkeit präsent ist. Das freie Europa muss mit seinen Partnern Entschlossenheit und Politikfähigkeit mit langem Atem unter Beweis stellen.

Schließlich steht das Themenfeld „Aktiv Zukunft gestalten“ wesentlich für die Stärke der liberalen Gesellschaften. Denn sie gehen davon aus, dass Eigenverantwortung, Schöpferkraft und Erkenntnisfähigkeit freie Menschen auszeichnen.

**Das Strategiepapier** „Der Neue Westen“ ist auf der Webseite der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit zu finden: [Freiheit.org/Zeitenwende](https://freiheit.org/Zeitenwende)

**Thomas Ilka** ist Bereichsleiter Wissenschaft und Politische Strategie der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.

**Sascha Tamm** ist Referatsleiter Nordamerika und Lateinamerika der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.



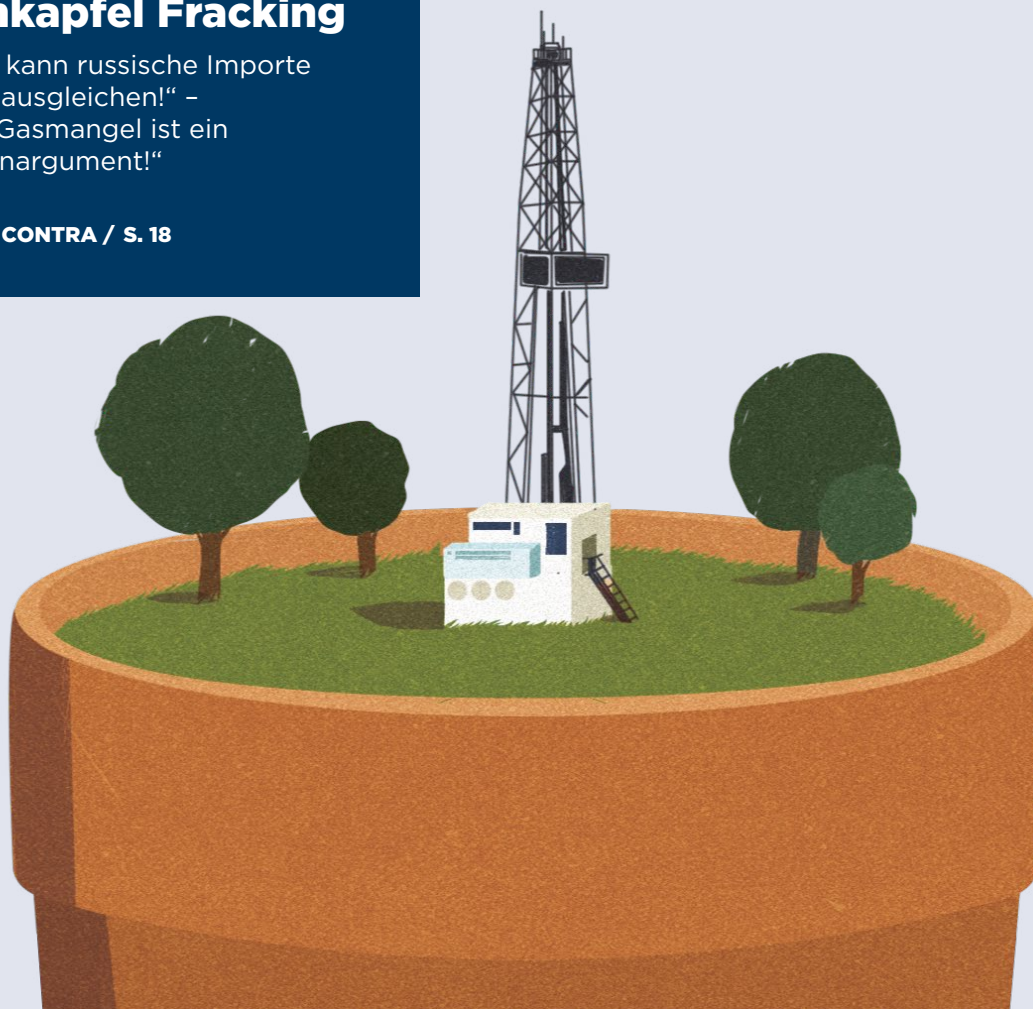
# Thema

**Ludwig Möhring  
und Juliane Dickel**

## **Zankapfel Fracking**

„LNG kann russische Importe  
nicht ausgleichen!“ –  
„Der Gasmangel ist ein  
Scheinargument!“

**PRO & CONTRA / S. 18**



**Daniel Zwick**

## **Berliner Experimente**

Die Bundeshauptstadt  
ist ein Versuchslabor für  
die Mobilität der Zukunft.

**REPORT / S. 22**

**Hubert Kleinert**

## **„Deutschland auf dem Sonderweg“**

Der Grünen-Mitbegründer  
erklärt, warum sich die Partei  
mit der Atomkraft schwertut.

**INTERVIEW / S. 16**

ILLUSTRATIONEN: ANDREA UCINI



# Schaffen wir das?

Fingerhakeln zwischen Verkehrs- und Umweltministerium ist Legende. Doch soll die Zeitenwende in der Energiepolitik gelingen, kommt es auf Volker Wissing und Steffi Lemke an.

Wie gelingt die Transformation unseres Industrielandes? Nur durch eine ideologiefreie und technologieoffene Energiepolitik.

**TEXT:** KARL-HEINZ PAQUÉ // **ILLUSTRATIONEN:** ANDREA UCINI







**E**in Durchbruch! So titelten die einschlägigen Medien im Dezember 2022, als das Lawrence Livermore National Laboratory in San Francisco vermeldete, dass es erstmals gelungen sei, Wasserstoffatome zu einem Heliumkern zu verschmelzen, und zwar so, dass mehr Energie freigesetzt wurde, als zuvor im Brennstoff deponiert war. Das ist ein gewaltiger Fortschritt in der Technologie der Kernfusion, auf den jahrzehntelang hingearbeitet wurde. Damit ist die Kernfusion zurück im Spielfeld der potenziellen Energien der Zukunft, wohlbemerkt: der sauberen Energien, denn sie emittiert keinerlei Treibhausgase und hinterlässt - anders als die Kernspaltung - auch keinen nuklearen Müll.

Natürlich ist es noch ein weiter, steiniger Weg bis zu irgendeiner technisch und wirtschaftlich breiten Nutzung dieser Technologie. Es kann noch Jahrzehnte dauern, bis dies realistisch möglich wird. Aber die Tür ist aufgestoßen für einen Schwarm von Start-up-Unternehmen, die diese fundamentale Innovation in eine ökonomisch verwertbare Standardtechnologie umsetzen können - genauso, wie dies bei den großen Entdeckungen und Erfindungen in der Motor-technik, der Elektrizität und der Mikroelektronik geschah.

### **Welche Folgen hat das politische Aus für die Atomkraft?**

Und plötzlich steht hinter mancher irreversiblen Vorentscheidung zum massiven Ausbau regenerativer Energien doch ein zusätzliches Fragezeichen: Wäre es nicht doch besser, auch für die friedliche Nutzung der Atomkraft offen zu bleiben, statt mit starrem Blick auf die Vergangenheit deren Zukunftsfähigkeit dogmatisch zu bestreiten? Liegen nicht doch jene vielen Länder der Welt richtig, die der Atomkraft zumindest einen Nischenplatz im Spektrum der Energiequellen reservieren und weiter intensiv in dem Bereich ►

## „Heute wirken sich die Verschleppungen bei der Energie-Infrastruktur, zum Beispiel bei LNG-Terminals, fatal aus.

forschen? Begeht Deutschland da nicht einen großen Fehler mit technologisch und wirtschaftlich fatalen Folgen, wenn es im April nächsten Jahres alle Kernkraftwerke „planmäßig“ abschaltet, statt sie zumindest einige Jahre weiterzu-betreiben und die Entwicklungen abzuwarten?

Tatsache ist: In Deutschland dominiert die grüne Grundmelodie der Energiepolitik seit gut zwei Jahrzehnten, und sie lässt Technologieoffenheit mit Blick auf die Kernkraft aus dogmatischen Gründen nicht zu. Das ist grotesk und gefährlich: Der Gründungsmythos einer einzigen Partei beherrscht die Zukunft der Energiepolitik für mehr als 80 Millionen Deutsche und durchkreuzt viele europäische Pläne, die dem entgegenstehen könnten.

Dabei ist die Atomkraft natürlich nur ein - allerdings wichtiges - Beispiel für die katastrophale Bilanz energiepolitischer Grundentscheide, die in der Ära Merkel getroffen wurden - alle übrigens von der langjährigen CDU-Kanzlerin zumeist aus parteitaktischen Gründen befördert oder gar forciert. Ganz vorne steht natürlich die Abhängigkeit von russischem Gas, die nun aus zwingenden geopolitischen Gründen beendet wird - und dies wohl für sehr lange Zeit, wenn es nicht in Russland zu einem Sturz Putins und einer Demokratisierung kommt. Merkels Deutschland wurde immer wieder von Politikern in Mittel- und Osteuropa vor diesem Schreckensszenario gewarnt. Aber niemand wollte das hören.

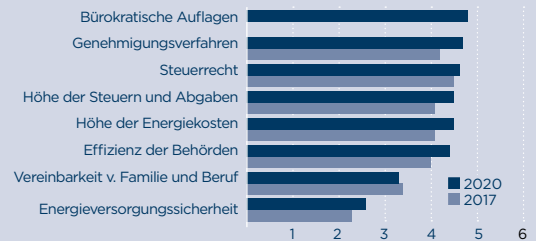
### Planungen dauern viel zu lange

Ebenfalls fatal wirkt sich eine Vielzahl von Verschleppungen beim Ausbau der Energie-Infrastruktur aus: Keine LNG-Terminals für Flüssiggas wurden gebaut, zu wenige Windräder entstanden, auch beim Bau von Solaranlagen klemmte es, der Ausbau weiträumiger Netze zum Energie-transport kam nicht voran. Schließlich sorgte die mangelnde Digitalisierung für Rückstände bei der klugen Steuerung des Energieverbrauchs und der effizienten Nutzung von Sparpotenzialen. Und über allem schwebte ein gewaltiges Grundproblem: Die Verfahren zur Genehmigung von Großprojekten dauern in Deutschland viel zu lange, völlig egal in welchem Segment der Infrastruktur. Dies zeigt ein Seitenblick in europäische Nachbarnationen - zum Beispiel auf den Bau von Eisenbahnstrecken in der Schweiz und Frankreich oder den Fehmarnbelt-Tunnel in Dänemark als Ost-seeanrainerstaat.

## Ein enormer Aufwand

**Klimaneutralität, Innovation und eine moderne Infrastruktur:** Dafür muss nicht nur Geld zur Verfügung stehen, sondern auch effizient geplant und genehmigt werden. Die Ampelkoalition will die aktuellen Verfahrensdauern von Behörden mindestens halbieren. Gelingt das, könnte die Transformation der Wirtschaft an Fahrt gewinnen, während gleichzeitig das Klima besser geschützt wird und die Wirtschaft wächst.

**Bürokratie bekommt in Deutschland die schlechtesten Noten** Bewertung auf einer Skala von 1 („Klarer Wettbewerbsvorteil“) bis 6 („Nicht wettbewerbsfähig“)



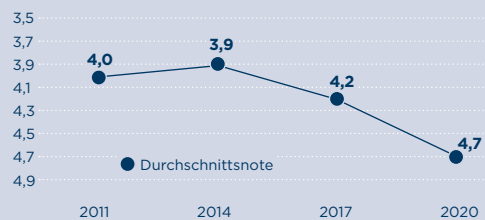
QUELLE: INSTITUT FÜR WIRTSCHAFT, 2020

Derzeit sind beispielsweise für einen unternehmerischen Eigentumserwerb sechs Schritte notwendig. Würde ein Schritt wegfallen, ergäbe das umgerechnet einen Wachstumsschub des Bruttoinlandsprodukts in Höhe von 26 Milliarden Euro, hat das Institut der deutschen Wirtschaft in Köln ausgerechnet. Oder bei Gründungen: Neun Verfahren sind in Deutschland nötig, um ein Unternehmen zu gründen, in den USA sind es nur sechs. Ginge das in Deutschland einen Tag schneller, könnte das etwa zwei Milliarden Euro zusätzliche Direktinvestitionen auslösen.

Kein Wunder, dass viele Unternehmen der Bürokratie in Deutschland so eine schlechte Note geben.

### Unzumutbare Dauer

(Jahresentwicklung nach Schulnote)



QUELLE: DIHK, 2020

### Bürokratie und lange Planungs- und Genehmigungsverfahren lähmen Deutschland.

Deshalb steht der Abbau von Bürokratie ganz weit oben auf der Liste der dringenden Verbesserungen, vor allem im industriellen Mittelstand, wie die Erhebungen der DIHK regelmäßig ergeben. Schlusslichter bei den Standortfaktoren sind die „Fülle und Verständlichkeit von bürokratischen Auflagen“ und die „Dauer und Komplexität von Planungs- und Genehmigungsverfahren“.



Es gibt dabei in Deutschland eine merkwürdige Diskrepanz zwischen der geradezu großspurigen Verkündigung von Zielvorgaben („Bis 20xx wird ...“) und dem erbärmlichen Zustand der Realität. Man beschließt den Weg zur Welt des Elektroautos bis in die 2030er-Jahre (gerade mal eine Dekade weg!), aber man bremst beim Bau von Straßen und Brücken, obwohl offensichtlich auch Elektroautos asphaltierte Wege und Pisten brauchen. Man will eine massive Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Bahn, lebt aber derzeit noch mit einem komplett überlasteten Schienennetz, dessen Ausbau und Modernisierung nicht vorankommen - die Stellwerke sind zum Teil rund hundert Jahre alt. Es ist eine Politik der Illusionen, geprägt vom deutschen Idealismus und nicht von deutscher Ingenieurkunst.

Dabei kann Deutschland, wenn es nur politisch will, verdammt schnell handeln. Der Aufbau Ost im Zuge der deutschen Einheit wird zu Recht außerhalb unseres Landes - viel mehr als zu Hause - als ein gewaltiger Kraftakt der extrem straffen Organisation industrieller Power gefeiert. Alles ging damals viel schneller als normal, übrigens auch schneller als bei den östlichen postsozialistischen Nachbarn. Und auch in den letzten Monaten gibt es gute Ansätze: Dass der erste LNG-Terminal an der Nordsee pünktlich fertig wurde, kam für viele überraschend. Wir hatten wohl selbst verlernt, an die im Ausland historisch viel gerühmte deutsche Effizienz zu glauben.

## Verringerte Abhängigkeiten

Noch bemerkenswerter ist der deutsche Parforceritt beim Bemühen um Unabhängigkeit von russischen Rohstoffen. Der Anteil des importierten Gases aus Russland lag vor Beginn des Ukraine-Krieges bei etwa 55 Prozent. Gerade mal zehn Monate später liegt er bei null. Analoges gilt für die Steinkohle mit einem Rückgang von 50 Prozent auf ebenfalls null; und Ähnliches beim Öl mit einer Senkung von etwa 35 auf knapp über 10 Prozent. Wohlgemerkt: dies alles ohne einen Zusammenbruch der Leistungskraft unserer deutschen Wirtschaft und ohne Kollaps der privaten Versorgung mit Energie. Symbolisch steht dafür der (richtige) Satz, der seit Wochen in den Medien wiederholt wird: Die Gasspeicher sind voll!

Einzuräumen ist natürlich, dass der Staat kräftig mitgeholfen hat, die Situation kurzfristig zu stabilisieren - durch gewaltige Hilfsprogramme und weit gespannte (und teure!) Rettungsnetze. Allerdings bleibt abzuwarten, wie stark diese

**„Es gilt, den Eifer bei der Krisenbekämpfung in Entschlossenheit für die Modernisierung umzuwandeln.“**

überhaupt in Anspruch genommen werden. Erste Anzeichen deuten darauf hin, dass gerade in der mittelständischen Industrie zunächst die eigenen Möglichkeiten der Anpassung genutzt werden, bevor man auf Staatsgeld zurückgreift, dessen Einsatz ja auch die eigene marktwirtschaftliche Reputation schädigen kann.

Die Lektion von alledem lautet: Es geht, wenn man nur will und entschlossen handelt. Was ist zu tun? Es gilt, den eiligen Eifer bei der kurzfristigen Krisenbekämpfung in eine nachhaltige Entschlossenheit für die Modernisierung unserer Infrastruktur umzuwandeln. Ein neuer Mindset ist erforderlich - wie in den Neunzigerjahren, als der damalige Bundespräsident Roman Herzog davon sprach, dass ein „Ruck“ durch unser Land gehen müsse, und damit die damals nötige Modernisierung der Arbeitsmarktverfassung einschließlich Hartz IV mental anstieß. Analoges brauchen wir heute.

## Beschleunigte Genehmigungen für schnellere Projekte

Das gilt für alle Bereiche der Infrastruktur. Ein Schlüssel dazu ist sicherlich überall die Beschleunigung des Verwaltungshandelns: Projekte müssen schneller umgesetzt werden. Dazu hat sich die Ampelkoalition in ihrem Koalitionsvertrag bekannt - dieser avisiert eine Halbierung der Länge von Genehmigungsverfahren durch entsprechende Anpassung des gesetzlichen Rahmens. Dies gilt auch, aber natürlich nicht nur, für Projekte des Umwelt- und Klimaschutzes, wie Digital- und Verkehrsminister Volker Wissing (FDP) in seiner Auseinandersetzung mit der Umweltministerin Steffi Lemke (Die Grünen) zu Recht immer wieder deutlich macht. Die Politik muss begreifen, dass die dringende Modernisierung der Infrastruktur eine ganzheitliche Aufgabe ist. Aus ihr lassen sich nicht „gute“ und „schlechte“ Bereiche herausfiltern, denn tatsächlich hängt hier alles mit allem zusammen. Der Ruck, der durch Deutschland gehen muss, betrifft den Zustand des Landes insgesamt, nicht ideologisch ausgewählte Sparten.

Nur mit einer breit angelegten Offensive kann es gelingen, Deutschland wieder zukunftsfähig zu machen. Es geht dabei um nicht weniger als um die Transformation eines hervorragenden, aber erkennbar gealterten Industrielandes von der Welt des 20. in die Welt des 21. Jahrhunderts - und dies in einer geopolitisch abrupt veränderten Konstellation. Eine gewaltige Herausforderung. Die nächsten Jahre werden entscheiden, ob wir das schaffen oder scheitern. ■

**Karl-Heinz Paqué** ist Vorstandsvorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Er ist Volkswirt mit einem Lehrstuhl für Internationale Wirtschaft. Die weltwirtschaftliche Entwicklung beschäftigt ihn seit seinem Studium in den Siebzigerjahren. Bereits vor zehn Jahren schrieb er ein Buch über die Folgen des demographischen Wandels: „Vollbeschäftigt, das neue deutsche Jobwunder“.



Für die Energie- und Mobilitätswende spielt Wasserstoff mit dem chemischen Symbol H<sub>2</sub> eine wichtige Rolle. In Bezug auf Herstellung und Transport des Energieträgers sind zwar noch etliche Fragen offen. Experten rechnen aber damit, dass er ab 2050 in vielen Sektoren klimaneutral genutzt werden kann.

**TEXT:** FRANK LASSAK



**N**ur rund 16 Prozent der in Deutschland verbrauchten Primärenergie stammen derzeit aus regenerativen Quellen. Zu wenig, um die Pariser Klimaschutzziele zu erreichen. Ohne den Umstieg auf erneuerbare Ressourcen und die Entwicklung effizienterer Antriebs- und Heizsysteme geraten Energie- und Mobilitätswende ins Stocken. Wie aber lässt sich der Wandel bewerkstelligen, wenn Wind- und Solarenergie wegen der geografischen, sprich meteorologischen, Gegebenheiten des Landes den Bedarf nicht ausreichend und zuverlässig decken können? Das Zauberwort lautet: Wasserstoff. Das im Universum häufigste chemische Element, das auf der Erde in Form von Wasser reichlich vorhanden ist, soll es möglich machen - vorausgesetzt, der Stoff wird klimaneutral erzeugt.

Jahrzehntelang haben Energie- und Wärmeversorger sowie Verkehrswirtschaft und chemische Industrie überwiegend auf fossile Brennstoffe gesetzt - trotz der damit verbundenen CO<sub>2</sub>- und Methan-Emissionen. Nun entwickeln Ingenieure und Wissenschaftlerinnen mit Hochdruck neue Methoden, mit denen nichtfossile Energieträger besser als bisher genutzt werden können und den Ausstieg aus der fossilen Wirtschaft möglich machen. „Der Abschied von petrochemischen Brennstoffen wie Kohle, Erdgas oder Erdöl kann allerdings erst dann stattfinden, respektive von der Gesellschaft umgesetzt werden, wenn

**„Wenn Deutschland nicht rasch handelt, geht die gesamte Technologie in die USA.“**

WERNER DIWALD

## Die Farben des Wasserstoffs

Die Bezeichnungen reflektieren die unterschiedlichen Methoden, die für die Produktion von Wasserstoff genutzt werden. Klimaneutral ist nur die grüne Variante.

**Grüner Wasserstoff:** wird mittels Elektrolyse aus Wasser gewonnen und ist klimaneutral, wenn der verwendete Strom aus erneuerbaren Quellen stammt.

**Türkiser Wasserstoff:** entsteht bei der thermischen Spaltung von Methan. Die Klimaneutralität hängt von der Energiequelle und der Förderung des Methans ab.

**Blauer Wasserstoff:** wird ebenfalls aus Methan erzeugt; das Nebenprodukt CO<sub>2</sub> wird dabei im Boden gespeichert.

**Grauer Wasserstoff:** entsteht bei der Spaltung fossiler Brennstoffe mit Strom aus fossilen Energien.

**Weißer Wasserstoff:** fällt als Abfallprodukt industrieller chemischer Verfahren an, die meist den Einsatz fossiler Brennstoffe erfordern. Nicht klimaneutral.

**Roter Wasserstoff:** wird mittels Elektrolyse mit Strom aus Kernkraftwerken gewonnen. Über die Klimafreundlichkeit des Verfahrens gibt es Streit.

**Gelber Wasserstoff:** bezeichnet die Produktion des Gases aus einem Mix regenerativer Stromquellen und fossiler Brennstoffe.

**Brauner Wasserstoff:** wird unter Verwendung von Kohlestrom hergestellt und ist entsprechend klimaschädlich.

ausgereifte Verfahren für die Nutzung nachhaltiger Energiequellen existieren“, sagt André Thess vom Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) in Stuttgart. „Für Wasserstoff als klimaneutralen Energieträger wird die passende Infrastruktur wohl vor Mitte des Jahrhunderts nicht überall vorhanden sein.“

Einer der Gründe, weshalb der Umstieg nicht von heute auf morgen geschehen kann: Die für Transport und Lagerung fossiler Brennstoffe genutzte Infrastruktur ist für Wasserstoff weitgehend ungeeignet. Und für die Nutzung in der Wärme- oder Stromproduktion müssen bestehende Kraftwerke erst umgerüstet werden. Wie aufwendig das ist, zeigt ein Vorhaben des Energiekonzerns Vattenfall, der ein altes Kohlekraftwerk in Hamburg für Wasserstoffgewinnung umbauen will und dafür drei Jahre Bauzeit veranschlagt. DLR-Forscher Thess geht dennoch davon aus, dass die Entwicklung - vor allem im Transportsektor - zügig voranschreitet, da teils auf bereits vorhandene Technik zurückgegriffen werden könne, etwa bei Brennstoffzellen. Deren Skalierung für die Luftfahrtbranche oder den Schiffsverkehr sei freilich nicht trivial, so Thess: „Wir brauchen viel neue Technik.“

## Hohe Investitionen stehen an

Und die fällt nicht vom Himmel. Im Lauf der kommenden drei Jahrzehnte stehen in Deutschland, so das Ergebnis einer PWC-Studie, Investitionen in dreistelliger Milliardenhöhe für Infrastruktur und Produktionsanlagen an, damit Wasserstoff fossile Brennstoffe ersetzen kann. Hinzu kommt: Die Herstellung von CO<sub>2</sub>-neutralem grünen Wasserstoff verbraucht viel Energie - entsprechend hoch sind die Herstellungskosten. Die US-Regierung hat das unlängst erkannt und ein Förderprogramm über 50 Milliarden US-Dollar für die Wasserstoffindustrie aufge- ▶



# „Beim Tanken von grünem Wasserstoff ist langfristig ein Preis von rund zwei Euro pro äquivalentem Benzin-Liter erreichbar.“

VOLKER QUASCHNING

legt. Die Bundesregierung setzt noch auf die Einfuhr von Wasserstoff: Kanada etwa will erstmals 2025 Gas liefern. Auch afrikanische Staaten wie Namibia, Mauretanien oder Marokko, wo eigens und eiligst Elektrolyse-Anlagen für grünen Wasserstoff entstehen, kommen als Lieferanten infrage. Die dafür vorgesehenen Fördermittel wirken im Vergleich mit den USA allerdings mickrig: Weniger als vier Milliarden Euro will die Bundesregierung anfangs in die Branche stecken. „Wenn Deutschland nicht rasch handelt, geht die gesamte Technologie in die USA“, kritisierte Werner Diwald vom Deutschen Wasserstoff- und Brennstoffzellen-Verband in der „Berliner Zeitung“. Sowohl die Produktionsverfahren als auch der Transport großer Mengen des Gases per Pipeline oder Schiff stecken noch in der Entwicklungs- oder Genehmigungsphase.

Zudem sind nicht alle Pipelines für den Transport von Wasserstoff geeignet, da das hochreaktive Element anders als das chemisch eher träge Erdgas den Pipeline-Stahl porös machen kann. Bei den in Deutschland verlegten Pipelines könne man zwar davon ausgehen, dass der verbaute Stahl widerstandsfähig genug ist, meint Bastian Gillessen vom Institut für techno-ökonomische Systemanalyse des Forschungszentrums Jülich. Gasleitungen in anderen Ländern seien aber nicht grundsätzlich

wasserstofftauglich, weil dort minderwertige Stahlsorten verbaut sein könnten. Und auch beim Elektrolyse-Verfahren gibt es Optimierungsbedarf: „Die Methode wird zwar seit Jahrzehnten industriell genutzt; der Wirkungsgrad muss aber entschieden verbessert werden, damit Wasserstoff als alternativer Brennstoff wirtschaftlich sinnvoll ist“, sagt Professor Volker Quaschnig von der HTW Berlin.

## Grüner Wasserstoff bleibt teuer

Der Weg zur Wirtschaftlichkeit ist in der Tat weit: Derzeit kosten Produktion und Transport einer Megawattstunde (MWh) importierten grünen Wasserstoffs laut Statistischem Bundesamt 165 Euro, im Jahr 2030 könnte der Preis bei rund 90 Euro liegen. Zum Vergleich: Produktion und Transport der gleichen Energiemenge schlagen bei Erdgas zurzeit mit 145 Euro zu Buche - vor dem Ukraine-Krieg waren es rund 35 Euro pro MWh. Mittelfristig, so die Gasmarktexperten beim Energie-Consulting First Energy, werde sich der Erdgaspreis wohl bei 50 Euro einpendeln. Grüner Wasserstoff dürfte dann etwa doppelt so viel kosten wie der fossile Konkurrent.

HTW-Forscher Quaschnig hat für den Straßenverkehr jüngst eine Beispielrechnung aufgemacht: Sobald großtechnische H<sub>2</sub>-Anlagen flächendeckend verfügbar seien, schreibt der Energieexperte in seinem Buch „Erneuerbare Energien und Klimaschutz“, „wäre beim Tanken von grünem Wasserstoff ein Preis von rund zwei Euro pro äquivalentem Benzin-Liter erreichbar“. ■



**Frank Lassak** arbeitet als Wirtschaftsjournalist in Berlin. Themen aus dem Energie- und Transportsektor interessieren den gebürtigen Hamburger besonders.

# W

arum sprechen sich skandinavische Grüne aus Klimaschutzgründen für die Kernenergie aus, die deutschen Grünen aber nicht?

Die deutschen Grünen waren die Ersten, die in Europa Erfolg hatten. Sie sind an den Bauplätzen von Atomkraftwerken entstanden. Die teilweise militanten Auseinandersetzungen mit der Polizei hatten die Grenzen solcher Aktionsformen gezeigt und die Aufstellung grüner Listen zu den Kommunalwahlen in Niedersachsen 1977 mitinitiiert. Dazu kam dann der Streit um das Endlager im Wendland. Das wirkt bis heute nach. Die niedersächsischen Grünen sind - wenn man so will - besonders konservativ. Das haben wir so in anderen Ländern nicht. Atom wurde zum Fokus-Thema für die gesamte deutsche Umweltbewegung.

## Waren die Proteste durch Technologiefeindlichkeit oder durch Kapitalismuskritik motiviert?

Das lässt sich nicht trennen. Die frühen Grünen waren eine äußerst widerspruchsvolle Kombination von Umweltschützern und Systemkritikern. Am Bauplatz für das AKW in Wyhl, wo 1975 alles begann, gab es eine Koalition aus konservativen Bauern und linksradikalen Freiburger Studenten. Nicht die Technologie war das Problem, sondern ihr kapitalistischer Einsatz. Umweltzerstörung und Atomtechnologie waren für viele Ausdruck einer neuen Krise des Systems. Man kann in der grünen Gründungsgeschichte nicht genau trennen zwischen Umweltbewegung und einer neuen Form linker Kapitalismuskritik. Beides zusammen hat den Erfolg der frühen Grünen möglich gemacht.

## Wie sehen Sie die deutsche „Energiewende“?

Für den gleichzeitigen Ausstieg aus Kohle und Atom gab es eine Voraussetzung: dass ausreichend Erdgas zu bezahl-

# „Deutschland ist auf einem Sonderweg“

Hubert Kleinert, Grünen-Mitbegründer und Politik-Professor in Gießen, erklärt, warum sich seine Partei mit der Atomkraft so schwertut - anders als Grüne in anderen Ländern.

INTERVIEW: CARSTEN JÄGER



baren Preisen zur Verfügung steht. Das ist vorbei. Mit dem Ukraine-Krieg ist eine völlig neue Situation entstanden. Man braucht aber auf mittlere Sicht Reservekapazitäten für Tage, an denen der Wind nicht bläst und die Sonne nicht scheint. Viele Länder setzen wieder verstärkt auf Atomenergie - selbst Japan. Deutschland ist mit dieser Art von „Energie-wende“ eher auf einem Sonderweg.

## Tun wir Deutschen uns mit der Realität schwer, und sind die Grünen in diesem Sinne besonders deutsch?

Lebenslügen gibt es auch anderswo. Das ist also kein spezielles Problem der Grünen. Aber die moralische Aufladung des Redens über Politik hat bei uns ein Ausmaß erreicht, dass es manchmal zu Selbsttäuschungen führt. Mag sein, dass die Grünen davon besonders betroffen sind. Siehe Migrationspolitik, siehe Energiepolitik. Am stärksten hat sich das jedoch in der Außen- und Sicherheitspolitik gezeigt. Gerade da aber haben die Grünen angesichts des Kriegs in der Ukraine doch sehr rasch Kurskorrekturen vorgenommen. Sie unterstützen die „Zeitenwende“ und sind für Waffenlieferungen an die Ukraine. Und in Sachen China ist die Außenministerin viel klarer als der Bundeskanzler.

## Trauen Sie den Grünen eine Kurskorrektur beim Thema Kernenergie zu?

Da bin ich skeptisch. Das Thema Atomkraft sitzt sehr tief, jedenfalls bei den älteren Grünen. Aber ausschließen würde ich gar nichts. Wir wissen alle noch nicht, wie sich im nächsten Frühjahr die Lage darstellen wird, was Preise und Versorgungssicherheit angeht. Dazu die Klimadebatte. Seit der ersten Regierungsbeteiligung nach 1998 haben sich die Grünen immer wieder in einem Widerspruch zwischen Ideologie und Realismus bewegt. Wenn es zum Schwur kam, hat die Partei meistens beachtlichen Pragmatismus gezeigt. Beim Atomthema ist das sicher am schwierigsten. Allerdings sehe ich nicht, dass diese Koalition daran auseinanderbrechen wird. ■

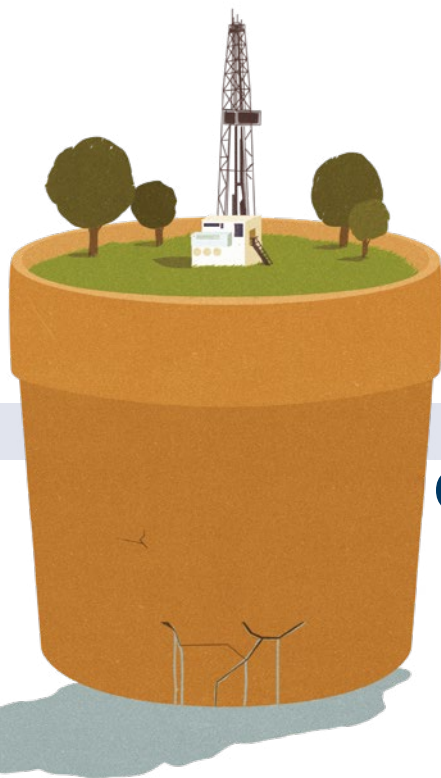


**Carsten Jäger** ist Bereichsleiter Programm und Analyse in der Bundesgeschäftsstelle der FDP.

# DIE RISIKEN LASSEN SICH MINIMIEREN

LNG allein kann die russischen Erdgasimporte nicht ausgleichen. Fracking in Deutschland ist daher sinnvoll.

**TEXT:** LUDWIG MÖHRING,  
HAUPTGESCHÄFTSFÜHRER DES BUNDESVERBANDS  
ERDGAS, ERDÖL UND GEOENERGIE E.V. (BVEG)



Pro &

Contra

## TEIL DES PROBLEMS, NICHT DER LÖSUNG

Der Gasmangel ist ein Scheinargument. Nur erneuerbare Energien können uns retten. Fracking nicht.

**TEXT:** JULIANE DICKEL,  
LEITERIN ATOM- UND ENERGIEPOLITIK BEIM BUND FÜR  
UMWELT UND NATURSCHUTZ DEUTSCHLAND E.V. (BUND)

**E**uropa ist in der größten Gaskrise seit Beginn der Erdgasnutzung vor mehr als fünfzig Jahren. Der Ausfall russischer Lieferungen lässt sich nicht über Nacht kompensieren, erst recht nicht zu den alten Preisen. Grund dafür ist die Knappheit von Erdgas auf dem Weltmarkt. Wer glaubt, LNG könne die russischen Mengen zeitnah ersetzen, übersieht, dass frühere russische Lieferungen nach Europa rund 30 Prozent des weltweiten LNG-Marktes entsprechen. LNG muss jedoch von den Europäern im Wettbewerb insbesondere mit Asien gekauft werden. Daran wird sich über Jahre nichts grundlegend ändern.

Erdgas wird auch nach 2024 knapp bleiben, und Europa wird das mit hohen Weltmarktpreisen zu bezahlen haben. Es wird kein Zurück zu

**D**as Ziel des Pariser Klimaabkommens ist, die Erderwärmung auf maximal 1,5 Grad zu begrenzen - je geringer, umso besser. Fernab jedweder Ideologie geht es um die Frage, in was für einer Welt wir und unsere Nachkommen leben werden. Wie viel Landmasse verschwindet im Meer, wie drastisch steigern sich Fluchtbewegungen, wie stark geht die (Wirtschaftsgrundlage) Biodiversität verloren und wie sehr beschneidet das Leben und Wohlstand.

Denn klar ist: Wichtige irreversible Kippunkte sind überschritten, einige Entwicklungen sind schon jetzt nicht mehr umkehrbar. Andere werden es sehr bald nicht mehr sein. Auch technologische Innovationen - sollte es welche geben - werden Flora und Fauna nicht auf Reset setzen können. Ganz zu schweigen von den Kosten,



früheren Preisen von rund 20 Euro/MWh an den Großhandelsmärkten geben. Jetzt liegen sie für 2023 bei über 100 Euro/MWh. Ob und wie schnell sie sich durch ein zusätzliches Angebot vielleicht wieder auf 50 Euro/MWh werden drücken lassen, ist fraglich.

Da hilft nur eins: zusätzliches Angebot. Deutschland hofft auf weltweite Investitionen in LNG; wirkliche Kontrolle haben wir aber allein über die heimische Erdgasproduktion. Die hier vorhandenen großen Reserven an Schiefergas zu fördern würde den Einsatz von Fracking erfordern. Zehn Milliarden Kubikmeter Erdgas pro Jahr wären denkbar, gegebenenfalls auch mehr. So könnte Deutschland wieder bis zu 20 Prozent seines Bedarfs selbst decken. Dieser Option nachzugehen wäre im Sinne einer verantwortlichen Politik.

Aber Fracking hat eine politische Historie in Deutschland. Die Skepsis sitzt tief - trotz jahrzehntelanger Erfahrungen und sicherem Einsatz von Fracking in konventionellen Lagerstätten. Die Politik kann der Skepsis nur begegnen, indem sie für eine unvoreingenommene Prüfung dieser Option sorgt. Die von der ehemaligen Bundesregierung eingesetzte Expertenkommission Fracking hat herausgearbeitet, dass sich die Technologie weiterentwickelt hat und sich die Risiken mit geeigneten Maßnahmen minimieren lassen.

Eine versachlichte Diskussion müsste erwägen, welche Rahmenbedin-

**Die Argumente der Vergangenheit reichen nicht.**

gungen für eine Schiefergasförderung entwickelt werden können. Angesichts der für viele Jahre kritischen Situation für Gasversorgung und Gaspreise wäre hierzu eine hinreichend informierte Entscheidung zu treffen. Allein die Berufung auf die Argumente der Vergangenheit reicht nicht aus.

Natürlich muss die Erdgasförderung in Deutschland mit den Pariser Klimaziele im Einklang stehen. Doch auch hier spricht vieles für heimische Förderung, denn sie vermeidet CO<sub>2</sub>-Emissionen, die beim LNG-Import anfallen. Die Schiefergasproduktion steht auch nicht im Wettbewerb mit erneuerbaren Energien, sondern könnte dazu beitragen, bezahlbare Energie auf dem Weg in die klimaneutrale Volkswirtschaft sicherzustellen. Die heimische Förderung ist so lange sinnvoll, wie hier noch Erdgas genutzt wird. ■

die auf die Gesellschaft durch Anpassungsmaßnahmen zukommen. Je drastischer die Entwicklung, umso unwirtlicher unser Lebensraum und umso drastischer die Verteilungskämpfe.

Was hat das mit Fracking zu tun? Fracking als Mittel zur fossilen Energieerzeugung ist Teil des Problems, nicht der Lösung. Beim Verbrennen von Gas entstehen CO<sub>2</sub>-Emissionen. Berücksichtigt man die Methanleckagen, die bei Förderung, Transport und Lagerung anfallen, fällt die Klimabilanz von Erdgas - insbesondere von gefracktem Erdgas - in vielen Fällen mindestens so schlecht aus wie die von Kohle.

Verweise auf den aktuell diskutierten möglichen Mangel an Gas und Strom sind Scheinargumente. Bis zur Errichtung der benötigten flächendeckenden Infrastruktur würden mehrere Jahre vergehen, bis zur Verfügbarkeit signifikanter Mengen Gas bis

zu zehn Jahre. Dem gegenüber stehen kostengünstige, wettbewerbsfähige erneuerbare Energien. Zügig naturverträglich ausgebaut, liefern sie in viel kürzerer Zeit ausreichend Energie.

Zudem ist Fracking ein wasserintensiver Prozess. Dabei ist Wasser ein Gut, das durch den Klimawandel immer rarer wird. In Fracking-Regionen würden sich Nutzungskonflikte um Wasser und Land drastisch erhöhen. Ganz zu schweigen von der Gefahr der Verschmutzung von Grundwasser und Oberflächengewässern. Denn das aufsteigende Grubenwasser ist einerseits durch Fracking-Chemikalien ver-

**Dass es „harmlosere“ Chemikalien gibt, ist bisher nicht bewiesen.**

unreinigt und kann sich andererseits beim Rückfluss mit Schwermetallen und radioaktiven Substanzen aus dem Untergrund anreichern. Beweise für die Behauptungen, es gäbe harmlosere Chemikalien, bleiben die Verantwortlichen bislang schuldig. Nebst der Frage, wie harmlos „harmloser“ ist, bleiben die anderen aufgeführten Probleme bestehen.

Die alles entscheidende Frage ist daher: Warum sollte man auf diese Technologie setzen, nur um noch mehr klimaschädliches Öl und Gas zu fördern, wenn es reale umweltverträglichere Alternativen gibt? Anstatt falsche Lock-in-Effekte zu schaffen, braucht es Investitionen in den naturverträglichen Ausbau erneuerbarer Energien und in grünen Wasserstoff aus zusätzlichen erneuerbaren Anlagen. Es gilt, die Energieeffizienz zu steigern und Einsparpotenziale zu nutzen. ■

# Freiheitsenergie vom Meer – die Ruhe vor dem Sturm?

Offshore-Windparks sollen die Energiewende retten. Doch bis dahin ist noch jede Menge zu tun. Vieles fehlt, um Windparks auf hoher See zu errichten und an die Stromnetze an Land anzubinden.

TEXT: KARINA WÜRTZ

**W**enn es um das Thema Offshore-Windenergie und Energiewende geht, kann man sich derzeit vor Superlativen kaum retten – Zeitenwende, Freiheitsenergien und der „Doppel-Wumms“ bedeuten maximales Pathos. Im gesamtgesellschaftlichen Akt der Neuvermessung unserer Realität wandelt sich dabei fraktionsübergreifend auch der Blick auf die erneuerbaren Energien. Diese, bis vor nicht allzu langer Zeit häufig noch als energiepolitischer Sonderweg belächelt, verheißen nun eine sichere, resiliente, unabhängige und nicht zuletzt CO<sub>2</sub>-arme Energieversorgung.

## Akademische Fata Morgana?

Politische Eintracht, politische Ziele, damit ein klarer Weg in eine rosige energetische Zukunft? Für den Offshore-Windkraftausbau eher nicht. Oder nicht so einfach. Denn die äußerst ambitionierten Ausbauziele der Ampelkoalition (30 GW bis 2030, mindestens 40 GW bis 2035 und 70 GW bis 2045) treffen nach Jahren der – politisch verursachten – Stagnation des Sektors auf eine Branche im Rückwärtsgang, die nun auf Turbo schalten soll. Ohne eine smarte und mutige Industriepolitik droht sonst insbesondere das 2030-Ziel

„Wir haben zwölf Jahre gebraucht, um 8 GW ins Wasser zu stellen, nun sollen 22 GW in sieben Jahren folgen.“

KARINA WÜRTZ

als „akademische Fata Morgana“ am Horizont zu verkommen: schließlich haben wir zwölf Jahre gebraucht, um 8 GW ins Wasser zu stellen, nun sollen 22 GW in sieben Jahren folgen.

Der Bedarf an Offshore-Windturbinen, Kabeln, Stahltürmen, Fundamenten und der Bau der Konverterstationen bedeuten in der Fertigung, für die Zwischenlagerung und die seeseitige Verladung einen sehr hohen und schwerlastfähigen Flächenbedarf, der so in den deutschen Häfen schlicht nicht vorhanden ist. Unsere dänischen und niederländischen Nachbarn haben das bereits vor Jahren erkannt und ihre Häfen Esbjerg und Eemshaven für die nächste Generation des Offshore-Windenergiezubaues fit gemacht.

Zwar ist es in geopolitisch unsicheren Zeiten ein Gut von unschätzbarem Wert, wenn man sich auch in Zukunft

auf stabile und freundschaftliche Nachbarschaftsbeziehungen stützen kann. Für den heimischen Rückhalt des Offshore-Ausbaus sowie den Investitions-, Technologie- und Wirtschaftsstandort Deutschland wäre es jedoch von Vorteil, wenn zumindest ein Teil der entstehenden massiven Wertschöpfung innerhalb unserer Landesgrenzen stattfände. Hier sind unsere Nachbarn findiger und entschiedener, was die Infrastrukturinvestitionen und die Nutzung europäischer Mittel angeht.

Doch nicht nur auf der Suche nach Inspiration ist es wichtig, über die Landesgrenzen hinaus zu blicken. Eröffnete Deutschland im Jahr 2010 mit „alpha ventus“ noch den weltweit ersten Hochsee-Offshore-Windpark, setzt sich weltweit inzwischen fast jedes Land mit einer Dekarbonisierungsstrategie ambitionierte Offshore-Windkraft-Ausbauziele. Allein die aktuell prognostizierte Projektpipeline von Ländern in Europa, der Asien-Pazifik-Region sowie den amerikanischen Ländern summiert sich auf über 260 000 Megawatt bis 2030 – was rund 15 000 Windenergieanlagen und dem Energie-Äquivalent von gut 260 Atomkraftwerken entspricht. Das ist eine spürbare und ernst zu nehmende Konkurrenz um knappe Produktionsfaktoren wie Flächen, Fachkräfte, Rohstoffe wie Sel-



tene Erden und Kupfer sowie Stahl und Schiffe - Tendenz dramatisch steigend. Angesichts dieses massiven internationalen Wettbewerbs sollten wir nicht nur der Offshore-Windenergie in Deutschland eine überragende öffentliche Bedeutung zugestehen, wie im Osterpaket geschehen, sondern auch die dafür notwendigen Produktionsfaktoren sicherstellen. Alles andere wäre naiv.

Ein besonders illustratives Beispiel stellt der Offshore-Konverterbau als neuralgischer Punkt des Netzausbaus dar. Die 20 000 Tonnen schweren Plattformen sind für den Offshore-Gleichstrom-Netzausbau unabdingbar. Derzeit werden sie weltweit ausgeschrieben und mangels Alternativen häufig von Werften in Fernost zusammengeschweißt. Deutschland hat seine heimische Fertigung 2018 eingestellt und stattdessen Kreuzfahrtschiffe gebaut.

### Echter Strategiewechsel

Das könnte man wieder ändern. Aber für den Bau der zukünftigen Generation an 2-GW-Plattformen kommen in Europa nur zwei bis drei Standorte infrage - einer davon ist die Werft in Rostock-Warnemünde als Teil der insolventen MV-Werften. Hier schlug das neue nationale Sicherheitsinteresse Mitte des Jahres bereits das neue überragende öffentliche Interesse der Offshore-Windenergie, als die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben den Standort übernahm und dem Marinearsenal zur Nutzung überließ - statt einem Offshore-Investor zum Konverterbau. Gegenwärtig laufen erfreulicherweise Verhandlungen über eine Co-Nutzung, sodass hoffentlich eine Win-win-Situation geschaffen wird.

Auch in der Vergangenheit stellte sich bereits die Frage, ob es klima- und

industriepolitisch sinnvoll sein kann, diese Stahlgiganten mit deutschem Stahl in Dubai oder Indonesien zu schweißen und anschließend um die halbe Welt zu schleppen. Und wollen wir wirklich sensible elektrotechnische Anteile und die entsprechende Software in China fertigen lassen, mitten in einer Debatte über Sicherheit und Unabhängigkeit?

Offen ist zudem noch, wie eine energiepolitische maritime Sicherheitsarchitektur aussehen sollte, wenn wir künftig unsere Energieversorgung leitungsgebunden aufs Meer stellen. Die Offshore-Ausbauziele Deutschlands und der nordischen Anrainer, die Vision eines vermischten europäischen Offshore-Netzes und die Pläne zur industrieskalierten Wasserstoffproduktion machen Nord- und Ostsee in den kommenden Jahrzehnten zu einem „Powerhouse“ der Energieversorgung. Wer soll sinnvollerweise zukünftig die kritische Energieerzeugung auf See überwachen? Die deutsche Marine ist dafür aktuell nicht zuständig, sondern das Bundesinnenministerium.

Mit der Definition neuer politischer Ausbauziele ist ein bedeutender Schritt getan worden. Zum ersten Mal seit Jahren decken sich diese mit dem, was klimapolitische Studien als notwendigen Energiewende-Beitrag der Offshore-Windenergie sehen. Dies ist angesichts der hier skizzierten Herausforderungen jedoch nur der Anfang, wenn die Vision Wirklichkeit werden soll. Die Arbeit fängt gerade erst an. ■



**Karina Würtz** ist seit 2021 Geschäftsführerin der Stiftung Offshore-Windenergie. Zuvor hat die Wirtschafts- und Politikwissenschaftlerin bei RWE den Offshore-Windpark Nordsee Ost vor Helgoland geführt.



## Thema



# Berliner Experimente

Die Bundeshauptstadt ist ein Versuchslabor für die Mobilität der Zukunft. Nicht jedes Projekt eignet sich zur Nachahmung. Aber lernen kann man jede Menge.

TEXT: DANIEL ZWICK

**E**in gelber Signalstreifen auf der Fahrbahn, ein paar Warnbaken in regelmäßigen Abständen - das größte Mobilitäts-Experiment der Stadt Berlin in den vergangenen Jahren ist ein Provisorium: der Pop-up-Radweg. Im Schatten von Corona hatten Senat und

Bezirke Fahrspuren von großen Straßen für den Radverkehr abgezwängt. Es folgten politische Grabenkämpfe bis in den Bundestag, Gerichtsprozesse durch mehrere Instanzen. Jetzt wandelt die Stadt die Provisorien in befestigte Wege um.

## Der Raum in der Großstadt wird neu aufgeteilt

Die Methode ist typisch Berlin: Die Hauptstadt ist ein Experimentierfeld für Mobilität. Zwar hat sich die Regierung klare Ziele gesetzt und einen Plan beschlossen, der den privaten Autoverkehr weiter reduzieren soll. Doch anders als Metropolen wie London, Paris oder Kopenhagen schafft es Berlin nicht, diesen Plan konsequent umzusetzen. Politiker auf Landes- und Bezirksebene bremsen sich gegenseitig aus, dazu kommt der Mangel an Personal und Ressourcen in der Verwaltung. Ein Missstand, aus dem sich zugleich Freiräume ergeben, in denen Unternehmer, Lokalpolitiker und Wissenschaftler neue Wege ausprobieren.

So wie die Pop-up-Radwege. Auf einigen der betroffenen Straßen haben der Radverkehr stark zu- und der Autoverkehr abgenommen. Doch nicht überall war das der Fall. Ein tödlicher Unfall auf der Ausfallstraße Frankfurter Allee hat das Experiment zudem überschattet.

Andreas Knie, Mobilitätsforscher an der TU Berlin und am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, hält die Pop-up-Radwege dennoch für vorbildlich. „Sie sind ein gutes Bei-

spiel für die Potenziale, die Berlin hätte“, sagt er. Die Wege seien einer Art „Guerilla-Politik“ in der Pandemie zu verdanken. Reguläre Projekte, wie die Verlängerung der U-Bahn bis zum Hauptstadtflughafen BER, die gerade diskutiert wird, ziehen sich dagegen über Jahre hin.

## „Innovationen gibt es vor allem dort, wo sich der Staat nicht einmisch.“

Innovationen gibt es vor allem dort, wo sich der Staat nicht einmisch. Sharing-Anbieter für Autos, Fahrräder und E-Roller liefern sich einen scharfen Wettbewerb; Uber und Bolt machen dem Taxi Konkurrenz. Eine Forschungsgruppe der TU Berlin arbeitet an autonomen Bussen, die im Testbetrieb durch den Tiergarten fahren sollen. Und für Konzerne gehört es zum guten Ton, in Berlin ein „Innovation Lab“ zu betreiben, gerne für Mobilität.

Auch Investoren lieben Berlin. Nach Berechnungen der Investmentbank UBS haben Risikokapitalgeber hier zwischen 2018 und 2021 rund 1,6 Milliarden Dollar in die Zukunftsmobilität investiert. Davon profitieren Start-ups wie Vay, das, von der Öffentlichkeit kaum bemerkt, an einem Zwischenschritt zum autonomen Fahren arbeitet: Sogenannte Telefahrer lenken die Autos des Unternehmens ferngesteuert durch die Stadt. Daraus soll ein Carsharing-Dienst entstehen, der seine Kunden vor der Haustür abholt und ihnen nach der Fahrt das Parken erspart. Denkbar wäre so ein Dienst auch außerhalb großer Städte.

Selbst die konservative Taxibranche arbeitet an der Transformation. Die Taxi-Innung testet Fahrzeuge mit Batterie und Brennstoffzelle - und macht sich stark für ein chinesisches Batterie-Wechselsystem als Alternative zum Aufladen. Zugleich drängt eine Initiative um den Uber-Generalunternehmer Thomas Mohnke darauf, die Flotten so schnell wie möglich auf emissionsfreie Fahrzeuge umzustellen.

All diesen Unternehmen hilft, dass sie in Berlin auf eine experimentierfreudige Kundschaft treffen. Dank der vielen Tech-Unternehmen ist in der Stadt eine junge, international geprägte Szene entstanden, mit Bürgern, die sich per Uber-App oder Miet-Fahrrad fortbewegen und nicht auf die Idee kämen, sich ein eigenes Auto anzuschaffen. Dazu kommt ein großer Anteil an Single-Haushalten und Menschen, die nur kurze Strecken zum Arbeitsplatz zurücklegen müssen. Pendler sind, gemessen an der Einwohnerzahl, eine verschwindend kleine Gruppe.

### Abschied vom Automobil

Andreas Knie ist wie die meisten Verkehrsexperten davon überzeugt, dass die Zeit der aufs Automobil ausgelegten Stadt vorbei ist. „Wir haben zu viele Autos“, sagt er. „Das ist das zentrale Problem.“ Die Industrie vermeidet an dieser Stelle die Konfrontation. Hildgard Müller, Präsidentin des Verbands der Automobilindustrie, spricht vom „Miteinander der unterschiedlichen Verkehrsmittel“. Bei BMW gibt man zu, dass Mobilität in Ballungsräumen künftig nur funktionieren kann, wenn das Auto Platz abgibt. Der politische Druck ließe sich verringern, wenn weniger geparkte Wagen an den Straßen stünden, meint ein Stratege des Konzerns - wenn also Stadtbewohner ihr Auto abschaffen, das sie ohnehin fast nie benutzen.

Darauf zielt ein radikales Projekt im Kreuzberger Graefekiez: Für zunächst sechs Monate sollen alle Parkplätze

verschwinden. Wer einen Wagen hat, kann ihn in einem nahen Parkhaus abstellen. Ladenbesitzer in dem lebhaften Viertel fürchten, dass die Abstellzonen für ihre Lieferwagen nicht ausreichen werden. Anwohner freuen sich dagegen auf mehr Platz für Kinder, Pflanzen, Cafétische.

Auch wenn Teile der rot-grünen Regierung applaudieren, sind solche Radikallösungen auf Landesebene kaum zu erwarten. Gegen die Besitzer von 1,2 Millionen Pkws in der Stadt lässt sich schwer Politik machen. Außerdem liegt das Ziel der Koalition, den motorisierten Individualverkehr noch stärker einzuschränken, näher, als es scheint. Schon von 2008 bis 2018 ist der Anteil des öffentlichen Nahverkehrs einschließlich des Rad- und Fußverkehrs an allen Strecken laut Senat von 67 auf 74 Prozent gestiegen. Bis 2030 sollen es 82 Prozent sein.

Technik könnte dabei helfen, genauer: Digitalisierung. Die kommunalen Berliner Verkehrsbetriebe unterhalten eine App, die ihre Busse und Bahnen mit Carsharing, Leihrädern und -rollern verknüpft. Auch Unternehmen wie FreeNow, eine Tochter von BMW und Mercedes-Benz, arbeiten an so einer Plattform: die ganze Mobilität auf einen Klick. „Die zwei großen Innovationen des Verkehrs in Berlin waren der Einheitsfahrschein 1931 und die Erfindung des Carsharings 1988“, sagt Knie. Es wäre also an der Zeit für einen neuen Entwicklungssprung. Für einen größeren als ein paar Farbstreifen auf der Straße. ■



**Daniel Zwick** ist Wirtschaftsredakteur bei „Welt“ und „Welt am Sonntag“. Er schreibt vor allem über

den Strukturwandel in der Automobilindustrie und über neue Mobilität. In Berlin fährt er fast immer Fahrrad.

# Kommunale Klimaschützer

Nicht nur Privatpersonen und Industriemanager können Strom und Gas sparen. Längst sind bundesweit Städte dabei, Energiefresser abzuschalten oder selbst Energie zu produzieren. Eine Auswahl guter Beispiele.

TEXT: MAIKE RADEMAKER UND ANTONIA SAGAST

**S**trom und Gas sparen können nicht nur Privatpersonen und Industriemanager. Längst sind bundesweit Kommunen dabei, ihre Energiefresser zu identifizieren und Sparideen zu entwickeln. Sie schließen nicht nur Freibäder und dimmen Lampen, sondern bauen und planen seit Jahren: Kläranlagen werden zu Strom- und Wärmeproduzenten, Verwaltungen sparen digital Energie, Ökostrom-Investitionen machen ganze Orte energieautark. Was sie alle eint: der Stolz auf das Ergebnis.



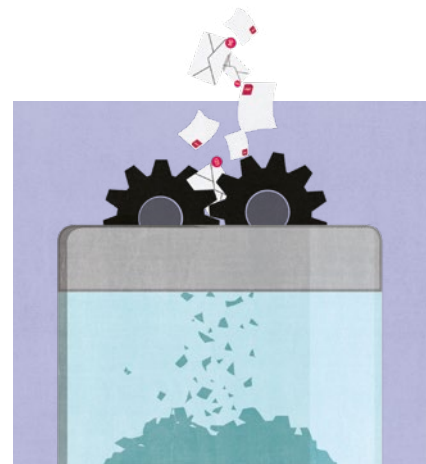
## An dem Mist sparen

Manche Menschen begeistern sich für etwas wirklich sehr Besonderes - wie Stefan Sedlmair. „Kläranlagen - das ist mein Hobby!“, sagt er sichtlich stolz. Denn seine Kläranlage, an der er als Betriebsleiter seit 29 Jahren im oberbayerischen Peißenberg arbeitet, ist auch etwas Besonderes. 80 Prozent des Stroms und über 100 Prozent der Wärme, die sie braucht, erzeugt sie selbst. Der restliche Strom ist Ökostrom.

Für die Kommune ist das ein Glücksfall. Denn eine Kläranlage ist in der Regel der größte Stromfresser einer Kommune, schreibt das Bundesumweltamt. Die bundesweit 10 000 Kläranlagen verbrauchen 4400 Gigawattstunden im Jahr - so viel wie 900 000 Haushalte. Das Einsparpotenzial ist damit enorm.

Peißenberg hat deswegen vor einigen Jahren ein Blockheizkraftwerk eingerichtet. Aber dabei blieb es nicht: „Wir haben damals eine Liste von jedem Verbrauchsposten gemacht und überlegt: Brauchen wir das? Oder kann man das abschalten?“, berichtet Sedlmair. Gekostet habe das die Kommune nicht viel: „Wenn man Abwärme von Gebläsen von einem Gebäude ins andere holt, braucht man dafür nur ein paar Rohre. Das bekommen wir selber hin.“ 2021 wurde der Ort mit seinen rund 13 000 Einwohnern damit Preisträger beim Wettbewerb „Klimaaktive Kommune“. Längst pilgern Vertreter anderer Kommunen nach Peißenberg, um von den dortigen Erfahrungen zu lernen.

Peißenbergs Geheimnis? Das Fachpersonal motivieren und machen lassen. „Man sollte den Mitarbeitern die Freiheit und den Raum geben, Ideen einzubringen und auch zu verwirklichen“, sagt Frank Zellner, seit fast drei Jahren Bürgermeister von Peißenberg. Er könne das Modell allen Kommunen zur Nachahmung nur empfehlen. „Und das können nicht nur reiche Kommunen. Peißenberg ist ehemaliger Bergbaustandort. Die Kläranlage zeigt, was man auch mit wenig Ressourcen erreichen kann.“



## Einfach mal löschen, bitte!

Die rund 60 Beschäftigten in der Verwaltung von Stockelsdorf, einer kleinen Gemeinde bei Lübeck, haben seit einiger Zeit eine besondere Aufgabe: Sie löschen Daten in ihren Accounts. Sie löschen Daten in ihren Accounts. E-Mails. Gespeicherte Akten. Infos vom Gemeindetag. Dicke PDFs. So oft und so schnell es geht. Allerdings nicht, weil sie etwas zu verbergen haben, sondern weil es Strom frisst, wenn die Daten immer und immer wieder hochgeladen werden, obwohl sie nicht gebraucht werden.

Das Thema Energiesparen beschäftigt Stockelsdorfs Bürgermeisterin Julia Samtleben schon lange. „Es ist einfach unvorstellbar, wie viel Energie aufgewendet wird, um Server und digitale Endgeräte zu betreiben. Wir haben festgestellt, dass viele Daten doppelt und dreifach gespeichert sind - in allen E-Mail-Fächern und auf mehreren Servern“, sagt sie. Jedes Jahr bekomme man beispielsweise rund 500 datenschwere Mails vom Gemeindetag. Diese Infos seien zwar wichtig, müssten

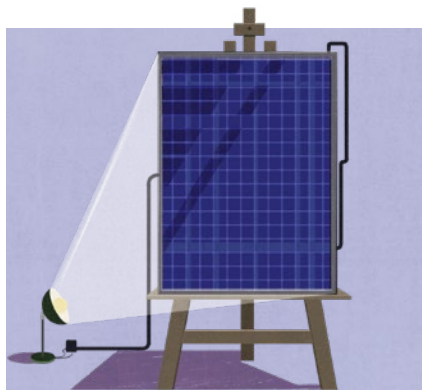


aber nicht in jedem PC gespeichert werden. „Ich habe dann zum Löschen aufgerufen - und wir haben bisher 200 Gigabyte geschafft. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schauen sich das Dokument nun stattdessen auf einer Webseite an. Das spart nicht nur Energie, sondern auch Hardware.“

Neu ist „Green IT“ nicht: Der Versuch, die stromfressende Digitalisierung zu bremsen, wandert seit Jahren durch die deutsche Verwaltung; eine entsprechende Initiative des Bundes ist gerade bis 2027 verlängert worden. Die Einsparmöglichkeiten reichen von Helligkeitseinstellungen und Ruhemodus bei Bildschirmen bis zu zentralen Druckern oder energieeffizienten Rechenzentren. Und moderne Endgeräte wie Thin Clients verbrauchen 97 Prozent weniger Energie als PCs. Zahlreiche Kommunen setzen sich bereits für Green IT ein: Im Rathaus in Kiel wurden Server und Festplatten reduziert, in Amt Bad Bramstedt-Land waren es die neuen Monitore, Thin Clients und Blade-Server, die den Energieverbrauch senkten. In der Stadt Heide schalten individuell einstellbare Zeitschaltuhren an den PCs die Geräte ab. Ersparnis: 13000 kWh, und damit 10 Prozent des Stromverbrauchs.

In Stockelsdorf mit seinen 14000 Menschen ist es nicht beim Energiesparen in der Verwaltung geblieben, die Ideen gehen der Bürgermeisterin nicht aus. Die Straßenlampen sind auf LED umgestellt und wurden zusätzlich gedimmt. „Wir haben bei der Weihnachtsbeleuchtung die Lichterkette

ausgetauscht und uns den Verbrauch der übrigen Beleuchtung angesehen“, berichtet Samtleben. Und die Flachdächer der Gemeinde werden derzeit alle daraufhin überprüft, ob sie sich für Solaranlagen eignen.



## Chemnitz, die Sonnenkönigin

San Francisco, Dubai und sogar Freiburg im Breisgau - das sind Städte, die von der Sonne verwöhnt werden. Aber Chemnitz? Die Stadt ist gerade erst zur Solarhauptstadt Deutschlands gekrönt worden. Die Zeitschrift „WirtschaftsWoche“ hat öffentliche Statistiken ausgewertet und festgestellt: Chemnitz hat die Photovoltaik vor Ort seit Jahren weitaus stärker ausgebaut als andere Städte in Deutschland. „Die Entwicklung ist erfreulich“, sagt dazu eher lapidar eine Sprecherin der sächsischen Metropole. „Außerdem haben wir in der Region eine relativ gute Sonneneinstrahlung.“

Tatsächlich zeigen das Marktstammdatenregister der Bundesnetzagentur - hier werden alle PV-Anlagen registriert - und das Vergleichsportal für Solarinstallationen Selfmade Energy, dass Chemnitz zwischen Januar und Juli 2022 insgesamt 248 neue Anlagen und damit 13,4 Prozent mehr als der bundesweite Durchschnitt anmeldete.

Bis 2040 will die Stadt klimaneutral sein und durch den Ausstieg aus fossilen Brenn- und Rohstoffen helfen, die Ziele von Paris zu erreichen. Dafür

haben die Behörden Flächen für Solaranlagen ausgewählt, Bebauungspläne erstellt und Investoren gesucht, darunter einen Energieversorger, an dem die Stadt beteiligt ist.

Neben den PV-Anlagen setzt Chemnitz nun auch auf Wärmepumpen und Windkraft. Für das Energiesparen im Bestand wurden mit Vermietern, einem Energieversorger und anderen Partnern energetische Quartierskonzepte erstellt. Dazu gehört auch Fernwärme. So wird im Gründerzeitviertel Brühl die Wärme für das Niedertemperaturnetz zu 10 Prozent aus Solarwärme erzeugt.

Was den Ausbau der erneuerbaren Energie in Chemnitz besonders macht, ist das bürgerschaftliche Engagement der knapp 250000 Einwohner. Bürgersolaranlagen, bei denen Menschen auch ohne eigene Flächen in Energieerzeugung investieren, sind ein Beispiel dafür. Oder die Tatsache, dass die Neuanlagen, die der Stadt den Titel verschafft haben, überwiegend private Anlagen sind. „Chemnitzerinnen und Chemnitzer stehen dem Thema offen gegenüber“, sagt die Pressesprecherin. „Das gilt für Privatpersonen, Wohnungsunternehmen sowie andere gewerbliche Investoren. Andernfalls wäre das Ergebnis nicht möglich gewesen.“

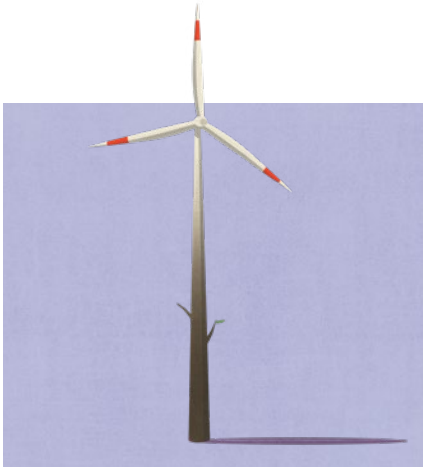
## „Windkraft für die Nachbarn“

Die Ostseeküste in Mecklenburg-Vorpommern ist berühmt für wunderbare Aussichten und für stetigen, kräftigen Wind. Kein Wunder also, dass Investoren besonders windige Flächen nutzen, um Energie zu erzeugen. Nun haben auch die Einwohner des Städtchens Dassow an der Küste aus der Not eine Tugend gemacht und sich an einem Windpark finanziell beteiligt - mit doppeltem Gewinn.

Dassow liegt an einem Abzweig der Trave, Lübeck gegenüber. „Tor zur Ostsee“ nennt sich das Städtchen, ►

**„Es ist unvorstellbar, wie viel Energie für Server und Endgeräte aufgewendet wird.“**

JULIA SAMTLEBEN



## „Wir haben uns gesagt, wir probieren das mal aus mit der Nachbarteiligung.“

ANNETT PAHL

das von Tourismus, drei großen Medizintechnik-Firmen und der Landwirtschaft lebt - und nun auch ein bisschen von der Energie, die drum herum geerntet wird.

Denn Dassow hat 60 000 Euro in den benachbarten Bürgerwindpark Schönberg investiert. Dort erzeugen acht neue Turbinen Strom, um 7 500 Haushalte zu versorgen. Derzeit sprudeln die Gewinne, die Gemeinde kann sich über hohe Ausschüttungen freuen.

Seit 2016 müssen Investoren in Mecklenburg-Vorpommern beim Bau neuer Windparks Anwohnern und Kommunen eine Beteiligung anbieten. 1850 installierte Windkraftanlagen zählte das Land 2021. Mit dem Gesetz will die Landesregierung erreichen, dass die Anlagen vor Ort akzeptiert werden.

Dassow hat diese Gelegenheit beim Schopfe gepackt. „Wir haben uns gesagt, wenn das Bürgerbeteiligungsgesetz uns diese Möglichkeit gibt, dann probieren wir das mal aus mit der Nachbarteiligung“, sagt Bürgermeisterin Annett Pahl. Und wundert sich: „Wir sind die einzige Gemeinde

in der Nachbarschaft des Windparks, die diesen Schritt gegangen ist.“

Für die meisten der rund 4 000 Bürgerinnen und Bürger von Dassow bleibt die lukrative Geldanlage erst einmal unbemerkt. „Die Ausschüttungen fließen in unseren Haushalt ein“, sagt Pahl. Dort helfen sie bei öffentlichen Investitionen - gerade ist ein neuer Sportplatz geplant.

Dassow setzt stärker auf erneuerbare Energien. „Hier heizen die Menschen meist mit Gas - und da sind die Preise mächtig gestiegen“, sagt Pahl. Im vergangenen Jahr hat die Kommune eine Machbarkeitsstudie für eine nachhaltige Energie- und Wärmeversorgung angestoßen. Nun will man Strom auf dem Schuldach erzeugen und sucht Möglichkeiten für ein Fernwärmenetz. Die Beteiligung am Windpark zeigt, dass sich der Schwenk auch finanziell lohnen kann.



## Holz und Nahwärme in Reit im Winkl

Holz für Heizung und Warmwasser - was gibt's derzeit Nachhaltigeres? Davon sind die knapp 2 340 Einwohner von Reit im Winkl in Oberbayern überzeugt. Seit dem Jahr 2000 heizen sie zentral mit Holz und leiten die Wärme über Leitungen in ihre Häuser. „Mehr als 560 Anschlüsse haben wir jetzt, damit haben wir mehr als 90 Prozent der Häuser in Reit im Winkel angeschlossen“, sagt Andreas Heigenhauser, Geschäftsführer der örtlichen Firma

Naturwärme. „Zwar kommen gerade jetzt viele weitere Anfragen. Aber das können wir nicht alles stemmen.“

Reit im Winkl liegt südöstlich von München in einer der walddreichsten Gegenden in Deutschland. 5 000 Hektar Wald gehören zur Gemeinde. „Aus heutiger Sicht gesehen haben wir Glück gehabt: Wir durften uns damals Gedanken machen, wie wir den Ort ohne Gas versorgen“, erzählt Heigenhauser. „Wir haben hier keine Geothermie, keinen Wind, kein Wasser, keine Ab- oder Prozesswärme. Wir haben nur Sonne und Holz.“

Damals stand aber nicht der Klimaschutz im Vordergrund, sondern die Zukunft der Gemeinde. Denn bei bestimmten Wetterlagen stand die Luft über dem Tal, die Abgase der Ölheizungen blockierten die Frischluft, Reit im Winkl drohte das Siegel als Luftkurort zu verlieren.

„Mit der Anlage haben wir damals Investitionen ins Dorf geholt, heute steht der Klimaschutz ganz vorn“, sagt der Ingenieur. In der zentralen Hackschnitzelverfeuerung wird Holz aus der Waldpflege und von den Sägebetrieben verbrannt. 50 Kilometer doppelt isolierte Rohre mit Leckagesensoren führen als Nahwärmenetz durch das Dorf. „Außerdem haben wir die Vor- und Rücklauftemperaturen gesenkt und fahren mit warmem statt mit heißem Wasser“, sagt Heigenhauser. Künftig sollen neue Speicher und Wärmepumpen folgen. Auch ein zweites Heizwerk könnte entstehen. „Das wäre die logische Entwicklung“, sagt Heigenhauser. „Aber da müssen wir rechnen, ob sich das finanziell lohnt, wir sind ja eine kleine Dorfgemeinde.“ ■



**Maïke Rademaker**, freie Journalistin und Moderatorin, arbeitet zu Klimawandel und Umweltthemen.



**Antonia Sagast** schreibt als Journalistin seit vielen Jahren über Energie- und Wirtschaftspolitik.

# Gesellschaft

**Francis Fukuyama**

## „Es hat sich ein Spalt aufgetan“

Der US-Politikwissenschaftler über liberale Werte und wütende Männer in den modernen Gesellschaften.

**INTERVIEW / S. 39**



**Maren Jasper-Winter und Catharina Bruns**

## Vorstandsquote oder neue Arbeitswelt?

Maren Jasper-Winter und Catharina Bruns diskutieren in Berlin über die Politik der Gleichberechtigung.

**INTERVIEW / S. 28**



**Wolfram Eilenberger**

## Zwischen Trotz und Fatalismus

In ihrer Radikalisierung ähneln die jungen Klimaaktivisten von heute dem mythischen Sisyphos.

**ESSAY / S. 32**





Catharina Bruns (links)  
und Maren Jasper-Winter  
wissen, wie wichtig das  
richtige Wort an der  
richtigen Stelle ist.

# „Ich will doch nicht den alten Laden der Männer aufräumen“

Veraltete Strukturen gehören aufgebrochen, darin sind sich Maren Jasper-Winter und Catharina Bruns einig. In einer modernen Arbeitswelt kann Frau gleichberechtigt sein - mit den richtigen wirtschaftlichen und politischen Anreizen. Ein Streitgespräch.

INTERVIEW: ANDERS MERTZLUFFT UND EVA CHEUNG



**Frau Bruns, sagt Ihnen die Doppelhelix etwas?**

**Brunns:** Ja, im Sinne von Biologie ...

**Die Doppelhelix bezeichnet die molekulare Struktur des DNA-Moleküls. Entdeckt wurde sie von Rosalind Franklin. Aber der Nobelpreis ging an Crick, Wilkins und Watson für ihr räumliches Modell der DNA. Wieso reden wir eigentlich so wenig über die Innovationskraft von Frauen?**

**Brunns:** Für die damalige Zeit kann man das sicher damit erklären, dass die gesellschaftlichen Strukturen noch nicht vorhanden waren. Heute gibt es dafür keine plausible Erklärung mehr. Außer, dass wir Frauen uns selbst noch viel mehr sichtbar machen müssen.

**In der Politik ist das nicht so einfach, denn die ist in vielen Bereichen nach wie vor von Männern dominiert. Woran liegt das? Ist die Gesellschaft in Deutschland so rückständig?**

**Jasper-Winter:** Es gibt weiterhin ein sehr traditionelles Bild von der Frau - auch als Mutter. Und dieses Bild besteht in den Köpfen von vielen Frauen und Männern. Es sorgt dafür, dass die Aufgabenverteilung zwischen Männern und Frauen, wenn es um Familienarbeit geht, wie zementiert erscheint. Zum Beispiel bei der sogenannten Care-Arbeit - diese Tätigkeiten in der Familie werden immer noch mehrheitlich von Frauen ausgeübt und oft von außen gar nicht als Arbeit wahrgenommen.

**Also müsste man die Strukturen verändern?**

**Jasper-Winter:** Ich bin sehr dafür, Strukturen zu verändern, denn damit ändert sich oft auch das Bewusstsein. Und es geht darum, Anreize dafür zu setzen, dass uns Dinge bewusst werden. Zum Beispiel die ungleiche Bezahlung im Job, die ja immer noch besteht. Unternehmen sollten selber ihren Gender Pay Gap ausrechnen müssen. Das sorgt schon für ein stärkeres Umdenken.

**Brunns:** Ich denke, auch im Wirtschaftsleben kann man als Frau selbstständig sein Gehalt verhandeln. Die Formel „gleiches Geld für gleiche Arbeit“ ist immer noch schwierig, denn der gleiche Job beinhaltet nicht unbedingt die gleiche Leistung. Aber es ist richtig: Frauen könnten offensiver sein und mehr fordern, auch bessere politische Rahmenbedingungen. Es ist ja so, dass wir ein Sozialversicherungssystem haben, das ein bestimmtes Erwerbsleben bevorzugt. Wir haben ein Steuersystem, das ein bestimmtes Setting bevorzugt. Und in der Selbstständigkeit ist es zum Beispiel so, dass die Sozialversicherung Frauen praktisch in die Teilzeitfalle zwingt. Der Schritt in die Selbstständigkeit als Vollerwerb ist für Frauen teuer. Das liegt einfach an den bestehenden

Strukturen, etwa in der gesetzlichen Krankenversicherung oder Anreizen, wie dem Ehegattensplitting.

**Jasper-Winter:** Aber die Anreize entstehen nicht durch das Ehegattensplitting als solches, sondern durch die unterschiedliche Besteuerung, also die Lohnsteuerklassen drei und fünf. Zu Recht will die FDP diese Steuerklassen in der Ampelkoalition abschaffen.

**Also ist nicht das Ehegattensplitting das Problem?**

**Jasper-Winter:** Der erste Schritt sollte die Abschaffung der Lohnsteuerklassen drei und fünf sein. Perspektivisch gehört dann das Ehegattensplitting abgeschafft, allerdings mit Übergangsfristen. Entweder geht man dann den Weg über das Familiensplitting, um Familien mit Kindern einen steuerlichen Vorteil zu bieten. Oder es gibt eine Individualbesteuerung. Auch das wäre ein liberaler Weg.

**Nun entwickelt sich die Gesellschaft ja langsam weiter. Männer übernehmen mehr und mehr Haushalt und Kinderbetreuung - sicher nicht so viel wie in anderen Ländern wie in Skandinavien, aber immerhin.**

**Jasper-Winter:** Wenn es zu einer Familiengründung kommt, sind es in erster Linie die Frauen, deren berufliche Karriere ins Stocken gerät. Und sie sind auch diejenigen, die später öfter unter Altersarmut wegen einer geringeren Rente leiden. Deswegen muss man sich schon die Frage stellen, ob es gute Rahmenbedingungen gibt für eine qualitativ gute Kinderbetreuung. Nicht irgendeinen Kitaplatz und oder eine Nachmittagsaufbewahrung an Ganztagschulen, sondern einen guten Bildungsort, an dem eine gute Betreuung möglich ist.

**Das ist in vielen Städten und sogar in den Großstädten ein großes Problem.**

**Jasper-Winter:** In Berlin gibt es Ganztagschulen und Kindertagesplätze, aber die Qualität ist manchmal nicht so gut. Hinzu kommt, dass der Ausbau von Kita-Plätzen viel zu schleppend verläuft, weil das Land Berlin zum Beispiel freie Träger beim Kita- oder Schulausbau nicht genauso berücksichtigt wie die staatlichen Träger. ▶

**„Ich bin sehr dafür, Strukturen zu verändern, denn damit ändert sich oft auch das Bewusstsein.“**

**MAREN JASPER-WINTER**

## Thema

### **Aber auch der Ausbau der Infrastruktur führt nicht alleine dazu, dass sich mehr Väter kümmern ...**

**Jasper-Winter:** Väter nehmen im Schnitt zwei Monate Elternzeit, also höchstens die üblichen Vätermomente. Deshalb will die Ampel das Elterngeld auf mindestens drei Monate ausweiten, die der jeweils andere Partner nehmen muss. Das ist im Koalitionsvertrag verankert.

### **Nun gibt es auch andere Bereiche, in denen Frauen sich schwertun, beispielsweise bei der Gründung von Unternehmen?**

**Bruns:** Das Problem haben wir hauptsächlich im Bereich der Start-up-Gründungen. Glaubt man den Zahlen, sind nur etwa 20 Prozent der Start-up-Gründer Frauen. Insgesamt sind aber etwas mehr als 40 Prozent der Gründer weiblich. Allerdings bleiben Freiberuflerinnen und Frauen, die sich anderweitig selbstständig machen, in der öffentlichen Debatte oft unsichtbar. Wenn ich beispielsweise als Grafikdesignerin selbstständig arbeiten will, ohne direkt den Bau eines Unternehmens zu planen, das den Weltmarkt angreift, dann bin ich genauso Gründerin. Ich finde es schwierig, den Frauen zu sagen: „Frauen, ihr müsst jetzt alle so gründen, wie die Männer das schon immer machen.“

**Jasper-Winter:** Ich habe mich letztes mit einer Frau aus der Chemiebranche unterhalten, die mir erzählte, wie schwer es ist, als Frau eine Idee aus dem Bereich Chemie einem rein männlichen Investorenteam zu erklären - die Idee im Übrigen gar nicht durchdrangen.

### **Es gibt ja empirische Daten, die belegen, dass es für Frauen schwerer ist, Kapital für eine Gründung zu erhalten.**

**Bruns:** Ja, die gibt es, aber das reicht nicht aus als Erklärung. Und es ist nur ein Teil der Wahrheit. Ehrlicher wäre es auch zu sagen, Frauen gründen häufiger mit Geschäftskonzepten, die sich nicht so skalieren lassen. Es tragen viele Faktoren dazu bei, ob in eine Idee investiert wird, oder nicht.

### **Was für ein Potenzial geht da verloren! Denn die ganze Arbeitswelt diskutiert unter „New Work“ mehr Flexibilität und mehr Diversität, sogar große öffentliche Unternehmen.**

**Jasper-Winter:** Etliche Studien zeigen, dass solche vielfältigen und flexiblen Unternehmen erfolgreicher sind, weil unterschiedliche Perspektiven zusammenkommen. Insofern finde ich schon, dass man auch dort diese alte Arbeitswelt verändern muss. Denn wenn sehr viele Männer eines bestimmten Alters und einer bestimmten Herkunft mit einem bestimmten Background in Führungspositionen sind, dann ist es völlig voraussehbar, dass ähnliche Männer nachziehen



„Politisch lässt sich bereits viel ändern. Zum Beispiel, indem wir schon in der Schule bei den Lehrplänen ansetzen.“

#### **MAREN JASPER-WINTER**

IST ABGEORDNETE FÜR BERLIN-MITTE IM BERLINER ABGEORDNETENHAUS. SIE IST SPRECHERIN DER FDP-FRAKTION FÜR INTEGRATION, ARBEIT, FRAUEN UND BERUFLICHE BILDUNG.

und aufsteigen. Diesen Automatismus muss man durchbrechen.

**Bruns:** Die Frage bleibt, ob und wie die Politik daran etwas ändern kann. Denn eine staatliche Vorgabe in Form einer Quote für Vorstände zum Beispiel wäre für Liberale ein starkes Stück. Aber was spricht eigentlich gegen eine umfassendere Berichtspflicht? Zum Beispiel bei börsennotierten Unternehmen, die dann genauer abbilden müssten, wie viele von ihren Mitarbeiterinnen in leitenden Positionen nicht weiterkommen. Sonst ist die Gefahr groß, dass es nur zu kosmetischen Veränderungen kommt. Dann wird halt noch ein Extraposten geschaffen und mit einer Frau besetzt. Und in Wirklichkeit ändert sich nichts - weder an der Unternehmenskultur noch am Arbeitsmarkt.

### **Wen man sich das anhört, dann klingt das etwas resigniert ...**

**Bruns:** Ich würde doch auch nicht den alten Laden der Männer aufräumen wollen. Mein Appell ist daher: Lasst uns eine neue Arbeitswelt bauen, in der es möglich ist, Kinder zu kriegen und die Familie mit dem Beruf zu vereinbaren. Eine Welt, in der wir anders gründen, in der wir selbst investieren können und in der wir uns mehr Freiräume geben. Allerdings bin ich da skeptisch: Diese Diskussion wird kaum geführt.





### „Lasst uns eine neue Arbeitswelt bauen, in der es möglich ist, Kinder zu kriegen und die Familie mit dem Beruf zu vereinbaren.“

**CATHARINA BRUNS**

IST KREATIVE, UNTERNEHMERIN, AUTORIN UND GILT ALS WICHTIGE STIMME FÜR DIE SELBSTSTÄNDIGKEIT.

#### Werden solch radikalen Rufe nach einer neuen Arbeitswelt gehört?

**Bruns:** Die Auswirkungen einer unselbstständigen Gesellschaft können wir uns nicht länger leisten. Wir hatten jetzt eine lange Zeit, wo wir alle sozusagen eine Anpassungskarriere durchziehen konnten. Ich finde aber, jetzt ist die Zeit gekommen, dass wir als Einzelne und als Gesellschaft stärker unternehmerisch denken. Wir brauchen eine wirklich neue, realistische Aufstiegserzählung. Und da spielen das Unternehmertum und eigenständiges Arbeiten und New Work eine zentrale Rolle. Selbst wenn wir vieles aus der alten Arbeitswelt hinüberretten können, wird unser Erwerbsleben in Zukunft nicht mehr auf Sicherheit gehen können. Dafür müssten Liberale viel radikaler streiten.

**Jasper-Winter:** Hinzu kommt, dass wir uns in Zeiten des Fachkräftemangels kein „weiter so“ erlauben können. Ich komme aus einem Energieversorgungsunternehmen, da weiß ich, wie händeringend Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Energietechnik gesucht werden.

#### Was müsste da getan werden?

**Jasper-Winter:** Politisch lässt sich da bereits viel ändern. Zum Beispiel, in dem wir schon in der Schule ansetzen und Kindern selbstständiges Arbeiten, sogenannte Entrepreneurship Education, näherbringen. Gerade für Kinder und Jugend-

liche aus prekären Verhältnissen könnten solche Projekte viel Positives bringen, und sie könnten sich noch einmal von einer ganz anderen Seite zeigen. Ich fände es gut, wenn wir in jeder Schule eine richtige Werkstatt einrichten mit Werkunterricht. Dazu kommen Botschafterinnen und Botschafter an die Schulen, die für eine duale Ausbildung werben oder für einen Studiengang in einem MINT-Fach. Das könnten auch Unternehmerinnen oder Gründerinnen sein.

**Bruns:** Wir brauchen vor allem unternehmerisches Denken in der Schule. Das Gute an solch einer „Entrepreneurship Education“ ist ja, dass man unternehmerische Denkweisen und Handlungsprinzipien vermittelt. Jede Schülerin und jeder Schüler kann sich als Gestalter wahrnehmen - und zwar abseits der schulischen Fähigkeiten, die sie sonst erlernen müssen.

**Jasper-Winter:** Ziel ist doch, dass die Schülerinnen und Schüler anschließend mit einem guten Selbstbewusstsein in die Welt gehen und sagen: „Ich gestalte den Arbeitsmarkt mit. Ich bin hier nicht passiv und warte, bis mir jemand Arbeit zuteilt. Sondern ich gestalte mit. Ich kann unternehmerisch tätig werden oder mich für ein Unternehmen entscheiden.“

#### Nun hat sich die Ampel die Erneuerung des Landes auf die Fahnen geschrieben ...

**Bruns:** Wir brauchen Rahmenbedingungen, die uns unabhängig sein lassen und dafür sorgen, dass Menschen sich entfalten können. Aufstieg und Leistungslust müssen wieder positive Kategorien werden. Und diesen Aspekt sehe ich im Augenblick nicht mehr. Es geht nur noch um Umverteilung und höhere Steuern für vermeintlich Reiche. Dabei hat der Staat gar kein Problem mit seinen Einnahmen. Auf der anderen Seite haben wir eine Bevölkerung, die keine sehr umfassende ökonomische Bildung hat, was natürlich in Abhängigkeiten führt und keine großen Träume, für die sich der Einsatz lohnt. Wir sollten uns mehr um Befähigung kümmern, als immer wieder zu versprechen, dass der Staat alle Probleme löst.

**Jasper-Winter:** Ich finde, eine solche Pauschalkritik geht an der Lebensrealität vorbei. Wenn ich als alleinerziehende Mutter in Berlin lebe und meine Kinder noch in die Schule gehen, dann treffen mich die Inflation und die hohen Energiepreise besonders stark. Deshalb ist es bei aller Kritik an einzelnen Maßnahmen gut, dass die Bundesregierung die Menschen so unterstützt, wie sie es jetzt tut. Und den Bürgerinnen und Bürgern traue ich durchaus zu, dass sie für sich eigenverantwortlich und vernünftig wirtschaften. ■

**Eva Cheung** ist Marketing-Referentin bei der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in Berlin.

**Anders Mertzluft** ist Chefredakteur des Magazins „Liberal“, Leiter Kommunikation und Pressesprecher der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in Berlin.





## Zwischen Trotz und Fatalismus

In ihrer Radikalisierung ähneln die jungen  
Klimaaktivisten von heute dem mythischen Sisyphos.

Ein Aktivist bei  
einer Sitzblockade  
im November 2022  
in Berlin

TEXT: WOLFRAM EILENBERGER



**U**nd was, wenn sich nicht etwa Energie oder Wasser, sondern Hoffnung als die eigentlich kritische Ressource unserer Lebensform erwiese? Mit diesem Gedanken traf ich kürzlich den Regisseur Werner Herzog. Denn nach einer Stunde Dialog mit dem Schöpfer solch bildmächtiger Werke wie „Fitzcarraldo“, „Mein liebster Feind“ oder „Grizzly Man“ fragte ich abschließend, welches Ereignis, welche Entdeckung oder politische Dynamik ihn derzeit besonders mit Hoffnung erfülle. Herzog, mittlerweile 80 Jahre alt und mit jeder Art existenzieller Grenzsituationen bestens vertraut, musste nicht lange nachdenken. Anstatt aber zu antworten, schwieg er. Schwieg vor laufender Kamera, zehn unsagbar lange Sekunden lang. Trostlos die Zeiten, in denen selbst klarste Visionäre wissen lassen, nicht weiterzuwissen.

Zur These geformt: Nichts bedroht das Gedeihen offener Gesellschaften derzeit stärker als die zunehmende Verdunkelung des eigenen Zukunftshorizonts. Mal ganz abgesehen davon, dass bereits mit Blick auf allzu akute Krisenherde - Ukraine, Iran oder Israel oder Palästina - kaum jemand zu sagen weiß, wie ein Weg aus den jeweiligen Sackgassen aussehen mag, lauert da im Hintergrund unser aller Gedanken ein weitaus bestürzenderer Gedanke: Wer hätte es denn zu Ende des Schreckensjahres 2022 wirklich im Kopf, das Bild einer planetaren Zukunft von zehn Milliarden frei interagierenden, demo-

kratisch organisierten und nicht zuletzt selbstbestimmt konsumierenden Menschen? Ich kenne niemanden.

### In 80 Jahren um die Welt

Dabei hat besagte Bestürzung so gut wie alles mit Herzogs eigener Lebensspanne zu tun. Denn in den bald 80 Jahren des Nachkriegs hat seine und unsere Generation das Antlitz dieser Erde auf eine Weise umgepflügt und verheert, wie Zehntausende Menschengenerationen zuvor nicht. Wer wie Herzog zu Ende des Zweiten Weltkriegs in einem bayerischen Gebirgstal das Licht der Welt erblickte, wurde biografischer Zeuge, wie eine noch fast feudale Landwirtschaft auf rein computergesteuerte Mähreschergeschwader umstellte. Wie aus dem einen Dorffauto der Golf für alle, aus dem einen Dorffernseher das iPhone für alle und aus der einen Flugreise des Lebens die wie Flöhe über den Erdball hüpfenden Easy-Jet-ter unserer Tage wurden. Wie sich die Anzahl der Menschen auf diesem Planeten mehr als verdreifachte. Wie ein weiterer, dann atomarer Weltkrieg immer wieder wundersam ausblieb. Und nicht zuletzt, wie wir als Bürgerinnen und Bürger der liberalen Demokratien des Westens bei allem modernen Fortschrittsglauben dennoch zunehmend so taten, als gäbe es kein Morgen - ja, als sollte die Geschichte selbst mit uns enden.

### Mythen der Überforderung

Was geschieht nun mit Individuen oder Gesellschaften, wenn sich in ihnen das Bewusstsein festsetzt, vor existenziellen wie politischen Herausforderungen zu stehen, deren produktive Bewältigung sie nicht länger vernünftig erhoffen dürfen? Wie halten sie sich?

Zu den ältesten und eindrucklichsten kulturellen Bildern für einen Zustand hoffnungsfreien Kontrollverlusts zählen die großen griechischen Mythen der Götterfrevler, allen voran die von Sisyphos und von Atlas. ▶

**„Nichts bedroht das Gedeihen offener Gesellschaften derzeit stärker als die zunehmende Verdunkelung des eigenen Zukunftshorizonts.“**

FOTO: CARSTEN KOALL/PICTURE ALLIANCE/DPA



Und wem käme beim mythischen Sisyphos heute nicht sofort ein Klimaaktivist in den Sinn, der jeden Freitagmorgen wieder den Stein kritischer Bewusstwerdung in Bewegung bringt, um selbigen schon am folgenden Tag im Rausch des nachhaltig mobilitätsfrohen Wochenendkonsums seiner Mitmenschen fröhlich heruntergestoßen zu sehen? Wie das gesamte Feld der Klimabewegten mittlerweile sisyphoshaft zwischen trotziger Jetzt-erst-recht-Stimmung und dem abgründigen Fatalismus bereits überschrittener Kippunkte zu pendeln scheint.

Der in wenigen Monaten vollzogene Umschlag von einer Rhetorik tätiger Zukunftshoffnung (Fridays for Future) ins apokalyptische Register der „letzten Generation“ offenbart, welches Schicksal Bewegungen erwartet, denen die Gründe und Bilder für vernünftiges Hoffen ausgehen. Sie radikalisieren sich aufs eigene Ende hin. Nichts ist schwerer jedenfalls, als sich einen klimabewussten Jungaktivisten als glücklichen Menschen vorzustellen.

## Schuld und Schultern

Wen mag es da verwundern, dass sich die jungen Aktivisten mittlerweile lieber an Ort und Stelle festkleben, als forsch voranzumarschieren, und als Folge ihrer eigenen Imaginationen in Sachen Zukunft vermeinen, die großen Bildwerke unserer Tradition gleich mit verschandeln zu müssen.

Das Verantwortungsbewusstsein, innerhalb einer Generation - gar nur einer Dekade - sämtliche Überlebensprobleme der heutigen wie zukünftigen Weltbevölkerungen auf einmal schultern zu müssen, hat etwas notwendig Erdrückendes. Kein besseres Bild für solch kolossale Selbstverweisung als das des mythischen Atlas, dessen Strafmision bekanntlich darin besteht, mit ureigener Kraft dafür geradestehen, dass uns der Himmel dereinst nicht auf den Kopf falle. Ein Auftrag, an dem bereits Titanen zu zerbrechen drohen,

## „Wer denkt heute bei Sisyphos nicht sofort an den Klimaaktivisten, der jeden Freitag den Stein kritischer Bewusstwerdung bewegt?“

im sich zunehmend apokalyptisch begreifenden Anthropozän fällt er ganz auf uns Endliche zurück. Was nicht nur ein bisschen eitel erscheint, sondern das Bedenken mitführt, wie das alles schon rein aus psychologischer Sicht jemals gut gehen soll. Vor allem, wenn man bedenkt, dass es nichts anderes als die Wahnidee einer zunehmend totalen technischen Naturbeherrschung und -zurichtung war, die uns überhaupt in die kontemporäre Sackgasse geführt hat.

Atlas trägt allzu schwer an seiner Last. Täglich droht sie ihn in die Knie zu zwingen. Er ist nicht nur ein Wesen ohne Hoffnung, sondern geradezu das mythische Gegenbild dessen, was es heißt, sich ein wahrhaft freies Menschenleben vorzustellen. Er ist der nachhaltig hoffnungsfreie Sklave seiner übermenschlichen Strafe, das gesamte Gewicht der Gaia und also des Lebens auf dieser Erde schultern zu müssen.

## Über den Berg

Anstatt über Hoffnung wollte Werner Herzog zu Ende unseres Gesprächs deshalb viel lieber über Trost sprechen, den er vor allem in den Künsten finde. Wie etwa der Dichtung, der Malerei, ganz selten auch dem Film. Fern von allzu aktivistischer Selbstaufladung oder der massenkompatiblen Produktion ablenkenden Schunds liege die trostpendende Aufgabe der Künste darin, das, was als unaussprechbar oder unvorstellbar gelte und deshalb besonders dringend gesagt und gezeigt

werden müsse, ins Offene zu führen. Es zum Bild und also möglichen Anfang werden zu lassen. Zum Wink, gar Ausgang aus der Dunkelheit unserer, jeder Zeit. Und sei es nur für einen blitzhaften Moment.

Wie etwa das Bild des besessenen Klaus Kinski in seiner Rolle des Fitzcarraldo, der im tiefsten Amazonas-Dschungel ein tonnenschweres Schiff von reiner Menschenhand über einen hohen Berg wuchten lässt. Ein Bild, so Herzog in unserem Gespräch, das übrigens rein gar nichts mit Sisyphos zu tun habe. Schließlich sei es ihm und seinem Team damals darum gegangen - und gelungen! -, den felsenschweren Kahn, einer Arche gleich, von einem Flussdelta über den Berg in ein anderes zu hieven und dort wieder ins Wasser zu setzen. Und zwar, ohne dass dabei irgendjemand tieferen Schaden genommen, gar das Leben verloren hätte. Zwar wisse er bis heute nicht zu sagen, wofür dieses sein berühmtestes Bild nun genau stehe. Aber er glaube, dass letztlich jeder Mensch, jede Generation vor der ebenso absurd wie übermenschlich anmutenden Aufgabe stehe, inmitten des tiefsten Dschungels ein Schiff über den Berg zu hieven: a priori unmöglich, im Vollzug überwältigend, im Ergebnis göttlich befreiend.

Das wäre es wohl, ein handlungsleitendes Bild für unsere Zeit, unseren besonderen geschichtlichen Moment auf dem Raumschiff Erde: der Mythos des Fitzcarraldo. Wir werden im tiefsten Gegenwartsdickicht, jede und jeder für sich und alle gemeinsam, ein Schiff über den Berg wuchten müssen. Das gilt es sich erst einmal vor Augen zu führen, bevor wir wieder aus freien Stücken von Hoffnung sprechen können. ■



**Wolfram Eilenberger** ist Philosoph und Schriftsteller. Zuletzt erschien von ihm „Feuer der Freiheit. Die Rettung der Philosophie in finsternen Zeiten (1933-1943)“.



# Kunstfreiheit ist keine Ausrede für Antisemitismus

Kunst- und Kulturveranstaltungen wie die documenta wirken tief in die Gesellschaft hinein. Umso weniger ist dort Platz für Judenfeindlichkeit.

TEXT: SABINE LEUTHEUSSER-SCHNARRENBERGER



**D**er Antisemitismus ist in Deutschland in vielfältiger Form präsent. Judenfeindliche Ressentiments, antisemitische Übergriffe gegen Jüdinnen und Juden und Beschädigungen jüdischer Einrichtungen wie vor Kurzem durch die Schüsse auf die Essener Synagoge sind leider an der Tagesordnung. Sie erschweren Jüdinnen und Juden das Leben in Deutschland. Trotz intensiver Erinnerungs- und Aufklärungsarbeit und der Feiern von 1700 Jahren jüdischen Lebens in Deutschland 2021 ist Juden-hass weit verbreitet. Die Kriminalitätsstatistik für 2021 dokumentiert erneut einen Höchststand antisemitischer Delikte. Und diese Vorfälle sind lediglich die Spitze eines Eisberges, unter dessen Oberfläche sich noch eine Vielzahl von Beleidigungen gegenüber Jüdinnen und Juden, Verwüstungen und Schändungen jüdischer Friedhöfe und Vorwürfe auf den Schulhöfen verbergen.

Aber auch der Kunst- und Kulturbereich ist nicht frei von Vorwürfen des Antisemitismus. Die documenta 15 im September 2022, die große Ausstellung gegenwärtiger Kunst mit

weltweitem Ruf, führte mit ihrer antisemitisch verwandten Bildsprache auf Großplakaten und in Filmvorführungen zu einem auch über Deutschland hinaus wirkenden Skandal.

## Es geht um die Existenz Israels

Leider ist das nicht das erste Mal in der Kunst- und Musikwelt. Beispielhaft seien nur manche Texte des deutschen GangstaRap erwähnt. Oder es sei an das mit einem Davidstern bemalte aufblasbare Plastiksweine erinnert, mit dem Roger Waters von „Pink Floyd“ bei Konzerten seine Kritik an der Finanzwelt bebilderte. Und daran, dass der gleiche Roger Waters die sogenannte BDS-Bewegung (Boycott, Deinvestment, Sanktion) massiv unterstützt, die den Staat Israel wirtschaftlich, kulturell und politisch isolieren will und bei der führende Vertreter offen das Existenzrecht Israels bestreiten und diesen Staat abschaffen wollen. Seit den 2000er-Jahren bilden Kulturboykotte einen wesentlichen Teil der BDS-Kampagne. Dabei drängen deren Aktivisten im Kulturbereich tätige Personen und Ensembles aus Drittländern zu Ab- ▶



## “Für mich ist Antisemitismus Menschenfeindlichkeit, egal wo.

JOSEF SCHUSTER

sagen ihrer Auftritte in Israel. Und leider fügen sich einige der ansonsten sehr auf ihre Unabhängigkeit bedachten Künstlerinnen und Künstler diesem Druck.

Zurück zur documenta 15. Bereits im Vorfeld waren die Veranstalter und das kuratierende Kollektiv Ruangrupa mit berechtigten Rassismus- und Antisemitismusvorwürfen konfrontiert worden, unter anderem auf dem Blog des „Kasseler Bündnisses gegen Antisemitismus“.

Dennoch wurde ein sehr umstrittenes Werk des indonesischen Kollektivs Taring Padi ausgestellt. Auf dem bereits 20 Jahre alten Großplakat sind eindeutig antisemitische Motive zu sehen. So sind auf dem schwarzen Hut eines Mannes, der scheinbar eine Schläfenlocke trägt, SS-Runen dargestellt. Ein weiterer Mann mit Schweinsnase wird als Angehöriger des Mossad ausgewiesen.

### Nichts rechtfertigt Antisemitismus

Das Künstlerkollektiv hatte die Installation auf der documenta mit dem Argument verteidigt, dass Antisemitismus im indonesischen Kontext eine andere Bedeutung habe. Die Rechtfertigung der Gruppe zeugt entweder von Naivität, bewusster Schmähung oder Uneinsichtigkeit. Denn nichts kann diese Diffamierung von Jüdinnen und Juden rechtfertigen, auch keine nachkoloniale Erzählung. Das sind Ausflüchte, die in Deutschland nicht akzeptabel sind. Antisemitismus hat in Deutschland keinen Platz, auch nicht auf der documenta.

„Für mich ist Antisemitismus Menschenfeindlichkeit, egal wo“, so Josef Schuster, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, im Interview mit der „Deutschen Welle“. „Es gibt natürlich Länder, in denen antijüdische, antiisraelische Stereotype leider gang und gäbe sind. In einem Land wie Deutschland, mit seiner Geschichte und seiner Verantwortung, darf das überhaupt nicht sein.“

Mit diesen Worten bringt Schuster die Debatte mit wenigen Worten auf den Punkt: Offenen Antisemitismus nicht zu erkennen und als Kunstfreiheit zu definieren, das ist auf der documenta passiert. Und das hat nicht nur der Kunstschau geschadet.

Leider wurde wie häufig reagiert - erst mit Abschwächungen, dann mit den Worten „Man wird doch noch mal sagen dürfen ...“ bis zur Kunstfreiheit, die mit solchen Darstellungen nur den Diskurs und das Hinterfragen ermöglichen wollte. Wieder wurde der Vorwurf des Antisemitismus nicht ernst genug genommen, obwohl doch bekannt ist, wie

stark antisemitische Vorfälle in den letzten Jahren zugenommen haben.

Nach andauernden Protesten wurde die Installation verhüllt und schlussendlich entfernt. Aber die Filmvorführungen mit antisemitischen Teilen blieben und wurden immer wieder aufgeführt.

Gerade Kunst- und Kulturveranstaltungen wie die documenta wirken in die Gesellschaft mit der Vielfalt der künstlerischen Darstellungen und Performances hinein. Deshalb muss schon bei Planung und Auftragsvergabe alles getan werden, um Antisemitismus wie auch Rassismus auszuschließen. Es ist keine Kunst, Menschen zu verunglimpfen oder zu diskriminieren und das Unsagbare als erlaubt für sich zu reklamieren. Eine Kunst ist es, den berühmten Satz, den Schiller dem Marquis von Posa zuschreibt: „Geben Sie Gedankenfreiheit, Sire!“, im Sinne von Toleranz und Nächstenliebe und Achtung der Menschenwürde umzusetzen.

### Keine Rückkehr zur Tagesordnung

Deshalb ist es so wichtig, den Blick der Öffentlichkeit auch auf diejenigen zu lenken, die Antisemitismus genauso rücksichtslos verbreiten wie die notorischen Judenhasser, die ihn aber geschickter ummänteln und rechtfertigen wollen. Es gibt keine Rechtfertigung für Antisemitismus, weder gesellschaftlich noch politisch noch künstlerisch. Auch der Liberale, der die hohen Werte der Meinungsfreiheit und der Kunstfreiheit in sich trägt und sie verteidigt, kann und wird keine Zugeständnisse an die Feinde der Freiheit machen.

Um es ganz klar zu sagen: Kunstfreiheit ist nicht die Legitimation für Antisemitismus. Kunstfreiheit erlaubt eben nicht jede Demütigung oder Verletzung der Menschenwürde, denn nichts anderes ist Antisemitismus. Auch Kunstfreiheit rechtfertigt nicht jede Form verletzender Darstellung. Und auch die Kunstfreiheit muss sich daran ausrichten, was das schlimmste Menschheitsverbrechen uns bis heute als Verantwortung überträgt. Verunglimpfung von Juden, Bedienen von Stereotypen, Relativieren der Shoah sind inakzeptabel.

Nach der documenta 15 kann nicht einfach zur Tagesordnung übergegangen werden. Es gibt einiges zu klären, um zukünftig nicht wieder in vergleichbare Situationen zu kommen. Dazu gehört, ob das Verfahren zur Themenbestimmung und die Auswahl der Kuratoren geändert werden müssen, welche Fehler von den Verantwortlichen gemacht wurden und warum zu spät reagiert wurde. Es ist auch notwendig, sich mit dem Einfluss des BDS auf verschiedene Kulturbereiche zu befassen und darüber zu diskutieren, wie andockfähig israelbezogener Antisemitismus, aber auch relativierende Ansätze der postkolonialen Theorien im Bereich der Kultur wirken. ■

**Sabine Leutheusser-Schnarrenberger** ist stellvertretende Vorsitzende des Vorstands der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.



# „Es hat sich ein Spalt aufgetan“

Der US-Politikwissenschaftler Francis Fukuyama über die Erosion liberaler Werte, die Auswirkung linker Identitätspolitik auf moderne Gesellschaften und die Frage, warum der Aufstieg von Frauen bei Männern weltweit Wut auslöst.

INTERVIEW: ALEXANDER GÖRLACH



Viele zornige Männer: Unterstützer von Donald Trump stürmen am 6. Januar 2021 das Kapitol in Washington.

**W**ir haben uns zuletzt vor Ausbruch der Pandemie in Warschau getroffen und über den Zustand der Welt diskutiert. Viel ist in der Zwischenzeit passiert. Wo stehen wir heute, nach fast drei Jahren Covid-19?

Ich muss sagen, dass die Pandemie weniger ins Wanken gebracht hat, als ich gedacht habe. Der Krieg gegen die Ukraine wird meiner Meinung nach länger nachwirken und drastischere Konsequenzen nach sich ziehen.

**Haben sich Demokratien oder Diktaturen in der Pandemie besser geschlagen?**

Das lässt sich so pauschal nicht sagen: China hatte den schrecklichen Ausbruch in Wuhan, dann war die Situation eine Weile stabil, nun ist sie wieder außer Kontrolle. Deutschland hat sich zuerst gut geschlagen, dann kam die zweite Welle. Ein solches Vor und Zurück gab es überall auf der Welt, unabhängig vom jeweiligen Regierungssystem.

**Was war Ihrer Meinung nach entscheidend, um gut durch die Pandemie zu kommen?**

Vor allem ein gutes Gesundheitssystem und eine politische Führung, die willens war, auf die Menschen zu hören: Die Trump-Regierung hatte daran kein Interesse. Vertrauen in die Bevölkerung vonseiten der Politik und umgekehrt Vertrauen in die Regierung vonseiten der Bevölkerung, das ist in den USA nicht überall gegeben.

**Haben Ihre Erfahrungen in den USA in der Pandemie dazu geführt, dass Sie jetzt ein Buch geschrieben haben „Der Liberalismus und seine Feinde“?**

Der Grund dafür ist in der Tat der Aufstieg von Populisten und Nationalisten überall auf der Welt, von Indien bis Brasilien. Sie verklären in einer nationalistischen Nostalgie die Vergangenheit. Sie mögen keine Einwanderung, sie verpflichten sich einer bestimmten Religion. Und sie stehen dem Liberalismus feindlich gegenüber, was heißt, dass ▶

# Gesellschaft

sie nichts davon halten, dass die Menschen ihr Leben selbst gestalten können.

## **Was zu gespaltenen Gesellschaften überall auf der Welt geführt hat.**

Aber anders als bei einem Krieg ist das kein Konflikt zwischen Staaten, sondern er findet innerhalb von Nationen statt, auch in den beiden größten Demokratien der Welt, den USA und Indien.

## **Was heißt für Sie Liberalismus?**

Im Kern besagt er, dass wir als Gesellschaften die sogenannten großen Fragen nach Gott und Sinn nicht politisch beantworten, sondern jeder und jedem diese Möglichkeit privat überlassen. Liberale Gesellschaften begegnen der Vielzahl von Antworten mit Toleranz. Liberalismus bedeutet auch, dass Menschen in die Lage versetzt sind, Entscheidungen für und über ihr Leben selbst zu treffen. In liberalen Demokratien werden diese Überzeugungen rechtlich codiert und durch Wahlen und von Institutionen geschützt.

## **Das sind bürgerliche Rechte, aber wie steht es um die soziale Komponente des Liberalismus?**

Liberalismus bedeutet auch das Recht auf Eigentum und Institutionen, wie die Gerichte, die dieses Eigentumsrecht garantieren. Wo es solche Garantien gibt, sprechen wir von einem Rechtsstaat.

## **Warum erleben wir gerade jetzt ein neues Aufbäumen antiliberaler Kräfte?**

In den vergangenen dreißig Jahren hat sich durch die Globalisierung in den reichen Nationen ein Spalt aufgetan zwischen der Arbeiterklasse und denen, die besser ausgebildet sind. Die Arbeiterklasse betrachtet sich als Verlierer der Globalisierung, genauso wie Menschen, die im ländlichen Raum leben. Dies führt zu einer Ausprägung verschiedener Werte, was sich vor allem in der Ablehnung von Einwanderung zeigt.

## **Das ist kein neues Phänomen. Gibt es denn etwas an der Globalisierung, was die aktuelle Entwicklung losgetreten oder begünstigt hat?**

In der globalisierten Welt sind auf einmal Fähigkeiten gefragt, die in der Vergangenheit weder Prestige noch viel Geld einbrachten. Wer in der Schule gut in Mathe war, konnte früher auf einen soliden Job in der Buchhaltung hoffen. Heute werden Leute, die gut in Mathe sind, Programmierer oder gehen zu den großen Banken und verdienen hundertmal so viel wie ihre einstigen Klassenkameraden, die schlecht in Mathe waren. Überhaupt gilt heute: Kognitive Fähigkeiten sind wichtiger als physische Stärke.

Das führt dazu, dass Frauen heute in der Arbeitswelt eine größere Rolle spielen.

## **Die nationalistischen, populistischen Bewegungen, von denen Sie sprechen, propagieren allesamt ein altes, patriarchalisches Frauenbild.**

Frauen haben begonnen zu arbeiten und sind in vielem auch besser als die Männer. So schließen mehr Frauen als Männer ein Studium ab. Da Hirn wichtiger ist als Muskeln, übernehmen heute Frauen Jobs, von denen Männer glaubten, dass sie ihnen vorbehalten seien. Diese Entwicklung beunruhigt sie.

## **Das heißt, die Männer wehren sich mit ihrem Widerstand auch gegen das Ende des Patriarchats?**

Ja, der populistische Backlash ist auch ein Aufbegehren des Patriarchats. Der Hass, der Hillary Clinton entgegenschlug, ist in großen Teilen dem Unbehagen geschuldet, das viele Männer gegenüber erfolgreichen Frauen empfinden. Ihre Wut ist auch ein Grund für den Erfolg von Donald Trump.

## **Nicht nur „weiße alte Männer“ sind auf der Zinne. Ihre Wut teilen sie mit Männern in Indien, Ungarn und Brasilien.**

Absolut richtig. Und die Akteure, die diese Wut anheizen, haben sich zu antidemokratischen Allianzen zusammengeschlossen. Putin unterstützt beispielsweise Venezuela und den Iran militärisch, im Cyber-Raum und durch Hilfsleistungen. Diese Länder haben nicht viel gemein, außer dass sie keine Demokratien sind. Sie sind ausschließlich durch ihre Ablehnung von Freiheit und Demokratie miteinander verbunden.

## **Wie hat es der Liberalismus geschafft, sich auch Gegner in eigentlich liberalen Gesellschaften zu machen?**

Den ökonomischen Punkt haben wir ja bereits angeschnitten: Privatisierung, De-Regulierung, Rückzug des Staates. Der Wechsel zu neoliberalen Wirtschaften hat vielen Menschen Nachteile gebracht, weswegen sie sich vom Liberalismus abgewendet haben.

## **Sie nennen den Neoliberalismus in Ihrem Buch eine „Deformierung des Liberalismus“.**

Genau, und eine weitere Deformierung ist die Identitätspolitik. Im linken Spektrum kam der Gedanke auf, Menschen nicht als Individuen, sondern als Mitglieder von Gruppen zu klassifizieren, denen sie aufgrund bestimmter Merkmale wie Ethnie oder Geschlecht angehören. Das führte zu einer Gegenentwicklung im rechten Spektrum, wo man sich als weiße Person als Opfer, als belagerte Minderheit zu sehen begann. Das ist natürlich weitestgehend Unsinn. Aber Iden-



## „Identitätspolitik gibt jeder Gruppe einen Rahmen: „Ich bin das Opfer anderer Gruppen.“

FRANCIS FUKUYAMA

Identitätspolitik gab jeder Gruppe einen Rahmen, die eigene Situation herauszustellen: Ich bin das Opfer anderer Gruppen, die meine Gruppe marginalisieren.

**Also sind nicht fehlende Beteiligungsmechanismen oder mangelnde Repräsentation der Grund für die Krise der Demokratie, sondern wir müssen zuerst unser Wirtschaftssystem re-liberalisieren, weg vom neoliberalen Irrweg?**

Ja, aber falsche Wirtschaftspolitik lässt sich schneller umkehren als eine Identitätspolitik, die verhärtete Fronten zwischen Menschen geschaffen hat. Hier sind fundamentale Rechte von Leuten betroffen. Eine Lösung funktioniert also nicht einfach so nach dem Motto: „Wir sind alle gleich, aber dann doch nicht ganz“.

**Um bei Ihrer Wirtschaftskritik zu bleiben: China ist in der ökonomischen Ausrichtung den USA gefolgt. Im Ergebnis sind Ungleichheit und Vermögensverteilung heute in beiden Ländern fast gleich, trotz völlig verschiedener politischer Systeme. Zeigt das nicht umso mehr, dass Neoliberalismus Gesellschaften zerstört, ganz gleich, ob es demokratische oder autokratische sind?**

Der Kapitalismus in der Volksrepublik ist nicht neoliberal, sondern interventionistisch. Die Kommunistische Partei Chinas glaubt nicht daran, dass der Staat eine kleine oder gar keine Rolle in der Wirtschaft spielen sollte. Derzeit erleben wir ja das genaue Gegenteil. Generell kann man sagen: Kapitalismus, der nicht an Demokratie gebunden ist, kann groteske Ungleichheit produzieren. Deshalb glaube ich nicht, dass Liberalismus für sich allein funktioniert. Liberalismus

braucht die Demokratie, um ein legitimes System der Rückverteilung aufzubauen.

**Das klingt nach sozialer Marktwirtschaft.**

Genau, Kontinentaleuropa hat ein solches Modell. Auch dort ist in jedem Land die Ungleichheit in der jüngeren Vergangenheit größer geworden, aber bei Weitem nicht so wie in den USA.

**Wie liberal ist denn unsere internationale Ordnung noch? Chinas Machthaber Xi Jinping hat immer wieder klargemacht, dass er die Spielregeln der Welt ändern will. Ist der Verweis auf die Unantastbarkeit der nationalen Souveränität der einzig verbliebene Wert aus der Charta der Vereinten Nationen, auf den man sich noch einigen kann?**

Daran, dass die Volksrepublik Souveränität verteidigt, sehen Sie, dass es sich dabei nicht um einen liberalen Wert per se handelt. Häufig dient der Verweis auf die Souveränität dazu, nationalistische Ziele zu verwirklichen und sich Einmischung von außen zu verbitten.

**Genau das tut Peking im Hinblick auf Taiwan. China will die Inseldemokratie erobern, weil Xi - wie Putin gegenüber der Ukraine - behauptet, dass Taiwan Teil seines Landes sei. Wird Washington Taipeh zu Hilfe kommen, wenn Peking das Land angreift?**

Xi hat es sich zur Lebensaufgabe gemacht, Taiwan, wie er sagt, mit China „wiederzuvereinigen“. Es steht nicht zu erwarten, dass dies auf friedliche Weise geschieht. Deshalb wird Peking nicht umhinkommen, auch die US-Stellungen im Pazifik anzugreifen. Dann werden die USA Kriegspartei.

**Xi und Putin begründen ihren Kampf gegen die freie Welt mit der Behauptung, dass der Westen Demokratie und Menschenrechte nutze, um den Rest der Welt ein weiteres Mal zu kolonialisieren.**

Ich glaube, dass man auf der Grundlage universeller, menschlicher und moralischer Wahrheit mit Recht behaupten kann, dass alle Menschen ein Mindestmaß an Freiheit haben, dass sie respektiert und fair behandelt werden möchten. Was leider nicht universell ist, sind die Mechanismen und Institutionen, die diese Rechte garantieren, zum Beispiel eine unabhängige Gerichtsbarkeit. Es gilt, für die Verbreitung dieser Institutionen zu kämpfen, weil es keinen Automatismus gibt, der sie hervorbringt und stärkt, obschon die meisten Menschen sie wirklich wollen. ■



**Alexander Görlach** ist Journalist und Theologe. Er arbeitet als Senior Fellow am New Yorker Carnegie Council for Ethics in International Affairs.



# Mehr Tempo für den deutschen Pass

Qualifizierte Arbeitnehmer sollten schneller Deutsche werden können.

TEXT: FELIX LANGROCK

**S**age und schreibe neun Millionen Menschen leben und arbeiten in Deutschland, haben aber keine deutsche Staatsbürgerschaft. Jeder Einzelne dieser neun Millionen Menschen hat somit täglich Anteil an der Weiterentwicklung seines sozialen Umfeldes in Deutschland, für uns selbstverständliche Rechte wie das Wahlrecht bleiben diesen Menschen allerdings vorenthalten. Die deutsche Staatsbürgerschaft ist ein hohes Gut. Aber sollten wir – gerade mit Blick auf den demografischen Wandel und den Mangel an Fachkräften – nicht ein Interesse daran haben, diese Menschen durch die Staatsbürgerschaft ebenfalls zu vollwertigen Mitgliedern der Gesellschaft zu machen?

Auch ein deutscher Pass kann grundsätzliche Probleme der Integration nicht lösen. So ist gerade die kulturelle Verwurzelung vieler Einwohner ohne deutsche Staatsbürgerschaft mit ihren Geburtsländern oder den

Herkunftsländern der Eltern stark ausgeprägt. Entsprechend wird beispielsweise das Wahlrecht lieber in den Ländern ausgeübt, in denen der Großteil der übrigen Familie lebt. Dadurch entstehen unüberwindbare Hürden für den Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft. Eine Konsequenz dessen: Vor allem in Stadtteilen mit hoher Ausländerdichte driften die Zahlen der Einwohner und der Wahlbevölkerung immer stärker auseinander.

Die Bedeutung von gründlichen und gleichzeitig realisierbaren Voraussetzungen für die deutsche Staatsbürgerschaft wird daher immer größer. Gerade mit Blick auf junge und qualifizierte Arbeitnehmer könnte die Erfüllung dieser Voraussetzungen beispielsweise beschleunigt werden. Deutschland steht im globalen Wettbewerb um Fachkräfte. Allein in den nächsten zehn Jahren werden mehr als fünf Millionen Beschäftigte mehr in Rente gehen als neu in den Beruf eintreten. Selbst im Vergleich mit anderen



**Fachkräfte brauchen eine Perspektive.**

FELIX LANGROCK

Felix Langrock ist Student der Rechtswissenschaften am King's College in London.

europäischen Ländern liegt Deutschland bei der Einbürgerung hinten.

Einer Pressemitteilung der Europäischen Kommission von 2018 zufolge war Schwedens Anteil bei der Ausstellung von Staatsbürgerschaften je 100 ansässiger Ausländer sechsmal so groß wie der deutsche. Auch der Wohlstand der letzten 60 Jahre wäre ohne Zuwanderung nicht denkbar gewesen. Dabei muss möglichen Fachkräften eine Perspektive geboten werden – gerade im Hinblick auf die deutsche Staatsbürgerschaft. So

sind momentan drei Kriterien entscheidend. Neben der Sicherstellung des eigenen Lebensunterhalts und einer Niederlassungserlaubnis kommt es besonders auf die Sprachkenntnisse an. Eine Beschleunigung der Einbürgerung wäre somit beispielsweise bei einem festen Auszubildungsverhältnis und bestandenen Sprachtest denkbar. Trotz der Nachfrage nach ausländischen qualifizierten Fachkräften muss gleichermaßen eine Steuerung und Kontrolle der Einbürgerung erfolgen. Bei stark beschleunigten Einbürgerungen könnten diese Kriterien schnell vernachlässigt werden.

Wir brauchen mehr qualifizierte Arbeitnehmer in Deutschland. Die schnellere Einbürgerung von Ausländern ist dabei ein wichtiges Instrument und bietet möglichen Fachkräften eine nachhaltige Perspektive. Doch so groß die Nachfrage nach qualifizierten Fachkräften auch ist, bestimmte Kriterien für den Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft müssen nach wie vor erfüllt werden. ■

# Wirtschaft

Margaret Heckel

## Ökostrom per Flatrate

Der Energiepreisschock wird die Wende zu einer klimaneutralen Wirtschaft entscheidend beschleunigen.

BERICHT / S. 48



Sarna Röser

## „Schluss mit dem Misstrauen“

Im Interview fordert die Unternehmerin von der Bundesregierung, mehr für den Mittelstand zu tun.



INTERVIEW / S. 42

Sven Hilgers

## „G7, übernehmen Sie bitte!“

Krisen ohne Ende? Der US-Dollar ist stärker als je zuvor. Für die Weltwirtschaft ist das ein Problem.



ANALYSE / S. 46



Sarna Röser ist Bundesvorsitzende des Verbands „Die jungen Unternehmer“ und selbst als Unternehmerin aktiv, unter anderem in vierter Generation im Familienunternehmen Zementrohr- und Betonwerke Karl Röser & Sohn GmbH.



## „Schluss mit dem Misstrauen“

Die Bürokratielasten für kleine und mittelständische Unternehmen nehmen immer weiter zu. Sarna Röser vom Verband „Die jungen Unternehmer“ fordert ein Belastungsmoratorium und sagt, was die Bundesregierung jetzt tun muss.

TEXT: AXEL NOVAK

### **F**rau Röser, was sind aktuell die drängendsten Sorgen des Mittelstands?

Viele Unternehmen stehen gerade mit dem Rücken zur Wand: Die extrem steigenden Preise, insbesondere für Energie, aber auch für Vorprodukte, setzen die Unternehmen unter enormen Druck. Dazu kommen hohe Steuern, Lohnnebenkosten und überbordende Bürokratie. Fachkräfte fehlen an allen Ecken und Enden, Lieferketten brechen, wichtige Produkte können nicht mehr hergestellt werden.

### **Das ist eine alarmierende Situation!**

Gerade um die energieintensiven Unternehmen und die Produktionsstandorte hier in Deutschland müssen wir uns heu-

te Sorgen machen. Denn mit den derzeit hohen Energiekosten sind sie an ihrem heimischen Standort nicht mehr wettbewerbsfähig, während sie in anderen Ländern bei deutlich geringeren Energiekosten produzieren könnten. Großen Industrieunternehmen wird es dabei sicher deutlich leichter fallen, ihre Produktionsstandorte ins Ausland zu verlagern. Viele kleine und mittlere Unternehmen aber können das nicht, und sie wollen das in den allermeisten Fällen auch gar nicht. Sie sind als Familienunternehmen oft seit vielen Generationen vor Ort heimisch und kämpfen nicht nur um die Zukunft ihres Unternehmens, sondern auch ganz konkret um die Arbeitsplätze: Denn ihnen liegt ihre soziale Verantwortung für ihre Mitarbeiter und deren Familien besonders am Herzen.



### Was erhoffen Sie sich von der Bundesregierung in dieser Situation?

Wir sollten auf allen politischen Ebenen in den Krisenmodus schalten. Das heißt, endlich ein Belastungsmoratorium für Unternehmen umzusetzen, das sicherstellt, dass bis Ende 2024 keine weiteren Belastungen wie das deutsche Lieferkettengesetz auf die Unternehmen zukommen. Und wir sollten schon jetzt für den Winter 2023/24 vorsorgen: Dazu gehört zumindest die Option eines Weiterbetriebs unserer Atomkraftwerke. Die drei Anlagen können zehn Millionen Haushalte mit Strom versorgen. Das wird jetzt mit Kohlestrom und mit dem knappen Gas ersetzt! Darum sollte die Politik vorausschauend handeln und jetzt neue Brennstäbe für die verbleibenden Atomkraftwerke bestellen, damit diese im Notfall einsetzbar sind.

### Werden die Interessen der kleinen und mittleren Unternehmen in Berlin wahrgenommen?

Die Koalition hangelt sich in ihrer Mittelstandspolitik von einer Ankündigung zur nächsten. Die Umsetzung verzögert die Regierung jedoch immer mehr. Der grüne Mittelstandsbeauftragte Michael Kellner hat Anfang des Jahres zugesichert, Unternehmen künftig nicht im Stich zu lassen. Mit den ersten beiden Entlastungspaketen wurden jedoch nur staatliche Hilfen mit der Gießkanne an die Bevölkerung ausgeschüttet. Der Mittelstand wartet derweil noch immer auf das Gros der ihn betreffenden Entlastungen. Wo bleiben die laut Eigenlob der Bundesregierung „beispiellosen Unterstützungs- und Entlastungsmaßnahmen besonders auch für Unternehmen“? Die angekündigte „Superabschreibung“ jedenfalls ist noch nicht da, sondern soll zu einem „geeigneten Zeitpunkt“ kommen. In Bezug auf einen vollen Inflationsausgleich bei der Gewinnsteuer hat man „sich verständigt“. Das ist gut, aber damit ist die Entlastung noch nicht Realität.

### Nun schreibt sich gerade das Bundeswirtschaftsministerium auf die Fahne, sich besonders um den Mittelstand zu kümmern.

Es hilft nicht, wenn aus dem grün geführten Wirtschaftsministerium Gesetzentwürfe kommen, die geprägt sind von Misstrauen gegenüber der Wirtschaft. Der erste Gesetzentwurf aus dem Wirtschaftsministerium zur Strompreisbremse macht es nicht besser. Besonders den energieintensiven Unternehmen sollte schnell und unbürokratisch geholfen werden. Doch wenn es nach Wirtschaftsminister Habeck geht, können die Hilfen nur unter enormem bürokratischem Aufwand beantragt werden. Bei Fehlern drohen gefährliche Haftungsfragen. Viele Mittelständler werden bei diesen Hilfsprogrammen erst gar nicht einsteigen. Wer aber die Hilfen nicht bekommt, wird seine Produktion drosseln, verlagern oder einstellen. Da ist es gut, dass sich der Mittel-

### Aufruf zum Perspektivwechsel

**VOR DEM HINTERGRUND DES KRIEGES UND DER PANDEMIE** fordern Unternehmensvertreter eine neue Wirtschaftspolitik in Deutschland. So hat der Wissenschaftliche Beirat des Bundesverbands mittelständische Wirtschaft (BVMW) kürzlich ein Positionspapier für eine solche neue Angebotspolitik vorgelegt. Darin verlangt er eine Wirtschaftspolitik, die die Perspektive des Mittelstands weitaus stärker als bisher berücksichtigt - mit mehr unternehmerischen Freiräumen und weniger Bürokratie. In seinem Papier stellt der Verband dar, wie die

neue Angebotspolitik die Grundlagen unseres Wohlstands stabilisiert. Sechs Handlungsfelder thematisiert das Papier, die von Bildung und Entrepreneurship über technologische Innovation, Klima- und Geopolitik bis zu Bürokratie und Wettbewerb reichen. Grundsätzlich fordert der Beirat mehr regulatorische Freiräume und steuerliche Anreize für unternehmerische Aktivität, mehr Investitionen in Forschung und Entwicklung sowie attraktivere Bedingungen für internationale Talente und Gründer.

Mehr dazu unter [www.bvmw.de](http://www.bvmw.de)

stand zumindest auf die FDP als Brandmauer gegen jede Steuererhöhung verlassen kann, während SPD und Grüne mit einer Vermögensabgabe fröhlich die Substanz des Mittelstands liquidieren wollen.

### Die Unterstützung für Unternehmen und Privatleute muss irgendwann bezahlt werden. Ihr Verband aber spricht davon, dass der Staat vor allem ein Ausgabenproblem hat.

Natürlich verlangen außergewöhnliche Situationen außergewöhnliche Maßnahmen. Klar ist aber auch: Jede staatliche Hilfsmaßnahme muss möglichst zielgerichtet wirken. Nicht bei allen Schritten der Entlastungspakete hatte ich den Eindruck, dass dies Priorität hatte. Zum Beispiel beim 9-Euro-Ticket, dessen wirklicher Nutzen nicht geprüft wurde. Auch bei den Mitteln des Wirtschaftsstabilisierungsfonds - immerhin 200 Milliarden Euro - stehen Parlament und Regierung in der besonderen Verantwortung, das Geld effizient einzusetzen und so sparsam wie nötig zu sein. Oft ist nicht Geld das Problem - viele Fördermittel werden gar nicht abgerufen -, sondern ineffiziente Strukturen. Kurz: Die Regierung sollte sich am Grundsatz der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit orientieren, also Hilfs- und Ausgabenprogramme aufs Nötigste begrenzen und die Schuldenbremse erhalten. Denn die Schulden von heute sind die Steuern von morgen. ■



**Axel Novak** ist freier Journalist und lebt und arbeitet in Berlin und Brandenburg.

# Deutsche Rente goes Kapitalmarkt

Sie kommt, die Aktienrente. Endlich, sagen die einen. Nicht weit genug gedacht, die anderen. Grundsätzlich aber ist jede Reform des deutschen Rentensystems ein positiver Schritt - vor allem, wenn sie die Chancen des Kapitalmarkts nutzt.

TEXT: JULIA THIEM

**D**as Solidaritätsprinzip ist einer der Grundpfeiler unserer Sozialversicherung - und eigentlich gut gedacht. Niemand ist nur für sich allein verantwortlich, weil das Kollektiv gemeinsam mehr erreichen kann. Allerdings hat das Prinzip einen Haken. Es geht von einer Balance zwischen denjenigen aus, die gerade eine Last stemmen können - etwa weil sie im Berufsleben stehen -, und denjenigen, die in ihrer aktuellen Situation vom Solidaritätsprinzip profitieren. Beim deutschen Rentensystem steht jedoch schon länger fest: Diese Balance ist gefährdet. Immer weniger Arbeitnehmende müssen immer mehr Rentnerinnen und Rentner finanzieren, weshalb der Staat immer mehr über Steuerzuschüsse ausgleichen muss. Richtig spannend wird es, wenn in den kommenden Jahren die „Baby-Boomer“ in Rente gehen - jene geburtenstarken Jahrgänge, die ein ohnehin schon aus dem Gleichgewicht geratenes System an seine Grenzen bringen könnten.

## Wenn der Generationenvertrag nicht mehr funktioniert

Andere europäische Länder gehen einen anderen Weg, der gerade vor dem demografischen Wandel in den Industrienationen als gangbarer erscheint. Besonders Schweden und Norwegen werden mit ihrer Kapitalmarkt-Komponente als Vorbilder herangezogen. Daran will sich nun auch die deutsche Ak-

tenrente orientieren, die vor allem die Liberalen in der Regierung forcieren.

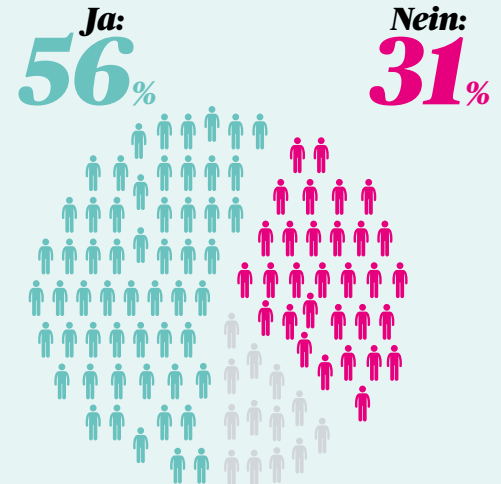
Das Prinzip ist einfach: Das Bundesfinanzministerium will mit der nun auf den Weg gebrachten Aktienrente über eine Kapitaldeckung die gesetzliche Rente auf Dauer stärken und „demografiefester“ machen. Da allerdings nicht mehr viel Zeit bleibt, bis die Babyboomer geballt auf das Rentensystem treffen, will die Ampelkoalition bereits im Bundeshaushalt 2023 als ersten Schritt zehn Milliarden Euro für den Kapitalstock bereitstellen - finanziert zumindest teilweise über Schulden. Verwaltet wird die Aktienrente vom Staat, der die Milliarden am Kapitalmarkt investiert. Ab Mitte der 2030er-Jahre sollen die so erwirtschafteten Erträge dann die Beitragssätze der gesetzlichen Renten stabilisieren und das Rentenniveau konstant auf 48 Prozent halten.

Für die Bevölkerung ist die Aktienrente ein großer Schritt, immerhin sind die Menschen hierzulande nicht für ihre Risikofreude oder gar eine Aktienkultur bekannt. Laut Deutschem Aktieninstitut (DAI) hatte 2021 nur rund jeder sechste Mitbürger über 14 Jahren privat in Aktien investiert.

Immerhin: Die jüngere Generation scheint der Aktienrente gegenüber aufgeschlossen zu sein. Eine vom Deutschen Institut für Vermögensbildung und Alterssicherung (DIVA) veröffentlichte Studie zeigt: 59 Prozent, also fast

## Umstrittener Baustein

VIELE MENSCHEN BEFÜRWORTEN EINEN „BÜRGERFONDS“, EINEN VORLÄUFER DER AKTIENRENTE



Weiß nicht: 13%

Die große Mehrheit der Deutschen geht davon aus, dass das Rentenniveau absinkt. Eine Aktienrente könnte die Rente stabilisieren.

1 Person = 1 Prozent

QUELLE: INITIATIVE MINDERHEITSAKTIONÄRE

MEHR MÄNNER VERTRAUEN DER AKTIENRENTE ALS FRAUEN



**FRAUEN**  
Frauen sind eher zurückhaltend bei Investitionen an der Börse - und bei der Aktienrente.

65%

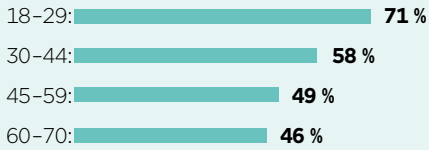
**MÄNNER**  
Vor allem Männer betrachten die Aktienrente als Mittel zur Stabilisierung der Renten.



QUELLE: INITIATIVE MINDERHEITSAKTIONÄRE

## in der Altersvorsorge

UNTER **JUNGEN MENSCHEN** IST DIE ZUSTIMMUNG AM GRÖSSTEN



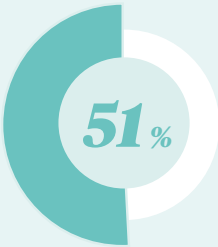
Je jünger die Befragten sind, desto höher fällt ihre Zustimmung zu einer Aktienrente aus.

QUELLE: INITIATIVE MINDERHEITSAKTIONÄRE

## VERTRAUEN IN DEN STAAT ALS VERWALTER DES VERMÖGENS

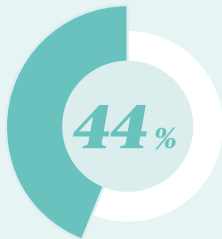
Gut die Hälfte der **Geringverdiener ...**

... hat Vertrauen in den Staat als Verwalter des Aktienvermögens.



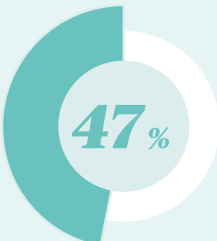
**Menschen mit mittlerem Einkommen ...**

... sehen den Staat nur zu 44 Prozent gern in der Rolle des Vermögensverwalters.



Bei Menschen mit **höherem Einkommen ...**

... liegt die Zustimmung bei 47 Prozent.



QUELLE: DEUTSCHES INSTITUT FÜR VERMÖGENSBILDUNG UND ALTERSSICHERUNG (DIVA). BEFRAGT WURDEN DABEI KNAPP 1000 MENSCHEN IN DEUTSCHLAND, DIE SELBST BEREITS AKTIENBASIERT SPAREN.

FOTO: DANIEL MÖLLER

## „Anleger mit langfristigem Horizont müssen sich um temporäre Unsicherheiten weniger Gedanken machen.“

zwei Drittel der 18- bis 29-Jährigen, sind für die Aktienrente.

Der Zeitpunkt für den Start eines kapitalgedeckten Rentenanteils ist jedoch auf den ersten Blick nicht optimal: Coronakrise und Ukraine-Konflikt haben an den Aktienmärkten für Unsicherheit gesorgt, was so manchen Index empfindlich auf Talfahrt schickte. Wer als Anleger jedoch einen langfristigen Anlagehorizont hat, und genau darum geht es letztlich bei der Aktienrente, muss sich um solche temporären Unsicherheiten weniger Gedanken machen. Studien zeigen, dass es langfristig betrachtet nur wenige Phasen gibt, in denen Kauf und Verkauf von Aktien so ungünstig lagen, dass Anleger Verluste gemacht hätten.

Übrigens hatten auch die Schweden mit ihrem Pensionsfonds AP7 keinen besseren Start: 2000 war gerade die Dotcom-Blase geplatzt. Die Verluste damals: minus 40 Prozent. Hat es dem Staatsfonds geschadet? Die durchschnittliche Rendite von gut 11 Prozent pro Jahr lässt etwas anderes vermuten. Dabei musste der Fonds die ersten zehn Jahre sogar noch 50 Prozent seines Vermögens in festverzinsliche Produkte investieren. Erst seit 2010 darf ein höheres Risiko eingegangen werden, was das Fondsmanagement auch ausnutzt: Das Kapital wird mittlerweile komplett in Aktien investiert.

Auch in Norwegen gibt es zwei Staatsfonds, die das dortige Rentensystem nachhaltig stabilisieren. Im „Staatlichen Pensionsfonds Norwegen“ (SPN) werden die Überschüsse der Sozialversicherung nach der 60-40-Regel

verwaltet. 60 Prozent fließen in Aktien und andere Eigenkapitalinstrumente, 40 Prozent in festverzinsliche Wertpapiere. In einem weiteren staatlichen Pensionsfonds werden die Einnahmen aus dem Öl- und Gasverkauf investiert. Auch hier fließt der Großteil in Aktien, gefolgt von etwas unter 30 Prozent Anleihen und einem kleinen Rest, der in Immobilien oder Infrastrukturprojekte investiert ist.

## Reicht die Aktienrente?

Unsere skandinavischen Nachbarn zeigen also: Der Schritt an den Kapitalmarkt für eine stabile Altersversorgung ist richtig. Allerdings muss die Euphorie, dass die Aktienrente nun alles regelt, etwas gebremst werden. Denn erstens liegt der zunächst geplante Kapitalstock für die Aktienrente deutlich unter dem, was in Schweden und Norwegen bereits seit Jahren investiert wird. Und zweitens ist das kapitalgedeckte System in beiden Ländern nur einer von mehreren Bausteinen. Weitere elementare Unterschiede zum deutschen System: In beiden Ländern ist die betriebliche Altersvorsorge verpflichtend. In Norwegen zahlen Arbeitgeber mindestens zwei Prozent des Nettoeinkommens, in Schweden sind es mindestens 4,5 Prozent des Bruttoeinkommens. Außerdem zahlen in Schweden ausnahmslos alle Erwerbstätigen ab 16 Jahren in die staatliche Rentenversicherung ein - also auch Beamte und Selbstständige. Und auch in Norwegen beteiligen sich bis auf wenige Ausnahmen alle einkommensabhängig an der staatlichen Rente.

Die Kapitaldeckung ist also nur ein Aspekt, der die Skandinavier zum Vorbild macht. Deshalb ist die deutsche Aktienrente ein positiver Schritt in Richtung Zukunftsfähigkeit des Rentensystems. Aber vermutlich nur ein erster. ■



**Julia Thiem** arbeitet seit vielen Jahren freiberuflich als Journalistin und Autorin.



# „G7, übernehmen Sie!“

Krisen ohne Ende? Der US-Dollar ist stärker als je zuvor.  
Für die Weltwirtschaft ist das ein Problem.

TEXT: SVEN HILGERS

**G**erade in Zeiten der Wirtschaftskrise stellen Experten regelmäßig die Dominanz und die Stärke des US-Dollars infrage. Zuletzt haben die globale Finanzkrise 2007 und aktuell das Sanktionsregime gegen Russland Zweifel an der Vormachtstellung des Greenback aufkommen lassen, weil mehr Länder auf andere Währungen und Finanzsysteme ausweichen könnten. So hat der renommierte Ökonom Kenneth Rogoff im Oktober 2022 in einer Kolumne im „Handelsblatt“ prominent gefragt, ob dem Dollar wohl ein Absturz bevorstehe.

Tatsächlich erscheint das Gegenteil realistischer. In den meisten Krisen der vergangenen Jahrzehnte hat der Dollar in der Weltwirtschaft sogar noch an Bedeutung gewonnen. Die aktuellen Wechselkurse zeigen: Von wenigen Ausnahmen abgesehen hat er gegenüber allen Währungen auf den höchsten Stand seit 2000 aufgewertet.

Der Grund ist zum einen die hohe Nachfrage nach Dollar-Liquidität in Krisenzeiten. Außerdem sind die USA Rohstoffexporteur und in Zeiten geopolitischer Konflikte als sicherer Hafen gefragt - der Dollar bleibt weltweit die wichtigste Reservewährung. Und paradoxerweise stärkt vor allem die hohe Inflation in den USA den Dollar zusätzlich: Die hohe Teuerungsrate zwingt die Federal Reserve zu großen Zinserhöhungen - allein seit März sind die Leitzinsen um 3,75 Prozentpunkte gestiegen. Hohe Zinsen machen aber die Währung und Investitionen in den Dollar wesentlich attraktiver.

Die Weltwirtschaft hat derzeit mehr mit der Stärke des Dollars zu kämpfen als mit seinem möglichen Bedeutungs-

verlust. Denn eine starke US-Währung stellt viele Teile der Welt vor enorme Herausforderungen. Knapp die Hälfte des weltweiten Handels wird in Dollar abgewickelt - ein teurer Dollar verteuert daher Waren.

Eine Aufwertung des Dollars erhöht zudem die Schulden für Staaten, Privatunternehmen und Banken, die sich in Dollar verschuldet haben, aber Einnahmen in einer anderen Währung generieren - das erschwert die Rückzahlung von Krediten.

## Schulden und Rohstoffe

Außerdem werden viele Rohstoffe in Dollar abgerechnet und damit teurer für Unternehmen, die keine Einnahmen in Dollar haben. Rohstoffreiche Länder können deshalb den Wechselkurs ihrer Währungen stabil halten. Viele Entwicklungs- und Schwellenländer dagegen stehen vor höheren Schulden. Steigende Rohstoffpreise als mögliche Vorteile für die heimische Exportindustrie gleichen dies selten aus.

Viele Zentralbanken verkaufen daher Devisenreserven, um ihre Währung zu stabilisieren. Die aber sind endlich. Deshalb warnt der Internationale Währungsfonds IWF vor einem zu schnellen Einsatz von Devisenreserven. Wenn überhaupt, sollten sie nur begrenzt eingesetzt werden, wenn die Finanzstabilität akut bedroht ist.

**Fast der halbe Welthandel wird in Dollar abgewickelt.**

Noch schlechter ergeht es kleineren, hoch verschuldeten Volkswirtschaften, in denen Schulden infolge der Wechselkurse weiter steigen. Allerdings spielt hier längst nicht mehr nur der US-Dollar eine Rolle. China ist mittlerweile der größte öffentliche Kreditgeber im globalen Süden und hat die Schuldenkrise verschärft oder, wie in Sri Lanka, ausgenutzt.

Doch nicht nur im globalen Süden sind die Folgen des starken Dollars zu spüren. Teurere Exporte aus den USA belasten den Produktionsstandort Amerika und treiben die Preise in Ländern, die auf amerikanische Produkte angewiesen sind. Zudem steigt der Druck auf die Zentralbanken, ihre Geldpolitik weltweit anzupassen. Das gilt auch für die Europäische Zentralbank: Ein allzu zögerliches Vorgehen der EZB gefährdet nicht nur die Preisstabilität im Euroraum, sondern auch den Außenwert des Euro. Ähnliches gilt für das kriselnde Pfund, hier ist die Bank of England sogar noch später eingeschritten als die EZB.

In den Krisen des vergangenen Jahrzehnts - globale Finanz-, Euro- und Corona-Krise - ist die US Federal Reserve als Treiber einer globalen Antwort auf Finanzkrisen aufgetreten. Angetrieben von den USA, haben die wichtigsten Zentralbanken der Welt ihre Arbeit koordiniert, gegenseitig Liquidität gestellt oder Zinsschritte verkündet.

## Europa muss nachziehen

Gegenwärtig aber hat die Bekämpfung der Inflation im Inland Priorität für die US-Notenbank. Fed-Chef Jerome Powell hat angekündigt, Zinsen so lange wei-



ter zu erhöhen, „bis der Job erledigt ist“. Das heißt: Erst wenn die Inflation in den USA eingedämmt ist und die Fed die Zinsen nicht mehr erhöht, kann der Dollar abgeschwächt werden. Die neusten Inflationsdaten aus den USA machen Hoffnung.

Bereits Anfang der 1980er-Jahre gab es international eine vergleichbare Lage. Damals führte die Bekämpfung der hohen Inflation in den USA unter dem legendären US-Notenbankchef Paul Volcker zu einer massiven Aufwertung des Dollars. Innerhalb von nur fünf Jahren stieg der Dollar um 50 Prozent an Wert gegenüber D-Mark, Franc, Pfund und Yen. Um die negativen Folgen für die Weltwirtschaft zu begrenzen, einigten sich Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Japan und die USA 1985 im Plaza-Abkommen

darauf, durch eine kontrollierte Intervention auf den Währungsmärkten den Dollar abzuwerten. Das Abkommen war erfolgreich: Innerhalb kürzester Zeit wertete die US-Währung ab, die Wechselkurse stabilisierten sich, und die amerikanischen Exporte wurden wieder wettbewerbsfähig.

### Globale Koordinierung fehlt

Heute scheint der Wunsch nach einem solchen Vorgehen bislang wenig ausgeprägt. Bei der IWF-Jahrestagung im Oktober 2022 hat US-Finanzministerin Janet Yellen die Intervention in die Währungsmärkte abgelehnt, auch die Federal Reserve rät ab. Der Druck könnte aber größer werden. Je mehr und je länger der Dollar aufwertet, desto lauter dürfte der Ruf nach protektionistischen Maßnahmen in den USA

werden, um den Produktionsstandort zu stärken.

Wenn sich die geopolitische Lage nicht bessert, die Preise für Rohstoffe hoch bleiben und die Wechselkurse sich nicht stabilisieren, könnte erneut ein koordiniertes Vorgehen der wichtigsten Wirtschaftsnationen notwendig sein. Dass die G7 viel bewegen kann, wenn es darauf ankommt, hat sie mit einem historischen Sanktionspaket als Reaktion auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine bewiesen. Zunächst aber müssen alle Zentralbanken ihre Hausaufgaben bei der Bekämpfung der Inflation machen. ■



**Sven Hilgers** ist Referent für Globalisierung, Freihandel und Marktwirtschaft bei der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in Berlin.





# Ökostrom per Flatrate

Der Energiepreisschock wird den Wandel zu einer klimaneutralen Wirtschaft entscheidend beschleunigen. Durchaus möglich, dass Grünstrom dann kaum mehr was kostet.

TEXT: MARGARET HECKEL

**R**afael Laguna de la Vera traut sich was. Der Chef der Bundesagentur für Sprunginnovationen SPRIND in Leipzig sagt voraus, dass Grünstrom schon in absehbarer Zeit so billig sein wird, dass es sich nicht mehr lohnt, ihn abzurechnen. „Too cheap to meter“ heißt diese Vision - und sie würde bedeuten, dass Strom über eine Flatrate bezogen werden kann, so wie heute beim Telefonieren.

Schon heute kann Grünstrom im Sonnengürtel der Welt - das Gebiet zwischen dem 20. und 40. Breitengrad mit seinen vielen Wüsten - für rund 1 Cent/KWh hergestellt werden. Einmal gebaut, brauchen regenerative Energieanlagen keine kostentreibenden Brennstoffe und sind wenig wartungsintensiv. Aber klar: Erst einmal wird es viele, sehr viele Milliarden Euro oder US-Dollar kosten, diese Anlagen überhaupt zu bauen. Und noch mehr Geld wird nötig sein, Grünstrom oder daraus hergestellten grünen Wasserstoff und Ammoniak dann in den industrialisierten Norden zu bringen, dort die Infrastruktur umzubauen oder überhaupt erst zu installieren.

So ist die These des SPRIND-Chefs vor allem eine Provokation, weiterzudenken. „Diese Krise könnte ein Wendepunkt

in der Geschichte für einen beschleunigten Übergang zu sauberen Energien sein“, erwartet Fatih Birol, geschäftsführender Direktor der Internationalen Energieagentur.

## Siegeszug der Erneuerbaren

Bereits vor dem russischen Angriff auf die Ukraine und damit vor dem aktuellen Preisschock zeigen Daten von Bloomberg, dass schon 2021 drei Viertel der neu installierten weltweiten Kraftwerksleistung im Bereich der erneuerbaren Energien waren. Erstmals wurden mehr als 10 Prozent der weltweiten Stromerzeugung aus Sonne und Wind generiert - nicht nur aufgrund politischer Vorgaben, sondern vor allem, weil die Investitionskosten seit inzwischen zwei Jahrzehnten jährlich um rund 10 Prozent fallen.

Auch um den Zugang zu Energie künftig besser zu diversifizieren, bietet sich für die Industrieländer Europas dabei insbesondere die Zusammenarbeit mit den Ländern Afrikas an: Fast alle haben Sonne und Wind, manche sind sogar demokratisch regiert. In Namibia beispielsweise will Rainer Baake, langjähriger Staatssekretär in mehreren Bundesministerien und heutiger Chef der Stiftung Klimaneutralität,



mit der dortigen Regierung und privaten Investoren in fünf Jahren ein Mega-Projekt hochziehen. Es würde die Stromerzeugung des Landes mehr als verdreifachen und hätte damit enorme Exportkapazitäten auch nach Europa. In Form von Ammoniak soll die Energie dann nach Deutschland verschifft werden.

## Ausbau der Infrastruktur

Ähnliche Projekte werden weltweit inzwischen fast im Wochentakt vorgestellt. Auch wenn nicht alle realisiert werden, wird eines immer deutlicher: Im Sonnengürtel der Welt hergestellter grüner Wasserstoff und Ammoniak werden Öl und Gas als Treibstoff der Weltwirtschaft im 21. Jahrhundert ersetzen.

Abzulesen ist das inzwischen auch im Boom bei europäischen Start-ups in der Energieinfrastruktur: Sie erhielten allein bis Oktober dieses Jahres 10,9 Milliarden Euro - und damit deutlich mehr als im Gesamtjahr 2021, wie „Capital“ basierend auf Zahlen der Analysefirma Dealroom berichtet. Viele von ihnen bauen ganz neue Geschäftsmodelle auf - von Abo-Modellen für Solarpaneele über Batteriespeicher bis hin zu deutschlandweiten Handwerksnetzen für den Einbau von regenerativen Strom- und Heizungssystemen.

Mit Letzterem sind beispielsweise der Hamburger Photovoltaikanbieter 1Komma5° und sein Berliner Konkurrent Zolar am Start. Beide haben Plattformen aufgebaut, auf denen sich private Immobilienbesitzer online alles zusammenstellen können, was sie weitgehend energieautark macht. Eingebaut werden die Wärmepumpen, Batterien und Solarpaneele dann von Handwerkern, mit denen 1Komma5° und Zolar zusammenarbeiten. Beide Firmen werben mit einem Digitalisierungsschub im ansonsten eher nicht unbedingt an vorderster Innovationsfront stehenden Handwerk.

Über vier Jahrzehnte alt ist eine deutsche Erfindung, die mit dem Energiepreisschock nun vor dem Durchbruch steht: Agri-PV, die Installation von Photovoltaikzellen auf Ständern über Landwirtschaftsflächen. Adolf Goetzberger, der Gründer des Fraunhofer-Instituts für Solare Energiesysteme ISE hatte bereits 1981 darauf hingewiesen, dass etliche Pflanzen nicht die volle Sonne brauchen, um gut zu reifen.

Nur 1 Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche in Deutschland würde nach Zahlen des Umweltbundesamtes ausreichen, um 50 Gigawatt und damit ein Viertel der deutschen Ausbauziele bis 2030 für Photovoltaik zu erreichen. Das gesamte technische Potenzial von Agri-PV wird auf 1700 GW geschätzt. Bislang allerdings verhindern bürokratische Hemmnisse weitestgehend die Umsetzung dieser Doppelnutzung von Land: Erst Anfang 2023 wird das Erneuerbare-Energien-Gesetz so geändert, dass Agri-PV gefördert werden kann.

Zwar hat Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck mit seinem sogenannten Osterpaket etliche bürokratische

## „Diese Krise könnte ein Wendepunkt in der Geschichte für einen beschleunigten Übergang zu sauberen Energien sein.“

FATIH BIROL

Hemmnisse für den Ausbau der regenerativen Energien in Deutschland gelockert. Doch zum einen bleiben immer noch genug übrig, wie jeder weiß, der einmal einen Antrag zum Aufstellen eines Windrads in Deutschland eingereicht hat. Zum anderen aber sind andere Nationen inzwischen sowohl mit der Förderung als auch der Deregulierung des Sektors deutlich schneller.

## US-Förderung zieht Investitionen ab

Am deutlichsten zu sehen ist das bei einem entscheidenden Element der Energiewende, den Speicherbatterien. 4,5 Milliarden Euro wollte das schwedische Unternehmen Northvolt in den Bau einer Batteriefertigung für Elektroautos in Schleswig-Holstein investieren. Nachdem US-Präsident Joe Biden mit dem „Inflation Reduction Act“ aber ein 430 Milliarden US-Dollar schweres Subventionsprogramm für Erneuerbare auf den Weg gebracht hat, überlegt Northvolt nun, lieber zuerst in den USA zu investieren. Auch der US-Autobauer Tesla hat den angekündigten Bau einer Batteriefertigung in Brandenburg aus den gleichen Gründen vorerst ausgesetzt. Northvolt-Gründer Peter Carlsson hat unlängst in der „FAZ“ vorgerechnet, dass die Subventionen in den USA bei gleicher Fabrikgröße vier- bis fünfmal so groß sind.

SPRIND-Chef Laguna de la Vera empfiehlt für die Umsetzung seiner „Too cheap to meter“-Vision ein gesamteuropäisches Vorgehen. Mitte Oktober hat der stellvertretende EU-Kommissionspräsident Frans Timmermans in Marokko eine erste „Grüne Partnerschaft“ zwischen der EU und einem afrikanischen Land vorgestellt.

Damit soll die vertiefte Zusammenarbeit zwischen Marokko und der Europäischen Union in den European Green Deal eingebunden werden. Das passt: Bereits 2016 wurde in dem Königreich mit weitgehend europäischer Finanzierung der damals weltweit größte Solarpark Ouarzazarte eingeweiht. Die Herstellungskosten für eine Kilowattstunde Strom wurden damals mit 4,5 Eurocent berechnet. Inzwischen wurde die Anlage viermal erweitert. ■



**Margaret Heckel** ist freie Journalistin, Moderatorin und Buchautorin. Sie lebt in Potsdam.



## Europäische Wirtschaftspolitik

# Fahrplan für Freihandel

**Karl-Heinz Paqué** ist Vorsitzender des Vorstands der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.

**E**s tut sich was - beim Handel. Der Bundestag hat endlich CETA ratifiziert, das „Comprehensive Economic and Trade Agreement“ zwischen Kanada und der EU. Kurz zuvor verkündet der grüne Wirtschaftsminister Robert Habeck, dass neue Handelsabkommen für Deutschland wichtig seien. Und kurz danach kündigt die EU neue Verhandlungen mit MERCOSUR an, der Freihandelszone der La-Plata-Region, bestehend aus Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay.

Das sind wichtige Signale. Sie sind ernst zu nehmen, auch wenn man sich (wie der Autor dieser Zeilen) ein wenig wundert, mit welcher Leichtfüßigkeit die Grünen ihre früheren Bedenken gegen Freihandelsabkommen über Bord werfen. Vergessen sind die Argumente zu TTIP in der Obama-Zeit, als von grüner Seite nur Bedenken gegen amerikanische Wirtschaftsinteressen geäußert wurden, die wahlweise das importierte Chlorhühnchen als Versuch der Vergiftung europäischer Verbraucher oder die geplanten Schiedsgerichte als Totengräber des deutschen Rechtsstaats deuteten.

Habeck jedenfalls sollte man beim Wort nehmen. Aber seinem Wort müssen politische Taten folgen. Vor allem brauchen wir endlich für die deutsche Regierung einen Fahrplan für Freihandel. China und Russland betreiben in Afrika und Lateinamerika seit Langem eine Art staatskapitalistischen Imperialismus. Ihnen geht es um die Schaffung von Netzen der Abhängigkeit, in denen sich die Entwicklungs- und Schwellenländer dieser Weltregionen verfangen. China investiert in die Ausbeutung von Lagerstätten strategischer

Rohstoffe, die für seine eigene Hightech-Entwicklung zentral sind - und schafft über großzügige Kredite neue Abhängigkeiten. Russland liefert essenzielle Vorprodukte für jene Wertschöpfungsketten, die für die Empfängerländer von zentraler wirtschaftlicher Bedeutung sind, wie etwa Kunstdünger für Brasilien. Dagegen war Europa - und allemal Deutschland - bisher viel zu zögerlich, die Möglichkeiten einer neuen globalen Arbeitsteilung offensiv zu nutzen.

Das muss sich ändern. Europa braucht eine neue globale Strategie. Wirtschaftspolitisch, um all die grandiosen Möglichkeiten zu nutzen, die auch in Zeiten einer stotternden Globalisierung in einer neuen weltweiten Arbeitsteilung liegen. Europa hat die Technologie und das Wissen, Afrika und Lateinamerika haben die nötige junge, motivierte Bevölkerung, die bereitsteht, sich in die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung einzuklinken. Geopolitisch geht es um noch viel mehr, und zwar um die Frage: Wer wird in der nächsten großen Welle der globalen Integration die Standards setzen und die Wertschöpfungsketten dominieren - der demokratische Westen einschließlich Ostasien oder autokratische Regime wie China und Russland, die weit davon entfernt sind, für eine liberale marktwirtschaftliche Ordnung in der Welt einzutreten?

Es ist Zeit, den Begriff „Zeitenwende“ auch in dieser Hinsicht ernst zu nehmen: weg von der Kleingeisterei früherer Versuche, hin zum Design einer europäischen Handelspolitik im globalen Maßstab. Eingebettet in geostrategische Grundlinien, die spätestens seit dem Ukraine-Krieg zwingend auf der Tagesordnung stehen. ■



# Kultur

Elisabeth Garlin

## Broken Silence – das Ende des Schweigens

Die Proteste im Iran werden immer lauter, auch wenn das Regime den Zugang zu Internetseiten sperrt.

BERICHT / S. 52



FOTO: ANONYMOUS PHOTOGRAPHER/MIDDLE EAST IMAGES/LAIF, PATRYCIA LUKAS, IMAGO IMAGES/ITAR-TASS

Verena Pausder

## Orientierung für Lehrkräfte und Eltern

Die Unternehmerin, Investorin und Expertin für digitale Bildung im kurzen Gespräch.

INTERVIEW / S. 66



Wladislaw Inosemzew

## Fünf Punkte für die Ära nach Putin

Wie kann sich Russland unter einer neuen Führung in ein normales, freiheitliches Land verwandeln?

ANALYSE / S. 62





Trotz aller Restriktionen bleiben Millionen Iranerinnen und Iraner über soziale Medien miteinander in Verbindung. Das liegt vor allem daran, dass sie Proxy-Server und VPN-Tunnel benutzen, um die Beschränkungen zu umgehen.



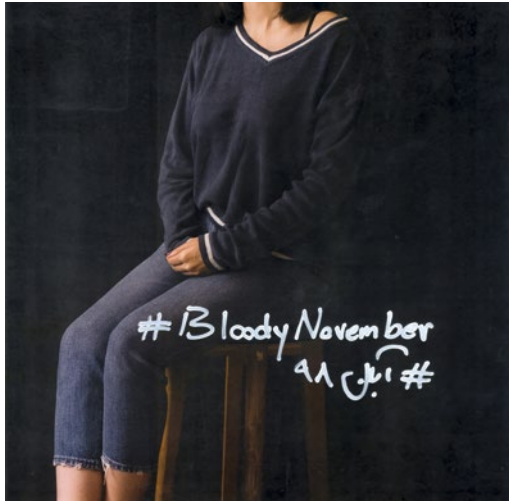
# Broken Silence - das Ende des Schweigens

Die Menschen im Iran vernetzen sich in den sozialen Medien. Die Proteste werden immer lauter, auch wenn das Regime den Zugang zu Plattformen, beliebten Websites und Blogs sperrt.

TEXT: ELISABETH GARLIN

FOTOS: ASHKAN SHABANI





◀ **Links:** Parina (32) ist Köchin in einem Restaurant im Iran. „Ich werde die Stimme der Iraner sein.“

**Rechts:** Ali (29), Autohändler: „Wir werden dieses brutale Regime mithilfe der sozialen Medien stürzen.“

**Links:** Die Psychologin Marziye (35) hat den Hashtag #Mahsa Amini auf Twitter verbreitet.

**Rechts:** Auch die Fotografin Shabnam (27) schloss sich Iranern im Netz an.



**N**ach dem Generalstreik Anfang Dezember 2022 haben die Proteste im Iran eine neue Dimension erreicht.

„Es ist das erste Mal, dass das ganze Land im Kampf um die Freiheit vereint ist“, sagt der Fotograf und Aktivist Ashkan Shabani.

Vor allem die sozialen Medien spielen beim Widerstand gegen das Regime

und bei der Organisation von Protesten eine Rolle. Nach dem Tod der jungen Frau Mahsa Amini kam es landesweit zu Protesten und Demonstrationen, die das Regime blutig bekämpfte.

### Porträts ohne Köpfe

Tausende Iranerinnen und Iraner wurden verhaftet, Hunderte getötet. Über das Internet konnten sich die

Menschen innerhalb und außerhalb des Irans zusammenschließen, auch wenn das Regime Zugänge zum Netz immer wieder sperrt. „Die iranischen Internetnutzer haben den Hashtag von Mahsa Amini mehr als 100 Millionen Mal verwendet und retweetet. Das löste landesweite Proteste im Iran aus, um das islamische Regime zu stürzen“, sagt Ashkan Shabani. ▶



## Kultur

**Links:** Amir (25), Verkäufer:

„Sie haben so viele von uns jahrzehntelang brutal getötet.“

**Rechts:** Reza (17), Schüler: „Die ganze Wut hat sich angestaut, und jetzt ist es so weit, dass alle auf der Straße für ihre Freiheit kämpfen.“

**Links:** Puya (19), Universitätsstudentin: „Ich werde nicht aufhören, bis ich den Tag erlebe, an dem wir frei von diesen Tyrannen sind.“

**Rechts:** Abbas (24), Universitätsstudent: „Wir sind seit Jahren Zeugen der Verbrechen des islamischen Regimes.“



„Die Porträtierten sind einfach ganz normale Menschen, die um ihre Freiheit kämpfen.“

ASHKAN SHABANI

Um die Entwicklung zu dokumentieren, startete der Fotograf und Aktivist das Projekt „Broken Silence“. Dafür porträtierte er junge Menschen, die sich in den sozialen Medien engagieren und die eines eint: die Sehnsucht nach Wahrheit und nach Freiheit.

Dafür suchte er aus seinem Freundes- und Bekanntenkreis heraus Menschen, die nach einem Schlüssel-

erlebnis mit Protesten begannen. „Ein enger Freund von mir wurde plötzlich zum Aktivist. Er wollte wissen, was im Iran wirklich passierte - jenseits der Zensur und Propaganda. Er wollte die Wahrheit“, erzählt Shabani. „Mein Projekt zeigt: Soziale Medien können Menschen und die Art und Weise, wie junge Iraner denken, verändern.“ Die vor dunklem Hintergrund Porträtier-



◀ Yasmin (24), Influencerin: „Ich habe so viele Follower auf meinen sozialen Medien und habe über mein Leben gepostet. Ich wollte über Frauenrechte sprechen, aber ich hatte Angst, dass die Regierung mich dafür verhaften würde. Mit dem Tod von Mahsa Amini änderte sich alles für mich; ich war voller Wut und wollte nicht mehr schweigen.“

ten bleiben kopflos. „Ich zeige die Köpfe mit Absicht nicht, um die Identität zu schützen“, sagt Shabani. „Aber mir geht es auch darum zu zeigen: Die Porträtierten sind einfach ganz normale Menschen, die Zugang zum Internet haben und nun ihre Stimme erheben, um für ihre Freiheit zu kämpfen.“

Ashkan Shabani arbeitet schon seit Langem mit Story-Formaten. Er

hat den Kampf von Menschen um ihre sexuelle Selbstbestimmung genauso erzählt wie die soziale und wirtschaftliche Situation im Iran oder nun die Proteste gegen das Regime.

### Ein Kampf um Freiheit

Mit „Broken Silence“ dokumentiert Shabani eine Zuspitzung der Proteste. „Ich werde nicht aufhören, bis ich den

Tag erlebe, an dem wir frei von diesen Tyrannen sind“, sagt die 23-jährige Studentin Puya in ihrem Porträt. ■

Mehr dazu im Internet unter:

[www.ashkanshabani.com/brokensilence](http://www.ashkanshabani.com/brokensilence)

**Elisabeth Garlin** ist Journalistin und verfolgt seit Langem die Proteste im Iran.



# Meinungsvielfalt in Post-Ost

Die russlanddeutsche Community ist viel bunter, als man glaubt, sagt Irina Peter. Sie ist Co-Host des Podcasts „Steppenkinder“ und so etwas wie die Stimme der Aussiedler-Community in Deutschland.

TEXT: CHRISTOPH GIESA

**F**rau Peter, der Podcast „Steppenkinder“ dreht sich um die Unterschiede in der Gruppe der Russlanddeutschen. Das ist ganz schön unübersichtlich, wenn man von außen drauf schaut.

Das kann man so sehen. Doch die Unterschiede werden gar nicht wahrgenommen. Ein kleiner, aber umso lauterer Teil der Gruppe bekommt riesige Aufmerksamkeit und beschädigt das Ansehen aller.

## Was meinen Sie damit genau?

Es gibt immer wieder Demonstrationen von russlanddeutschen und russischen Menschen in Deutschland gegen Putins Krieg in der Ukraine. In den Medien sind das allerdings Randnotizen. Mich ärgert es, wenn problematische Minderheitenpositionen eine überproportionale Aufmerksamkeit bekommen. Und bevor Sie nachfragen: Ja, ich bin davon überzeugt, dass der größte Teil der postsowjetischen Community hier in Deutschland gegen den Krieg ist.

## Was ist Ihre Erklärung für diese einseitige Aufmerksamkeit? Liegt das an den Medien?

Die Medien haben da sicher eine wichtige und nicht immer ruhmreiche Rolle. Die Erzählung der konservativen, putintreuen oder rechtswählenden Russlanddeutschen ist schon einige Jahre älter und einer der Gründe, warum ich mich gesellschaftlich engagiere.

**Der Angriffskrieg in der Ukraine hat viele Menschen politisiert, unabhängig von ihrer Familiengeschichte.**



„Das Bild des rechten Russlanddeutschen ist überholt.“

IRINA PETER

## Gilt das in der Gruppe der Russlanddeutschen noch einmal besonders?

Gerade Menschen wie ich, die zur sogenannten mitgebrachten Generation gehören, haben nicht mehr und nicht weniger Grund, sich gegen diesen Krieg zu positionieren, wie andere auch. Die wenigsten von uns haben jemals in Russland gelebt. Wenn es eine Prägung vor der Übersiedlung gab, dann sowjetisch oder kasachisch. Viele sind nicht einmal russischsprachig in dem Sinne, dass sie Russisch im Alltag oder in der Familie verwenden.

**Die Erwartungshaltung vonseiten der Gesellschaft, sich klar zu positionieren, ist gegenüber der Gruppe der Russlanddeutschen trotzdem da.**

Klar. Aber das macht es ja nicht auto-

matisch legitim. Ich habe das Gefühl, dass das auch mit dem Begriff „Russlanddeutsche“ zu tun hat. Der bezieht sich ja auf das zaristische Russland, in das unsere Vorfahren damals ausgewandert sind. Aber das weiß kaum jemand mehr. Die fehlende Differenzierung sorgt in der Community für Unmut.

## Wie äußert sich der?

Bisher kann man das eher punktuell wahrnehmen. Aber dann mit Macht. Anfang November etwa wurde eine Dokumentation des SWR mit der „Goldenen Kartoffel“ ausgezeichnet, weil sie ganz massiv ein holzschnittartiges Bild der Community bedient hat. Es ist einfach wichtig zu verstehen, dass Menschen, die aufgrund ihrer Deportationserfahrungen in der Sowjetunion nach Deutschland umsiedeln konnten, jüdische Kontingentflüchtlinge, russische Arbeitsmigrantinnen oder mit Deutschen verheiratete russische Staatsbürger komplett unterschiedliche Identitäten mitbringen.

## Wenn man nun nach einem richtigen Sammelbegriff suchte, dann wäre der ...

Vermutlich „postsowjetisch“ oder „post-Ost“, wie es umgangssprachlich heißt. Da wird dann recht schnell deutlich, dass sich dahinter unterschiedliche Geschichten verbergen müssen. ■



**Christoph Giesa** ist Kolumnist und Publizist. Er lebt in Hamburg und arbeitet für verschiedene Tageszeitungen und Radiosender.

# Alles Leben ist Problemlösen

Zur Frage der Toleranz und ihren Grenzen hat der Philosoph Karl Popper zum Ende des Zweiten Weltkriegs alles gesagt.

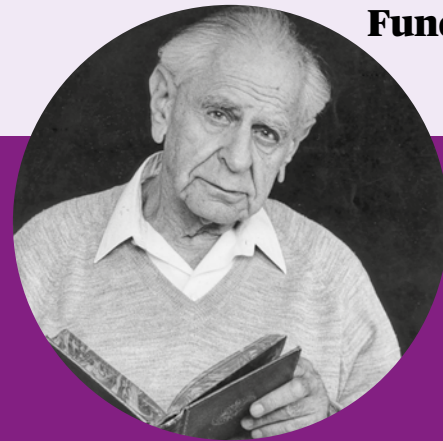
TEXT: THOMAS VOLKMANN

**D**ie Atmosphäre in Deutschland wird zunehmend ruppig. Da wird gern fundamental gedacht, und gern auch mal fundamentalistisch. Die Ziele, die Beweggründe und auch die Maßnahmen sind sicherlich nicht vergleichbar: Die einen nehmen sich das Recht heraus, so ziemlich alles „doch mal sagen zu dürfen“. Die anderen hängen so an ihrer Meinung, dass sie sich am Boden festkleben. Die einen diskriminieren Menschen, wollen Menschen vertreiben, die anders sind als sie selbst, schreien Andersdenkende zusammen oder erkennen Wahlergebnisse nicht an; die anderen werfen Lebensmittel auf Kunstwerke oder blockieren Straßenkreuzungen, nehmen Menschen die Fortbewegungsfreiheit oder gefährden sie sogar. Aber die Ansätze sind vergleichbar: Beide sehen sich im Besitz der wirklichen und einzigen Wahrheit, die sie zu ihren Handlungen ermächtigt. Und immer fordern sie alle Toleranz für ihr Verhalten, das ja schließlich einem höheren Ziel diene - aber gleichzeitig sind sie intolerant gegen andere Meinungen.

Karl Popper hat, zum Ende des Zweiten Weltkriegs, das Notwendige dazu gesagt. Alles Leben ist Problemlösen. Probleme löst man nur durch Argumente, durch Streit über und Offenheit für die Argumente auch der Gegenseite. Unterschiedliche Meinungen sind essenziell für eine offene, demokratische Gesellschaft, und Toleranz für die Meinung des anderen - der ja in der einen oder anderen Frage vielleicht auch recht haben könnte - ist unbedingt notwendig. Die Gesellschaft muss offen, muss pluralistisch sein, wenn sie demokratisch und gerecht sein soll. Es muss möglich sein - und garantiert werden -, dass unvereinbare Ansichten geäußert und gegensätzliche Ziele verfolgt werden.

Was aber, wenn sich eine Seite aller ihr entgegengesetzten Argumentation widersetzt, diese nicht akzeptiert - also „intolerant ist“? Popper nannte dies das „Paradoxon der Toleranz“. Die liberale, offene Gesellschaft muss mit Streit leben - aber gleichzeitig muss sie nicht alles hinnehmen. ■

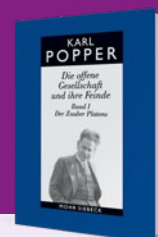
FOTO: ULLSTEIN BILD - FOUNDATION HORST TAPPE, MOHR SIEBECK VERLAG



## „Die Unduldsamen nicht dulden“

TEXT: KARL POPPER

Uneingeschränkte Toleranz führt mit Notwendigkeit zum Verschwinden der Toleranz. Denn wenn wir die unbeschränkte Toleranz sogar auf die Intoleranten ausdehnen, wenn wir nicht bereit sind, eine tolerante Gesellschaftsordnung gegen die Angriffe der Intoleranz zu verteidigen, dann werden die Toleranten vernichtet werden und die Toleranz mit ihnen. Damit möchte ich nicht sagen, dass wir zum Beispiel intolerante Philosophien auf jeden Fall gewaltsam unterdrücken sollten; solange wir ihnen durch rationale Argumente beikommen können und solange wir sie durch die öffentliche Meinung in Schranken halten können, wäre ihre Unterdrückung sicher höchst unvernünftig. Aber wir sollten für uns das Recht in Anspruch nehmen, sie, wenn nötig, mit Gewalt zu unterdrücken; denn es kann sich leicht herausstellen, dass ihre Vertreter nicht bereit sind, mit uns auf der Ebene rationaler Diskussion zusammenzutreffen, und beginnen, das Argumentieren als solches zu verwerfen; sie könnten ihren Anhängern verbieten, auf rationale Argumente - die sie ein Täuschungsmanöver nennen - zu hören, und sie werden ihnen vielleicht den Rat geben, Argumente mit Fäusten und Pistolen zu beantworten. Wir sollten daher im Namen der Toleranz das Recht für uns in Anspruch nehmen, die Unduldsamen nicht zu dulden. Wir sollten geltend machen, dass sich jede Bewegung, die die Intoleranz predigt, außerhalb des Gesetzes stellt, und wir sollten eine Aufforderung zur Intoleranz und Verfolgung als ebenso verbrecherisch behandeln wie eine Aufforderung zum Mord, zum Raub oder zur Wiedereinführung des Sklavenhandels.



**Karl Popper: „Die offene Gesellschaft und ihre Feinde“, Mohr Siebeck, Tübingen (7. Aufl. 1992), Band 1, S. 333**



# Würdigung der Vernunft

Horst Möller durchwandert die deutsche Geschichte der letzten 100 Jahre.

TEXT: KARL-HEINZ PAQUÉ

**D**ramatischer geht es kaum. Keine Nation hat im 20. Jahrhundert so viele harte politische Brüche erlebt wie Deutschland: vom autokratischen Kaiserreich 1918 zur demokratischen Weimarer Republik und von dort 1933 in die Nazi-Diktatur; ab 1949 im Westen zurück in eine demokratische Republik und im Osten in eine neue, diesmal kommunistische Diktatur; und dann ab 1990 vereint in Freiheit und Frieden. Wirtschaftlich waren die Brüche nicht minder scharf: radikale Währungsreformen 1923, 1948 und im Osten 1990 sowie tiefgreifende Wechsel der Wirtschaftsordnungen nach den beiden Weltkriegen und im Osten nochmals 1990 im Zuge der Wiedervereinigung.

Diese lange Geschichte erzählt der renommierte Historiker Horst Möller, langjähriger Präsident des Instituts für Zeitgeschichte München/Berlin, auf weniger als 600 Textseiten. Er tut es sprachlich pointiert und inhaltlich konzise. Darin liegt die Kraft dieses Buches: Es fesselt durch die großen Bögen und deren überzeugende Deutungen, ohne sich an Details der Fakten oder strittigen Interpretationen festzubeißen. Erfrischend

dabei die Bereitschaft des Verfassers zum klaren Urteil, und zwar stets aus bürgerlich-liberaler Perspektive. Hier schreibt ein Historiker, der von Demokratie, Rechtsstaat und sozialer Marktwirtschaft überzeugt ist und den (steinigen) Weg dorthin als gewaltigen Fortschritt unseres Landes ansieht.

Dabei macht Möller wiederholt deutlich, dass handelnde Personen eine gewichtige Rolle spielten - im Positiven wie im Negativen. Nichts musste so kommen, wie es kam; einen historischen Determinismus gab und gibt es nicht. Besonders deutlich wird dies an der zeitweise hoffnungsvollen, aber schließlich doch tragischen Geschichte der Zwanzigerjahre. Das beliebte Diktum, die Weimarer Republik sei eine Republik ohne Demokraten gewesen, bezeichnet Möller wörtlich als Unsinn. Und ebenso weist er die Behauptung zurück, sogenannte Vernunftrepublikaner, die sich wie Stresemann nolens volens mit dem Übergang vom Kaiserreich zur Republik abfanden, seien schlechte Demokraten gewesen. Er zeigt, dass gerade die politische „Vernunft“ half, den Weg in stabilere Verhältnisse zu ebnen, wie die Karrieren von Friedrich Ebert und Gustav



Horst Möller:  
„Deutsche Geschichte - die letzten hundert Jahre. Von Krieg und Diktatur zu Frieden und Demokratie“, Piper (2022), 656 Seiten, 32 EUR



## Kein Platz für historischen Determinismus.

KARL-HEINZ PAQUÉ

Stresemann zeigen. Beide waren große Staatsmänner und starke Säulen der Republik. Allerdings starben sie zu früh, gesundheitlich ausgelaugt von den Belastungen ihrer Ämter und den ständigen Beschimpfungen vonseiten der politischen Extreme.

So fatal der frühe Tod führender Politiker in der Weimarer Republik war, so glücklich war das lange politische (und physische) Überleben großer Persönlichkei-

ten in der Nachkriegszeit der Bonner Republik. Konrad Adenauer und Ludwig Erhard hatten genug Zeit, ihre Grundentscheidungen für Westbindung und Marktwirtschaft mit Erfolg durchzusetzen. Ähnliches gilt für Willy Brandt und Walter Scheel, die die Weichen für die Ostpolitik stellten. Und Ähnliches gilt auch für Helmut Kohl und Hans-Dietrich Genscher: Niemand rechnete mit der deutschen Einheit, aber nach der Politik der Nachrüstung und der finanzpolitischen Konsolidierung der Achtzigerjahre war der Boden bereitet, um nach dem Fall der Mauer entschlossen handeln zu können.

In all diesen Fällen hätte es auch anders kommen können. Günstige Umstände und begabte Politiker mit Autorität - das muss eben zusammenkommen, damit zentrale Ziele erreicht werden. Und wenn beides fehlt, wie in der Weltwirtschaftskrise 1930-1932 nach Stresemanns Tod, dann kann es auch zur Katastrophe kommen. Für beides liefert die Geschichte Deutschlands dramatische Beispiele. Für einen historischen Determinismus ist da kein Platz. So jedenfalls Horst Möller. Mit diesem Buch hat er mich überzeugt. ■



# Clickbaiting statt Dialog

Eine freie Gesellschaft braucht ein gutes Feuilleton. Doch unbarmherzig schneiden Print, Radio und TV die Kulturetats zurück.

TEXT: MICHAEL HIRZ

**M**it einer Frage, die angeblich auf den unsachgemäßen Umgang zweier Putzfrauen mit einer Installation von Joseph Beuys vor rund 50 Jahren zurückgeht, wird gerne spöttisch das Fremdeln mit moderner abstrakter Kunst ausgedrückt: „Ist das Kunst oder kann das weg?“ Inzwischen ist das Klima etwas rauer geworden, die abnehmende Wertschätzung für Kunst und Kultur - durch Pandemie, Energiekrise und Inflation zusätzlich angeheizt - hat auch diejenigen erreicht, die sich professionell mit Theater und Museen, mit Literatur und Oper beschäftigen: die Journalistinnen und Journalisten in den Feuilletons. Das aktuelle Elend der Kulturwirtschaft hat aus dem schleichenden Siechtum des Kulturjournalismus ein galoppierendes gemacht.

Ein zentrales Problem ist dabei hausgemacht. In vielen Redaktionen - vor allem von Regional- und Lokalzeitungen - landen die Kulturressorts besonders schnell auf dem Opferaltar. Wie Sandsäcke bei sinkenden Heißluftballons gingen

„**Kulturberichterstattung gerät zur Programm-Homöopathie. Klicks und Abrufzahlen sind zur harten Droge geworden.**“

(und gehen weiterhin) Stellen und Etats über Bord, gelegentlich gleich das gesamte Ressort. Das folgt der schlichten Logik der betriebswirtschaftlichen Kostenjäger, die unter dem Druck stehen, schnelle Beute machen zu müssen. Dass damit auch das Produkt Substanz einbüßt, eine Zeitung, ein Sender an Erheblichkeit verliert und an Beliebigkeit gewinnt, ist keine Kategorie. Langfristiges Denken passt eben nicht zum Versuch panikgetriebener Krisenbewältigung.

Der Prozess des brancheninternen Klimawandels scheint inzwischen vielfach den Kipppunkt erreicht zu haben, vor allem in den Printmedien. Immer weniger festangestellte Redaktionsmitglieder mit immer dürftigeren Etats beschäftigen prekär arbeitende Freie. Mindestlohn ist für viele dieser Medienschaffenden ein Fremdwort. Während die Festangestellten unter Arbeitsverdichtung leiden (neben der gedruckten Zeitung noch schnell Podcasts und Newsletter bedienen), fliehen viele Freie aus einem Beruf, der die Existenz nicht mehr sichert. Wer kann es sich schon leisten, auf eigene Kosten zu reisen, zu recherchieren, Gespräche zu führen, um dann auf Zeilenbasis mager honoriert zu werden? Das geht nur, wenn man das Gelübde der Armut abgelegt hat.

Auch in den öffentlich-rechtlichen Sendern, die besser bezahlen und auch freien Mitarbeitern ein Mindestmaß an sozialer Absicherung bieten, gerät Kulturberichterstattung zur Programm-Homöopathie. Klicks und Abrufzahlen sind zur harten Droge geworden. Da segelt dann eine flache Berichterstattung über Musicals oder das unkritische Promi-Interview unter falscher Flagge in die Sendestatistik, etikettiert als Kultur. Engagierte Rundfunkräte wie der kämpferische Gerhart Baum, Vorsitzender des Kulturrats NRW, halten dagegen, aber der Erfolg ist überschaubar.

Dabei ist der Anteil derjenigen, die in fundierter Kultur- und Zeitkritik ein Stück Orientierung suchen, gar nicht so gering. Die sich jenseits des rein Materiellen Gedanken machen über grundsätzliche Fragen, über die Bedingungen des Zusammenlebens in wildgewordenen Zeiten. Denen ein öffentlicher Diskurs in 280 Zeichen ebenso wenig reicht wie ein paar Likes bei Google oder Selbstanpreisungen auf Veranstalter-Websites.

Kultur ist Dialog, und dazu braucht es ein qualitätsorientiertes Feuilleton. Das aber benötigt eine gesicherte Grundlage. Eine freie Gesellschaft darf auf ein solches Reifemerkmal nicht verzichten. ■



# „Der große Bluff“

Seit Jahrzehnten lässt sich der Westen von Russland blenden. Wenn Europa nicht schnell und vereint reagiert, droht ein Konflikt auf dem ganzen Kontinent.

TEXT: PETRO BURKOVSKIY

**D**er Kiewer Vorort Butscha hat seit April 2022 eine gruselige Bedeutung. Nicht nur, weil er zum Synonym für die systematische Vernichtung von Menschen wegen ihrer Zugehörigkeit zur ukrainischen Gemeinschaft wurde. Sondern auch, weil er zugleich den Zynismus der europäischen Eliten entlarvte, die lange Zeit die Augen vor dem russischen Regime verschlossen hatten.

Wie hat das begonnen? Im Februar 2007 kritisierte der russische Präsident Wladimir Putin auf der Münchner Sicherheitskonferenz die Machtpolitik der USA. Die Anwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen dürfe nur auf Grundlage der UN-Charta erlaubt sein. Er versprach eine freie und offene Marktwirtschaft in Russland. Gleichzeitig leugnete er die brutale Unterdrückung der Opposition in Russland, Folter, Mord und Entführungen in Tschetschenien sowie die Teilhabe am Atomprogramm im Iran.

Der Eindruck entstand, dass Russland ein offenes und demokratisches Land wird, das verantwortungsvoll handelt und wirtschaftlich mit seinen europäischen Nachbarn zusammenarbeitet. Im Gegenzug wollte Putin nur wenig: die Umwandlung der NATO von einem Verteidigungsbündnis in eine politische Organisation. Außerdem sollten die europäischen Staaten ihre Beziehungen zu Russland nicht mehr davon abhängig machen, wie demokratisch oder autokratisch das russische Regime sei. Mit dem Begriff „souveräne Demokratie“ rechtfertigte er Autoritarismus.

Putin erreichte sein Ziel: Bis zum 24. Februar 2022 hielten viele europäische Politiker Russland für vertrauenswürdig oder fanden, dass Russland ein Recht darauf habe, seine Grenzen vor der NATO-Erweiterung zu schützen.

## Ein langer Weg in die Autokratie

Tatsächlich aber bewegte sich Russland bereits seit dem Machtantritt Putins im Jahr 2000 in Richtung Autokratie. Er stellte das Narrativ des KGB wieder her: Die sowjetische Geheimpolizei und der Geheimdienst betrachten die demokratische Welt als einen Feind, der zerstört werden müsse. Als Zögling des KGB wollte Putin Revanche für den Zusammenbruch der UdSSR, den er als eine persönliche Niederlage betrachtete.

Deshalb bluffte er, als er Demokratie und Marktwirtschaft versprach. Im eigenen Land konnte er die Bedrohung durch die NATO nutzen, um die Militärausgaben zu erhöhen. In der Außenpolitik belohnte Putin Führungspersonlichkeiten und Regierungen, die ihre nationalen Interessen vor gesamteuropäische oder amerikanische Interessen stellten: Silvio Berlusconi, Nicolas Sarkozy, Gerhard Schröder, Robert Fico und Viktor Orbán nahmen enge Beziehungen zum Kreml auf.

## Nach der Aggression

Auch nach der russischen Aggression gegen die Ukraine blufft Putin weiterhin mit einem „normalen Russland“. Er droht mit Vergeltung - notfalls mit Atomwaffen - für die Verletzung der „russischen Sicherheit“, zu der die Kontrolle über ukrainische Gebiete gehöre. Allerdings gibt es bislang keine Anzeichen einer Vorbereitung auf den Einsatz von Massenvernichtungswaffen.

Putin könnte jedoch gefährlich eskalieren, wenn in Europa weiterhin Politiker Russlands Eroberungen durch einen Waffenstillstand anerkennen wollen. Mit Aufrufen zur Verhandlungsbereitschaft will der Kreml Europas Politiker verunsichern. Sie sollen die Augen vor Massenhinrichtungen, Folterlagern und der Bombardierung friedlicher ukrainischer Städte verschließen - genauso wie vor der Tatsache, dass Russland einen Krieg führt, der eine ganze europäische Nation vernichten soll. Putin bietet stattdessen sichere Beziehungen an, wenn seine Forderungen berücksichtigt werden.

Russland verfügt immer noch über genügend Mittel, um Europa zu spalten: Erdöl, Kohle und Erdgas. Angesichts der sehr hohen Energiepreise mobilisieren die russischen Geheimdienste die Diaspora zu Protesten gegen die „Schädlichkeit“ der EU-Sanktionen. Mit Erfolgen in Frankreich bei

**„Putin nährt die Illusion, es gehe nur darum, die Ukraine zu „entmilitarisieren“ und zu „entnazifizieren“. Dagegen spricht einiges.**



**Zerbombte Ruinen in Charkiw in der Ukraine. Nur ein vereintes Europa kann verhindern, dass Russland weitere Staaten angreift und zerstört.**

Marine Le Pen, in Italien bei den Parteien „Lega“ und „Forza Italia!“ und in Deutschland in der AfD und bei der Linkspartei. Zugleich nährt Russland die Illusion, dass der Krieg nur das Ziel habe, die Ukraine zu „entmilitarisieren“ und zu „entnazifizieren“.

Dagegen sprechen jedoch die Ideen, mit denen Putin den Krieg rechtfertigt. Zum einen mit der historischen Mission Russlands, all jene in einem Land zu versammeln, die „traditionelle russische Werte“ tragen: die Sprache, den orthodoxen Glauben, die Traditionen russischer Kultur und Literatur. Dies bezeichnet der Kreml als „russische Welt“. Weil die russische Diaspora in Europa derzeit sehr aktiv ist - in Italien, Deutschland, Lettland und Finnland -, sind dies für die russische Führung legitime Gründe, gegen weitere Länder aggressiv vorzugehen.

Zum anderen pflegt Putin den Mythos des „Großen Sieges“: Josef Stalin habe die russische Gesellschaft auf große Opfer vorbereitet. Dieses Verfügungsrecht über das Leben der Menschen ist aber ein wichtiges gemeinsames Merkmal des Stalinismus und des Nationalsozialismus Hitlers.

Derzeit führt Putin mit der Mobilisierung in Russland ein schreckliches Experiment durch. Zwar scheint eine solche

Konzentration von Ressourcen und Kontrolle ungerechtfertigt, wenn es nur um den zerstörten Donbass, die Cherson-Steppe und die Krim geht. Wenn jedoch der Westen schwach und verspätet reagiert, könnte Putin die Mobilisierung nutzen, um weitere Nachbarstaaten unter Druck zu setzen.

Putin spricht ständig von einer „multipolaren Welt“. Der russische Präsident betrachtet sich dabei nicht als „Vetospielder“ oder als Anführer einer „Großmacht“ - wie die USA und die Volksrepublik China -, sondern als Hegemon. Als Herrscher eines Siegerstaates, dem die anderen für ihre Sicherheit und Existenz dankbar sind.

Deshalb sagt er trotz der Niederlagen in der Ukraine weiterhin: „Wir haben es noch nicht wirklich angefangen.“ Das hätten auch Hitler und Stalin sagen können, als sie im September 1939 Polen überfielen.

Die Geschichte aber wiederholt sich nicht. Vorausgesetzt, die freien europäischen Nationen weisen die russischen Mythen zurück und lassen sich von Putin nicht mehr bluffen. ■



**Petro Burkovskiy** ist Exekutivdirektor der „Ilko Kucheriv Democratic Initiatives Foundation“, einem der ältesten und einflussreichsten ukrainischen Thinktanks.





Vor Ort

Wladimir Putin ist allgegenwärtig - hier bei einer Militärparade. Wie könnte Russland nach ihm aussehen?

## Ist ein neues Russland möglich?

Im Jahr 2022 hat sich das Land von einem revisionistischen Staat in einen „Schurkenstaat“ verwandelt: eine Atommacht, die in Europa einen aggressiven Krieg mit Mitteln führt, die zuletzt vor 80 Jahren von Nazideutschland eingesetzt wurden. Die Frage stellt sich: Kann Russland irgendwann ein normales, freiheitliches Land werden?

TEXT: WLADISLAW INOSEMZEW

**W**ie könnte Russland nach Putin aussehen? Unter den vielen Sanktionen des Westens hat sich Moskau Schurken wie Iran und Nordkorea zugewandt, um Ausrüstung und Arbeitskräfte zu beschaffen. Doch auch nach zehn Monaten der Auseinandersetzung mit der Ukraine sieht Russlands Wirtschaft ziemlich solide aus.

Die Meinungsfreiheit im Land hat Wladimir Putin weiter eingeschränkt. Die Emigrantenmedien bleiben so sehr

auf die russische Innenpolitik fixiert, dass sie ungewollt die kämpfenden Truppen unterstützen. Im Ausland lebende Dissidenten scheinen sich nur noch für sich selbst zu interessieren und träumen von einem „besseren Russland“. Sie hängen der Illusion nach, dass das Regime von Wladimir Putin eine militärische Niederlage nicht überleben würde.

Anders die russischen Eliten, die zu Putins Zeiten herangewachsen sind. Sie sehen immer kritischer, was vor sich

geht. Es gibt Chancen für eine Revolte, um die derzeitige Führungsgruppe durch ein weniger revisionistisches, oligarchisches Establishment zu ersetzen. Falls das geschieht, sollten die westlichen Regierungen der neuen Führung Bedingungen für die Rückkehr in die Gemeinschaft der anständigen Nationen stellen. Ziel muss sein, einen tiefgreifenden Wandel in Russland so zu begleiten, dass nationalistische und revanchistische Gefühle nicht mehr aufkommen.

FOTO: IMAGO IMAGES/TAR-TASS, IRINA SIMONOVA

## 1. Rückzug aus der Ukraine

Erstens muss Russland seinen Krieg mit der Ukraine beenden. Ein Rückzug der Streitkräfte aus den Gebieten, die 2014 und 2022 zu Teilen der Russischen Föderation deklariert wurden, würde allerdings gegen die russische Verfassung verstoßen. Deshalb sollte die derzeitige Föderation aufgelöst und ein neues Staatengebilde geschaffen werden, das Ausstiegsmöglichkeiten für Republiken und Regionen vorsieht.

## 2. Eine parlamentarische Republik

Zweitens sollte Russland eine Föderation werden, die von unten aufgebaut wird. Russland hat keinen Bedarf an Ländern und Territorien. Es sollte ein überschaubarer Staat sein, der auf der freien Zustimmung der Menschen beruht. Weil sich die neue Föderation aus „ethnischen“ und „territorialen“ Einheiten zusammensetzt, sollte sie zur parlamentarischen Republik mit einem liberalen Wahlsystem werden. Neben dem Parlament steht ein Staatsrat mit Abgeordneten der nationalen Republiken oder Oblaste (Länder).

Die Regionen müssen das Recht haben, föderale Wirtschaftsinitiativen auf ihrem Gebiet zu stoppen, Steuern zu erheben und ihre Amtssprache neben der russischen Sprache zu wählen.

Der föderale Haushalt sollte drastisch gekürzt werden. Ein großer Teil der Einnahmen aus Öl, Gas und anderen natürlichen Reichtümern sollte in einen unabhängigen Fonds zugunsten aller Bürgerinnen und Bürger fließen.

## 3. Wirtschaftliche Freiheit

Drittens sollte die neue Regierung wirtschaftliche Freiheiten fördern. Polizei und Bundesbehörden sollten nicht kommerziell tätig werden dürfen. Privateigentum sollte für sämtliche Arten von Vermögenswerten möglich sein, Grund und Boden, Rohstoffe, Flughäfen und Eisenbahnen, Straßen und alle Arten von Unternehmen, auch wenn

# „Der Umbau zum neuen Russland wird Jahrzehnte dauern.“

WLADISLAW INOSEMZEW

sie militärischen Zwecken dienen. Der Bundeshaushalt sollte nicht mehr als ein Drittel der gesamten Haushaltseinnahmen umfassen. Das Eigentum von Staatsbediensteten und ihrer Angehörigen sollte eingefroren werden, bis dessen Herkunft geklärt ist.

## 4. Schluss mit dem Nationalismus

Viertens: Das Land muss entnazifiziert werden. Der Krieg mit der Ukraine entstand aus der Verbreitung des imperialen Konzepts eines „Russentums“ mit einem historischen Russland und einem Volk aus Russen, Weißrussen und Ukrainern. Der Krieg in der Ukraine ist Putins Krieg, so wie der Zweite Weltkrieg Hitlers Krieg war: Eine große Zahl, wenn nicht sogar die Mehrheit der Russen ist bereit, Ukrainer zu töten und zu vergewaltigen, weil sie meinen, ein Recht dazu zu haben. Das neue Russland sollte den Nationalismus verurteilen, alle Kriegsverbrechen untersuchen und die daran Beteiligten bestrafen.

## 5. Versöhnung mit dem Westen

Das fünfte und wichtigste Thema ist eine tiefgreifende Versöhnung mit dem Westen. Russland sollte die Visafreiheit für die Bürger der USA, der EU und aller OECD-Staaten einführen. Es sollte alle ausländischen Industrieanlagen zurückgeben, die seit 2014 verstaatlicht oder übernommen wurden. Alle russischen Bürgerinnen und Bürger sollten unabhängig von ihrer doppelten Staatsbürgerschaft, von ausländischen Aufenthaltsgenehmigungen und

vom Vermögen im Ausland Zugang zu Positionen im öffentlichen Dienst und zu Wahlämtern haben.

Die Regierung sollte so viel wie möglich von der EU-Wirtschaftsgesetzgebung übernehmen. So könnte Russland wie Norwegen nicht Teil der Union werden, aber deren Vorschriften und Standards anwenden und sich an die Urteile des Europäischen Gerichtshofs halten.

Eine Reform des heutigen Russlands wäre ohne eine teilweise „Entsouveränisierung“ unmöglich, wie sie Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg erlebt hat. Aus dem Grund sind die Bemühungen des Westens, Russland zu reformieren und ihm aussichtsreiche Perspektiven für einen Beitritt zu den westlichen Institutionen zu bieten, viel wichtiger als alle Versuche der russischen Liberalen und Demokraten, ihr Land zu verändern. Sie hatten ihre Chance in den 1990er-Jahren - und sie haben sie vergeben. Doch würde man Russland heute sich selbst überlassen, dann würde das Land in weniger als zwei Generationen zum Imperialismus zurückkehren.

Wer heute von der Reformierung Russlands spricht, unterschätzt oft das Ausmaß der Aufgabe. Russland ist ein halbfeudaler, nationalistischer Staat, der vom Aggressions- und Expansionsdrang so besessen ist, dass er sich nicht mehr reformieren lässt. Man muss ihn ganz neu gründen. Diese Transformation in eine moderne, nach westlichen Prinzipien organisierte Gesellschaft wird nicht Jahre, sondern Jahrzehnte dauern. Sie ist erst dann vollendet, wenn sich die neuen russischen Behörden der Herausforderung stellen. Und wenn die westlichen Nationen bereit sind, Russland zu helfen. ■



**Wladislaw Inosemzew** ist Sonderberater des Memri-Projekts für russische Medienwissenschaft sowie Gründer und Direktor des Zentrums für post-industrielle Studien in Moskau.






**10.01.2023, 18:00 Uhr**

**Virtuell**

## Bildung: Wissen, das morgen zählt

**Lernst du noch oder verstehst du schon?**

Wer lernt, kann verlernen. Doch wer versteht, kann nicht „ent-verstehen“. Der Neurowissenschaftler Dr. Henning Beck zeigt, wie sich der Lernbegriff wandelt und wie echtes Verstehen gelingt. Er wirft einen frischen Blick hinter die Kulissen der cleversten Struktur der Welt, das Gehirn, und

 überträgt die neuesten Erkenntnisse der Hirnforschung auf akademisches Lernen und Lehren.

**18.02.2023,  
19:00 Uhr**

**Hamburg**

### Meisterhafte Frauen in der klassischen Musik

Ein Konzertabend mit Musica Libera, dem Ensemble der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Die Welt der klassischen Musik ist geprägt von Männern. Mozart, Beethoven, Bach und Brahms werden bis heute weltweit in Konzerten gespielt und von Musikerinnen und Musikern rezipiert. Frauen hatten es in der Musik dagegen über viele Jahrhunderte ungleich schwerer: Komponistinnen mussten vielfach darum kämpfen, komponieren und veröffentlichen zu dürfen. Bis heute stehen sie oft sprichwörtlich in der zweiten Reihe. Musica Libera widmet sich den Heldinnen der klassischen Musik und studiert und präsentiert ihre Werke. Mit Kompositionen von Rebecca Clarke, Clara Schumann, Ethel Smyth und vielen mehr.



Zur Anmeldung und zu weiteren Terminen:  
shop.freiheit.org



**24.01.2023,  
19:00 Uhr**

**Virtuell**

### Krieg in Europa

Talk mit Marie-Agnes Strack-Zimmermann  
MdB: 2022 Krieg, 2023 Frieden?

Fast ein Jahr nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine gilt es, eine erste Bilanz zu ziehen. Welche Erkenntnisse bringt der Krieg? Wohin steuert die Welt 2023? Darüber diskutieren der Journalist Wolf Achim Wiegand und Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages.




**11.01.2023,  
19:00 Uhr**

**Virtuell**

### Wissenschaft in und mit China

**Webtalk aus der Reihe „ChinaPlus“**

Wie ist es um den Stand der Wissenschaft in China bestellt? Was heißt es für ausländische Forschende, lokal angestellt an einer chinesischen Universität über mehrere Jahre zu arbeiten? Wie sieht es aus mit Freiheit in der Forschung? Welche Probleme bringt der Arbeitsalltag? Dr. Andreas Fulda und Dr. Daniel Nehring sind erst kürzlich aus China zurückgekehrt. Sie berichten nun, welche Herausforderungen ihre Arbeit ihnen täglich

 stellte - und wie sie darauf reagierten.

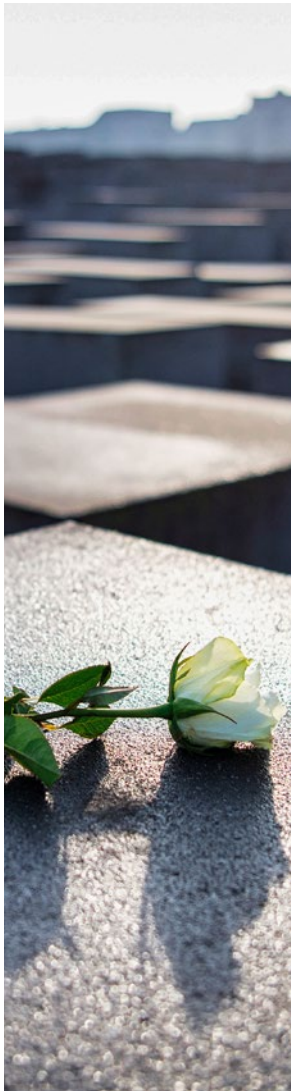


**18.01.2023,  
18:00 Uhr**

**Stuttgart**

## **Umkämpftes Erinnern: Zur Geschichtspolitik und Erinnerungs- kultur in Deutschland**

Seit Langem diskutieren Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit über den Umgang mit der deutschen Vergangenheit: Wie lässt sich der Shoah angemessen gedenken? Und welcher Platz sollte anderen Epochen, wie etwa dem deutschen Kolonialismus, in unserer Erinnerungskultur eingeräumt werden? Darüber diskutiert Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, stv. Vorsitzende der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit sowie NRW-Antisemitismusbeauftragte, mit Prof. Dr. Paula Lutum-Lenger, Direktorin des Hauses der Geschichte Baden-Württembergs.



**07.03.2023, 10:00 Uhr**

**Berlin**

## **Mobilitätskongress**

Wie kann die Mobilitätswende zwischen Infrastruktur, Digitalisierung und alternativen Antrieben gelingen? Darüber diskutieren Bundesverkehrsminister Dr. Volker Wissing, die Parlamentarischen Staatssekretäre im BMDV, Michael Theurer und Oliver Luksic, und viele weitere Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft.



FOTOS: SÖREN STACHE/PICTURE ALLIANCE/DPA, JHENG-YAO LIN

**Liberal** - Das Magazin für die Freiheit

**Begründet von Karl-Hermann Flach  
und Hans Wolfgang Rubin**

**Herausgeberin:**

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

**Hauptgeschäftsführerin:** Annett Witte

**Herausgegeben von** Karl-Heinz Paqué,

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger,

Manfred Richter, Maren Jasper-Winter, Anne Brasseur

**Chefredaktion:** Anders Mertzluft

**Textchef:** Axel Novak

**Creative Director:** Florian Baumann

**Art Director:** Luise Bofinger

**Art Director Digital:** Louay Sayem-Edaheer

**Senior Editor:** Michael Hirz

**Berater der Redaktion:** Wolfram Eilenberger

**Redaktion:** Florian Baumann, Ralf Erbel, Michael Hirz,

Karen Horn, Zoë van Doren, Thomas Volkmann

**Autorinnen und Autoren dieser Ausgabe:**

Petro Burkovskiy, Eva Cheung, Juliane Dickel,

Elisabeth Garlin, Christoph Giesa, Alexander Görlach,

Margaret Heckel, Sven Hilgers, Wladislaw Inosemzew,

Carsten Jäger, Wolther von Kieseritzky,

Felix Langrock, Frank Lassak, Ludwig Möhring,

Maike Rademaker, Antonia Sagast, Julia Thiem,

Karina Würtz, Daniel Zwick

**Adresse:** Friedrich-Naumann-Stiftung

für die Freiheit, Reinhardtstraße 12, 10117 Berlin

Telefon: 030/22 01 26 34, Fax: 030/28 87 78 49

presse@freiheit.org, www.freiheit.de/liberal

**Design und Umsetzung:**

Einhorn Solutions GmbH, Anja Horn

**Art Direktion:** Jan Köster

**Bildredaktion:** Virginia Garfunkel

**Schlussredaktion:** Jesper Wolgast

**Projektmanagement:** Ina Mahlich-Leu

**Litho & Druck:** Hofmann Druck,

Emmericher Str. 10, 90411 Nürnberg

**Anzeigen:** Informationen zum Anzeigenverkauf unter  
www.freiheit.org/liberal-anzeigen

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben  
nicht unbedingt die Meinung von Herausgeberin  
und Redaktion wieder.

**Bezugsbedingungen:**

Abonnement bis auf Widerruf kostenfrei;

Preis des Einzelheftes 2,90 Euro (Inlandspreis,  
zzgl. 2,50 Euro Porto und Verpackung).

Näheres über abo@libmag.de

**Liberal im kostenlosen Abonnement:**

www.freiheit.org/liberal



**FRIEDRICH NAUMANN  
STIFTUNG** Für die Freiheit.







# 10 Fragen an Verena Pausder

Seit Marcel Proust sind Fragebögen das beste Mittel, um Persönlichkeiten in aller Kürze kennenzulernen. **Liberal** bittet an dieser Stelle zum kurzen Gespräch.

**VERENA PAUSDER** ist Unternehmerin, Investorin, Buchautorin und Expertin für digitale Bildung. Ihre Vision ist es, allen Kindern chancengleichen Zugang zu Bildung und digitalen Kompetenzen zu verschaffen.

- 1. Wo trifft man Sie besonders häufig an?** Auf dem Fußballplatz! Da feuere ich unsere Frauenmannschaft vom FC Viktoria Berlin an. Ich spiele Fußball, seit ich fünf bin. Und einen Club zu übernehmen ist ein Kindheitstraum. Mit meinen großartigen Gründer:innen treiben wir den Frauenfußball in Deutschland voran.
- 2. Welches Buch oder welcher Kinofilm hat Sie zuletzt begeistert?** Das Buch „Im Grunde gut“ von Rutger Bregman hat mich begeistert. Bregman ist Historiker. Er erzählt sehr verständlich, warum viele historische Begebenheiten darauf beruhen, dass wir Menschen im Grunde gut sind.
- 3. Die momentan spannendste Initiative?** Unsere neue Bildungsplattform digitale-lernangebote.de. Die stellen wir bald mit dem Verein „Digitale Bildung für Alle“ live. Lehrkräfte und Eltern erhalten damit eine kostenlose Orientierung für gute digitale Lernangebote.
- 4. Die Digitalisierung wird ...** das Sprungbrett für unseren Wohlstand von morgen. Je früher wir springen, desto besser, zum Beispiel in der Schule.
- 5. Wenn Sie für einen Tag Bundeskanzlerin wären, dann** würde ich das Elterngeld flexibilisieren, damit man es auch bezieht, wenn man zu Hause ist oder im ersten Jahr wieder arbeiten geht. Auch würde ich nGmbH einführen, damit Nachhaltigkeit im Handelsregister verankert wird.
- 6. Wer hat Sie am meisten geprägt?** Meine Eltern, meine Schwester und mein Hamburger Großvater, der meine emotionale Stütze war. Seine Sätze wie „Lass dir von niemandem sagen, dass deine Stärke eine Schwäche ist“ oder „Das Leben wird vorwärts gelebt und rückwärts verstanden“ geben mir Halt und Orientierung.
- 7. Was steht auf Ihrer To-do-Liste, das Sie aber nie schaffen umzusetzen?** Der Berlin-Marathon. Und Programmieren lernen!
- 8. Europa ist für mich** ein Ort der Freiheit. Damit wir diesen erhalten, gilt es jetzt, mutig zu sein und zu gestalten, statt nur zu verwalten, zum Beispiel bei der Digitalisierung.
- 9. Was gibt Ihnen das Gefühl, dass Sie gerade das tun, was Sie im Leben tun sollten?** Dass ich immer wieder nachjustiere. Ist ein Thema relevant? Kann ich wirklich was verändern? Kann ich genügend Menschen aktivieren mitzumachen?
- 10. Wann vergessen Sie die Zeit?** Am Wochenende und im Urlaub mit meinem Mann und unseren Kindern.



Jetzt kostenlos lesen  
und abonnieren:

[liberal.freiheit.org](http://liberal.freiheit.org)



# Denken verändert\*

\*) „Unsere Zukunft ist Europa,  
eine andere haben wir nicht.“

Hans-Dietrich Genscher

Das Liberal Magazin liefert Denkanstöße,  
diskutiert provokant und berichtet journalistisch  
fundierte über Themen, die die Welt bewegen.

# Liberal

Das Magazin für die Freiheit



# Endlich: die Jugend- bewegung für jedes Alter.

Der neue Generationenvertrag für die Pflege.



Verband der Privaten  
Krankenversicherung

***Wenn Alt und Jung zusammenhalten, haben alle eine sichere Zukunft.***

Das gilt besonders für die Pflege. Damit sie bezahlbar bleibt, muss sich dringend etwas ändern. Unser Vorschlag: die Älteren solidarisch unterstützen und den Jüngeren die Spielräume für private Vorsorge schaffen.

[www.pkv.de/generationenvertrag](http://www.pkv.de/generationenvertrag)